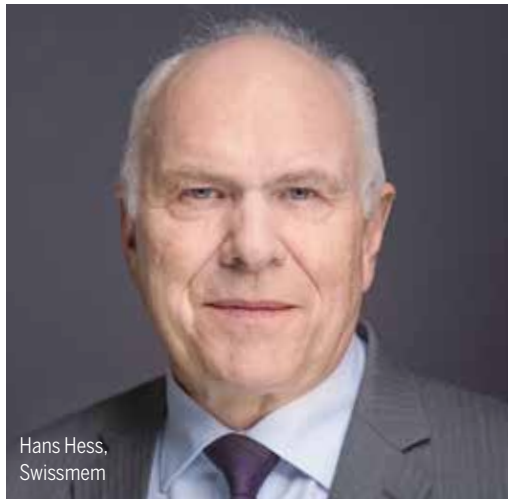


DIE WELTWOCHEN



Christoph Franz,
Roche



Hans Hess,
Swissmem



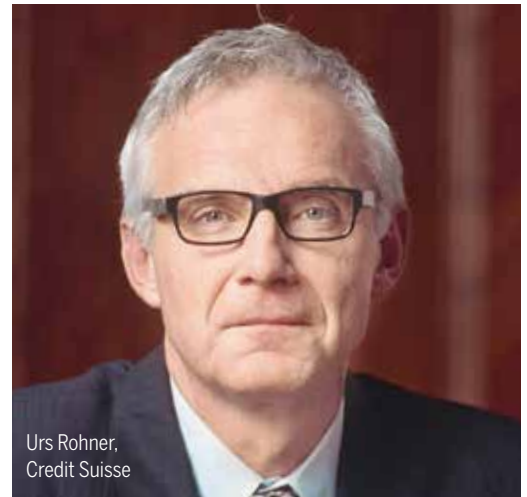
Severin Schwan,
Roche



Heinz Karrer,
Economiesuisse



Patrick Odier,
Lombard Odier



Urs Rohner,
Credit Suisse

Diesen Chefs ist die Schweiz egal

Konzernsöldner wollen Schweizer Eigenheiten auf dem Altar internationaler Bequemlichkeiten opfern. *Von Roger Köppel*

Gefährliche Liebschaft

Bundesgerichtspräsident Ulrich Meyer in heiklem Milieu.
Von Christoph Mörgeli

Vampire, Bären, Ikonen

Matthias Matusseks Reise ins wilde Herz Rumäniens.

Hesse und die Schweiz
Er verliess seine Familie
in Bern, um Weltautor
zu werden



LEHNER⁺ VERSAND

IHRE NR. 1 FÜR EDELWEISSMODE

CHF 15.-
GESCHENKT!*
AUF DAS GANZE SORTIMENT

Ihr Vorteilscode



EDELWEISSHEMDEN
in diversen Farben, Formen und
Kragenausführungen erhältlich.



**Lehner Versand unterstützt
Philipp Gloggner & Patrick Räumatter**

*Gültig bis 30.04.2019 auf das gesamte Sortiment. Mindestbestellwert CHF 99.-. Einzulösen online auf lehner-versand.ch, telefonisch unter 0848 840 600 oder in allen Lehner-Direktverkaufsstellen. Pro Person und Bestellung nur ein Gutschein einlösbar. Keine Barauszahlung oder Kombination mit weiteren Aktionen/Gutscheinen. Kommerzielle Weitergabe sowie gewerbliche Nutzung ist untersagt und wird zivil- und wettbewerbsrechtlich verfolgt. Alle Preisangaben in CHF.

Viele weitere Edelweiss-Artikel unter lehner-versand.ch

Die bundespolitische Diskussion zum Thema EU-Rahmenabkommen spitzt sich zu. Dieser Tage gingen die Konsultationen mit den Parteispitzen über die Bühne. In Bern zeigen sich vorderhand klare Fronten gegen das Abkommen, das die Schweiz zwingen will, praktisch einen fremden Gesetzgeber zu akzeptieren und fremde Richter. Die Linke ist dagegen, weil der Rahmenvertrag den gewerkschaftlichen Arbeitnehmerschutz gefährdet. Die bürgerliche Mitte ist skeptisch, weil die EU mit Hilfe des Rahmenvertrags der Schweiz die Unionsbürgerrechtlinie aufbrummen will. Dieses Prinzip würde die Personenfreizügigkeit ausweiten, die Niederlassung erleichtern, auch den Zugang zu den Schweizer Sozialsystemen, während kriminelle EU-Ausländer nur noch erschwert ausgeschafft werden könnten.

Der Bundesrat wird den Vertrag voraussichtlich bis zu den Wahlen nicht unterschreiben, um nicht unnötige Turbulenzen zu verursachen. Die Konsultation wird Mitte April abgeschlossen sein, bis zu den Sommerferien wird man irgendwie noch auf die EU zugehen müssen. Mehr Bewegung seitens Regierung und Parlament ist nach den Wahlen zu erwarten. Es zeichnet sich ein allmähliches Einschwenken auf den Rahmenvertrag ab. Ende 2020 dürfte, frühester Zeitpunkt, die parlamentarische Beratung inklusive Vernehmlassung abgeschlossen sein. Eine Volksabstimmung ist frühestens im Jahr 2021 zu erwarten. Noch offen ist, ob es ein obligatorisches Referendum gibt, Mehrheit von Volk und Ständen nötig, oder ob die Politik auf ein fakultatives Referendum zusteuert.

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns kritisch mit der kritiklosen Zustimmung führender Manager und Konzernchefs zu diesem Abkommen, das nach Auffassung seiner Kritiker die Grundlagen des Schweizer Wohlstands gefährdet. Seite 4

Herrschen in den Schweizer Vorstädten Zustände wie im New Yorker Migrantenviertel Bronx? Die Behauptung kommt nicht etwa von ganz rechts. Eine Massenschlägerei unter Teenagern aus Spreitenbach AG und dem benachbarten Dietikon ZH um das Label «Bronx» mündete kürzlich in eine Messerstecherei. Ein jeder wollte krimineller sein als der andere. Redaktor Alex Baur ist letzte Woche mit dem legendären ehemaligen Mafia-Killer John Alite durchs Limmattal gezogen. Der Streifzug endete am Gymnasium, in dem der Messerheld von Spreitenbach die Schulbank drückt. Vor den Schülern referierte Alite über die Faszinati-

on, welche der Gangster-Mythos auch auf ganz normale Bürger ausübt – und die ernüchternde Realität, die sich dahinter verbirgt. Seite 20

Kaum je gab eine Beilage der *Weltwoche* so viel zu reden, und zwar schon bevor sie gedruckt war. Zusammen mit der Zürcher Justizdirektion hatte Alex Baur ein Jubiläumsheft entworfen, in dem möglichst viele Autoren mit einem möglichst breiten Spektrum an Meinungen über den Straf- und Massnahmenvollzug schreiben sollten. Einige der angefragten Journalisten monierten, hier werde eine rote Linie überschritten, und riefen öffentlich zum Boykott auf: Behörden und Medien sollten nicht fraternisieren, sondern sich gegenseitig überwachen. Die *Weltwoche* teilt diese Haltung, liess sich aber trotzdem auf das Experiment ein, unter

zwei Bedingungen: Niemand macht den Autoren inhaltliche Vorgaben, die Entstehung des Heftes wird transparent deklariert. Ein Dutzend namhafte Journalisten – von Thomas Ley (*Blick*) über Nadja Rohner (*Aargauer Zeitung*), Simon Christen (SRF) und Stefan Hohler (*Tages-Anzeiger*) bis Michael Rüegg (*Republik*) –, Kolumnisten wie Markus Felber (ehemals NZZ) und Peter Schneider (*Sonntagszeitung*), ehemalige Staatsanwälte wie Marcel Bertschi oder Ulrich Weder und Wissenschaftler wie Forensiker Frank Urbaniok und Rechtsprofessor Marcel Niggli liessen sich vom Projekt begeistern. Die Beilage kann beim Verlag (verlag@weltwoche.ch) nachbestellt werden.

Ihre Weltwoche



Beilage zum Justizvollzug.

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR MEDICAL-STELLEN

Mit www.medicjobs.ch qualifiziertes Fachpersonal im Arzt- und Pflegebereich finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.medicjobs.ch



Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 334.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion: Michael Bahnerth, Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Erik Ebneter, Katharina Fontana, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Florian Schwab, Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter: Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Andreas Honegger, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Linus Reichlin, Chris von Rohr, Peter Ruch, Peter Rüedi, Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger, Eugen Sorg, Sacha Verna (*New York*), Tamara Wernli, Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Karin Erdmann
Bildredaktion: Jasmin Karim (*Assistentin*), Sebastian Scholz (*Assistent*)
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Sandra Noser, Katharina Dillier, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH
Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Diesen Chefs ist die Schweiz egal

Ausländische Topmanager in der Schweiz fordern die EU-Anbindung. Reiche Genfer Bankier-Erben und sogar der Nachfolger Alfred Eschers schwenken die weisse Fahne. Die Konzernsöldner werden die Ersten sein, die mit ihren Firmen das Land verlassen, wenn die Folgen ihrer fahrlässigen Polit-Empfehlungen spürbar werden. *Von Roger Köppel*

Letzte Woche gab es viel Post auf mein Editorial. Es handelte von den freisinnigen Schweizer Helden des 19. Jahrhunderts, den Pionieren des parlamentarischen Bundesstaats, den Unternehmern und Politikern, die mutig den ausländischen Drohungen und Einmischungen trotzten, den dauernden Versuchen, diesen damals ziemlich einzigartigen demokratischen Rechtsstaat Schweiz unter die Knute der alten, verrosteten Monarchien zu zwingen.

Wer sich die damaligen Schlachtordnungen aus dem geheizten Bequemfauteuil des Rückblicks ansieht, kommt aus dem Staunen nicht heraus. Die Schweiz war seinerzeit noch ein hochverletzliches Pflänzchen, institutionell kaum gefestigt, wirtschaftlich ein Schwellenland, aber umstellt von waffenstarrten Autoritärstaaten, die Druck machten, doch diese schwer erziehbaren Schweizer gaben einfach nicht nach. Politische Risiko-unternehmer mit ausgeprägtem Wirklichkeitsinn.

Knochenlose Wendehälse

Ich weiss: Wer heute mit Blick auf die Gegenwart die Vergangenheit beschwört, droht von den Türstehern des Zeitgeists bald selber ausgestopft und ins Museum gerollt zu werden. Doch der Blick in diese faszinierende, inspirierende Epoche macht immerhin deutlich, was für Waschlappen, knochenlose Wendehälse und Anpasser heute die Kommando-brücken dieses Staats und vieler Unternehmen bevölkern, einer Schweiz, die nur deshalb so erfolgreich wurde, weil seinerzeit die Leute um Escher aus ganz anderem Holz geschnitzt waren.

Zu hart? Zu polemisch? Mitnichten. Es stimmt. Nehmen wir uns doch einige dieser millionenschweren Konzernsöldner etwas genauer vor. Stellt man ab auf ihre konkreten Antworten zur brennendsten und wichtigsten Frage der Gegenwart, zum institutionellen Rahmenvertrag mit der Europäischen Union, scheinen sie vergessen oder gar nie gewusst zu haben, was die Schweiz ist, was ihren Erfolg ausmacht und was die politisch-institutionellen Grundlagen, ja Ursachen dafür sind, dass die Unternehmen, für die sie heute arbeiten, entstanden, gewachsen oder überhaupt erst in die Schweiz gekommen sind.

Viele Interviews und Stellungnahmen dieser Wirtschaftsprominenz sind in den letzten Wochen und Monaten erschienen. Aus den Chefetagen erklingt allenthalben das gleiche, monotone, fantasie- und einfallslos behandelnde Echo zu diesem von der Europäischen Union gewollten Abkommen, das die Schweiz künftig in wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Bereichen der Möglichkeit berauben will, eigenständig zu entscheiden, selber ihre eigenen Gesetze und Regeln festzulegen unter Schweizer Gerichten. Stattdessen sollen in Zukunft EU-Regeln gelten, dynamisch-automatisch übernommen werden, sollen auch in der Schweiz, fremde Gesetzgeber und fremde Richter regieren.

Die direkte Demokratie dürfte als eine Art Zirkusfolklore zwar noch ritualhaft stattfinden, aber lediglich nach Brüssels Regie mit vorgehaltener Pistole. Widersetzen sich die Schweizer den kolonialen Interventionsregeln Europas, wäre die EU berechtigt, Strafsanktionen zu ergreifen, die sprachlich versierte PR-Dekorateure aus dem Bundeshaus beschwichtigend zu «Ausgleichsmassnahmen» umgepinselt haben.

Bundesrat Cassis, dessen Chefdiplomat Roberto Balzaretto diese Kapitulationsurkunde herausverhandelte, nennt den Vertrag in den aktuellen Konsultationen «ungenügend». Doch im allgemeinen politischen Klima der Selbstpreisgabe, das wir in den Direktionsfluren auch der Politik derzeit erleben, empfiehlt der duldsame Aussenminister sein Unterwerfungsabkommen dennoch zur Annahme.

Bei Cassis ist wenigstens noch der Hauch einer Skepsis zu spüren, ganz im Unterschied zu seinem eitlen Unterhändler, der unermüdlich durchs Land tourt, um sein selbstempfun-



Bloss ein Hauch von Skepsis: Balzaretto (l.), Cassis.



Schwache Begründung: Roche-Präsident Franz.

denes Meisterwerk anzupreisen, womit er sich für allfällige Nachverhandlungen gleich selber disqualifiziert. In den Konsultationen gab es dieser Tage auch dezidierte Kritik der Parteispitzen. Die SP zeigte sich bockig. Die europafreundliche FDP stellte immerhin die scheue Frage, ob Nachverhandlungen möglich seien. CVP-Präsident Gerhard Pfister erklärte das Abkommen für «tot», während Grünen-Chefin Regula Rytz die beachtliche Bemerkung machte, in der Schweiz würden immer noch die Bürger entscheiden und nicht die Konzerne.

Gar nichts von solchen kritischen Zwischen-tönen wollen die Spitzenmanager hören. Aus den Konzernzentralen kommt die geballte Einfalt einer mehr oder weniger bedingungslosen Zustimmung. Hans Hess, oberster Industriefunktionär der Schweiz, nennt die institutionelle Andockung «massgeschneidert». Sein Kollege Heinz Karrer von Economiesuisse kann laut eigenen Gutachten den wirtschaftlichen Nutzen des Rahmenvertrags zwar nicht konkret beziffern – «nicht klar», «unklar», «konkretes Preisschild unseriös» –, dennoch stellt sich sein Verband rückhaltlos dahinter.

Manager-Söldner für die EU

In Variationen wird von allen Seiten das ungefähr identische Panikscenario verbreitet: Sagt die Schweiz nein zur institutionellen Anbindung, wird unsere Wirtschaft bald keine Produkte in die EU mehr verkaufen können, keine Arbeitskräfte finden, die eigenen Hochschulen zerstören, generell in Hunger und Elend versinken. Die Konzernchefs reden, als ob der Export ihrer Güter und Dienstleistungen einzig und allein vom Gutdünken einiger Politiker, einiger EU-Funktionäre und einiger Verträge abhängt.

Christoph Franz, Präsident des wegen der Medikamentenpreise staatsabhängigen Phar-



In Richtung EU: Economiesuisse-Chef Karrer.

mariesen Roche, ursprünglich Deutscher, mittlerweile auch mit Schweizer Pass, behauptet ohne weitere Begründung oder Kenntnis der Vertragsdetails, seine Firma müsste bei einer Ablehnung womöglich Tausende von Stellen abbauen und auf mehrere hundert Millionen Umsatz verzichten, was sicher bonusrelevant, aber, selbst wenn es denn stimmte bei einem auch letztes Jahr wieder gesteigerten Gesamtgeschäft von 56,8 Milliarden Franken, herzliche Gratulation, nicht wirklich eine hinreichende Begründung für den Abschluss eines Vertrags sein kann, der die Verfassungsordnung der Schweiz aus den Angeln hebt.

Franz' direkt unterstellter CEO Severin Schwan, Tiroler, prophezeit, ohne den Rahmenvertrag gäbe es keine Personenfreizügigkeit und ohne Personenfreizügigkeit würde Roche keine talentierten Forscher mehr finden. Woher will er das wissen? Schwan selber kam übrigens vor der Personenfreizügigkeit zu seinem Job in der Schweiz. Darüber hinaus scheint es den Chef über fast 95 000 Mitarbeiter nicht zu kümmern, dass der Souverän die Personenfreizügigkeit in einer Volksabstimmung vor fünf Jahren massiv einschränkte, wenn nicht ablehnte. Und wenn diese Personenfreizügigkeit so entscheidend für die Mitarbeiterqualität sein soll: Haben denn vor deren Inkrafttreten 2002 in der vor über hundert Jahren gegründeten Erfolgsfirma Roche nur Dummköpfe gearbeitet?

Genfer lachen über «Heidiland»

Mit wehenden Fahnen wollen sich auch führende Bankiers unter EU-Recht, EU-Richter, EU-Sanktionen und EU-Guillotinen fallen lassen. Man spürt, wie sehr auch diese Branche inzwischen über die Regulatoren unter die Fuchtel des Staates geraten ist. Patrick Odier,



«Massgeschneidert»: Swissmem-Präsident Hess.

einst Chef der Bankiervereinigung, rät ausdrücklich von Nachverhandlungen ab, da diese, wie er hellseherisch schon weiss, nichts bringen werden. Auf eine Diskussion über Vertragsinhalte, Vor- oder Nachteile will er sich gar nicht erst einlassen. Die Schweiz vergleicht der Erbe einer grossen Bankiersdynastie mit einem Smartphone, dessen «Apps» halt auch gelegentlich aufdatiert werden müssen, keine grosse Sache. Seine begründungsfreie Prognose lautet: Mit dem Rahmenabkommen wären wir «souveräner, als wir es heute sind».

Odiers Kollege Yves Mirabaud, ebenfalls Thronfolger im gemachten Nest einer reichen Genfer Privatbank, argumentiert leicht spöttisch gegen das Festhalten an Volksrechten und bloss «formeller Souveränität». Für ihn ist es ein Zugewinn an «Rechtssicherheit», wenn



«Heidiland»: Bankier Mirabaud.

statt der Schweizer Bürger in Zukunft anonyme EU-Gremien aus dem Ausland die Regeln in unserem Land befehlen. Wie wenig er von der Verfassungsordnung hält, unter der seine Bank gross und wohlhabend geworden ist, zeigt sein süffisanter Spruch, ein Nein zum Rahmenvertrag sei die «Rückkehr ins Heidiland».

Selbstmord aus Todesangst

Es ist schon erstaunlich, mit welcher arroganter Oberflächlichkeit diese von Geburt an privilegierten Bankherren über weichenstellende Verfassungsfragen hinwegsurfen. Selbst Alfred Eschers Nachfolger an der Spitze der Kreditanstalt, dieses einstigen Bollwerks der schweizerischen Unabhängigkeit, der brillante Jurist Urs Rohner, knickt ein. Immerhin räumt er ein, dass dieses Abkommen «weit entfernt von einer perfekten Lösung ist», was sich unter «intelligenten Leuten nicht bestreiten» lasse: «Aber gibt es denn eine Alternative?», klagt Rohner, «glaubt jemand, dass wir die Bilateralen in die Zukunft führen können ohne Rahmenabkommen [...]? Ich glaube das nicht.» Angesichts dieser alternativlosen Ausweglosigkeit bleibt für den Präsidenten seiner mittlerweile aus Katar kontrollierten Bank nur noch der Selbstmord aus Angst vor dem Sterben.

Halten wir dagegen. Was hat die Schweiz denn stark gemacht? Was hat hier Firmen von Weltrang gedeihen lassen? Es war, es ist die Eigenständigkeit, die jahrzehntelang tapfer hochgehaltene Souveränität, dieses immer wieder gegen aussen verteidigte Prinzip der Selbstbestimmung, die Überzeugung, nach der es der Schweiz bessergeht, wenn die Direktbetroffenen selber die Entscheidungen treffen und nicht Könige, Aristokraten, Kaiser, Funktionäre oder Bürokraten, Hunderte von Kilometern entfernt, für sie entscheiden. >>>



CHRONISCHE NASEN-
NEBENHÖHLEN-
ENTZÜNDUNG

Öffentlicher Informationsabend
Mittwoch, 20. März 2019, 18.30 Uhr

Der Anlass findet im Haus zur Pyramide in Zürich statt. Anmeldung erforderlich.
Weitere Informationen auf pyramide.ch.



Ruf nach EU-Geld: Uni-Zürich-Rektor Hengartner.

Stark geworden ist die Schweiz dank ihrer autonomen, neutralen und pragmatischen Aussenpolitik, ursprünglich ohne Uno-Mitgliedschaft und ohne Andocken an einen Block wie die Europäische Union. Das Projekt der institutionalisierten EU-Fremdherrschaft mit vorgeschobenem Pseudo-Schiedsgericht, das nach Bruder Klaus klingt, aber an die Urteile der EU-Richter gebunden ist, wird die Schweiz grundlegender verändern als alles, was dieses Land an internationalen Verträgen bisher abgeschlossen hat.

Arbeitsmarkt, Steuern, Mehrwertsteuern, staatliche Beihilfen, Verbrechensbekämpfung, Zuwanderung; der Katalog kann durch die EU dynamisch, also beliebig erweitert werden: Darüber dürfen nicht mehr die Schweizer, sondern soll neu die EU letztentscheiden. Ihr erklärtes Ziel lautet: gleich lange Spiesse für alle, keine «Extrawürste» mehr für «Rosinpicker». Die Schweiz soll fugenlos eingepasst werden, bis zur Ununterscheidbarkeit aufgehen in der Europäischen Union.

Schmieden und Feinkneten

Was hat die Schweiz stark gemacht? Nicht die grossräumige Bürokratenherrschaft eingesetzter Kommissare, sondern das mühselige Schmieden und Feinkneten massgeschneiderter Kompromisse auf einem konkreten, begrenzten Territorium. Es ist die selbständige Wirtschaftspolitik, austariert nach innenpolitischen Bedürfnissen konkreter Menschen aus mehreren, wenn auch überschaubaren Kulturen und Sprachzonen. Dazu gehören eine massvolle Agrarpolitik, regional bedingte, punktuelle Wirtschaftsförderung und Ansiedlungspolitik, nach Eigenbedarf gesteuerte Zuwanderung, bedürfnisgerecht dosiert, ohne die automatisierten Massenverschiebungen einer dysfunktionalen Personenfreizügigkeit.



Update: Ex-Bankiervereinigungs-Chef Odier.

Die Schweiz ist gross und stark geworden, weil sie es anders und besser gemacht hat als die Staaten in der Europäischen Union. Ein Grundpfeiler ist die autonome, von den Kantonen ausgehende Finanz- und Steuerpolitik ohne die Übernahme von OECD- oder EU-Regeln. Die Schweiz hat sich weltweit vernetzt mit Freihandelsverträgen auf der Grundlage minimaler politischer Konzessionen. Automatische oder dynamische Rechtsübernahmen waren nie ein Thema, bis die EU, um die

Die Schweiz soll bis zur Ununterscheidbarkeit aufgehen in der Europäischen Union.

Schweiz an sich zu fesseln, dieses neuartige Kolonialregime im Zeichen eines hochgedeuteten «bilateralen Wegs» auch unter gütiger Mithilfe EU-begeisterter Schweizer Diplomaten und Bundesräte durchdrückte.

Nicht das untertänige Abschreiben oder Übernehmen auswärtiger Gesetzestexte hat die Schweiz zu einem international begehrten Sehnsuchtsort für heimische und internationale Unternehmen gemacht. Es war das selbständig entwickelte, relativ liberale Arbeitsrecht, das die Sozialpartner eigenverantwortlich aushandeln, ohne dass sie sich unter die Peitsche einer internationalen Obergewalt begeben. Hausgemacht war auch das jahrzehntelang erfolgreiche, eigenständige Bankengesetz mit garantiertem Kunden- und Eigentumsschutz (Bankkundengeheimnis), wiederum ohne automatische Übernahme von OECD- oder anderen Regeln, die auswärtige Staaten, die ihre Finanzen nicht im Griff hatten, der Schweiz aufnötigen wollten, um sie zu schwächen, lange Zeit erfolglos.

Es hat etwas echt Deprimierendes, wenn die Rektoren unserer stolzen Universitäten und Hochschulen wie Süchtige auf Entzug nach den angeblich so segensreichen und lebensnotwendigen Subventionen aus dem EU-Raum schreien, nach all diesen Programmen von «Erasmus» bis «Horizon 2020», ohne die, wie sie behaupten, der Denkplatz Schweiz umgehend veröden und vertrocknen würde. Tatsache ist, dass die Schweiz eine eigenständige Forschung und Entwicklung von Weltruhm selber begründete, weltoffen und in bewusster Abgrenzung von einer EU-diktierten Einheitsforschung mit von Brüssel vorgegebenen Schwerpunkten. Die Bildungsbürokraten glauben, im byzantinischen EU-Schlauchsystem überkreuzter Mehrwegsubventionen würde am Ende für alle mehr Geld herauspringen, als sie ursprünglich einbezahlt haben. Wahr ist, dass der Betrag, den die Unis von der EU bekommen, ein Bruchteil dessen ist, was die Schweizer Steuerzahler insgesamt in die EU eingespiesen haben.

Schliesslich, um die Aufzählung der Erfolgsfaktoren abzurunden, war, ist die Schweiz sicherer und deshalb attraktiver dank einer eigenständigen, neutralen Armee ohne Nato-Anschluss, vom Sündenfall «Partnership for Peace» einmal abgesehen.

Altar internationaler Bequemlichkeiten

In dieses sicher nicht perfekte, aber insgesamt wohlbestellte Nest sind die heutigen Wirtschaftsführer hineingeboren oder hineingeflogen. Ihre internationalen Konzerne wären gar nicht hier ohne diese politischen Errungenschaften, die über Generationen erkämpft und verteidigt werden mussten, die aus der Schweiz jene Alpenoase des Wohlstands gemacht haben, der eben ein erarbeiteter Wohlstand ist, kein aus dem Boden gepumpter oder mit Armeen zusammengeräuberter. Die Schweiz ist ein hervorragend gepflegter Garten, eine Kultivierungsleistung, die einer widrigen bis feindseligen Umgebung abgerungen wurde, Triumph der Innovation und Selbstdisziplin fleissiger Vorfahren, die ihr Schicksal selber in die Hand genommen und gerade nicht an fremde Mächte übertragen haben.

Gegen dieses Erfolgsmodell treten jetzt die Managermillionäre, Firmenerben und Konzernstrategen an, deren politischer Horizont bei den nächsten Quartalszahlen endet. Sie haben nichts anderes im Sinn, als diese Errungenschaften als Basis des beispielhaften Erfolgs aufzugeben und alle schweizerischen Eigenheiten auf dem Altar der internationalen Bequemlichkeiten zu opfern. Sie werden die Ersten sein, die mit ihren Unternehmen die Schweiz verlassen, sobald die Auswirkungen ihrer so fahrlässig empfohlenen EU-Fremdbestimmung spürbar werden.

Naturschönheiten entlang der Adriaküste



Kotor–Dubrovnik–Insel Hvar–Split–Zadar–Opatija mit yachtähnlicher MV Thurgau Adriatica****

- 1. Tag Zürich–Podgorica–Kotor** Individuelle Anreise zum Flughafen Zürich. Direktflug nach Podgorica (Montenegro). Transfer, Einschiffung, Abendessen. (A) In Kotor Stadtrundgang. Individuelles Abendessen. (F, M)
- 2. Tag Kotor** Busfahrt zum Fluss Crnojević. Fotostopp am Skutari See. Bootsfahrt und Mittagessen. In Kotor Stadtrundgang. Individuelles Abendessen. (F, M)
- 3. Tag Kotor–Dubrovnik (Gruž)** «Leinen los!». Fahrt durch die Bucht von Kotor. In Dubrovnik Stadtrundgang und freie Zeit. Abendessen an Bord. (F, M, A)
- 4. Tag Dubrovnik–Insel Korčula** Badestopp (wetterbedingt). Individuelles Abendessen in der Altstadt. (F, M)
- 5. Tag Insel Korčula–Hvar/Stari Grad** Badestopp vor Stari Grad. Schifffahrt nach Stari Grad auf der Insel Hvar. Bustransfer zum historischen Städtchen Hvar und Besichtigung. Abendessen an Bord. (F, M, A)
- 6. Tag Hvar/Stari Grad–Split** In Split Stadtrundgang mit Besuch des Diokletianpalastes. Freie Zeit. Individuelles Abendessen in einem lokalen Restaurant. (F, M)
- 7. Tag Split–Šibenik** Bustransfer zu den Wasserfällen von Krka. Rundgang durch die einmalige Fjordwelt. Rückkehr nach Šibenik und Rundgang durch die historische Altstadt. Abendessen an Bord. (F, M, A)
- 8. Tag Šibenik–Zadar** Fahrt entlang der Kornati Inseln. Busausflug «Zrmanja Canyon». Mittagessen. Mit Ausflugsboot durch den Canyon. Rückkehr zum Schiff. Stadtrundgang Zadar. Individuelles Abendessen. (F, M)
- 9. Tag Zadar–Insel Rab** Fahrt zur Insel Rab. Freie Zeit und Rundgang. Individuelles Abendessen. (F, M)
- 10. Tag Insel Rab–Opatija** Letzte Etappe nach Opatija. Am Abend Kapitän's-Dinner an Bord. (F, M, A)

11. Tag Opatija–Ljubljana–Zürich Bustransfer zum Flughafen Ljubljana. Unterwegs Besichtigung der Postojna Höhlen (ind. Mittagessen). Ankunft am Flughafen, Direktflug nach Zürich. Individuelle Heimreise. (F)

Opatija–Kotor, 12 Tage
Gleiche Reise in umgekehrter Reihenfolge, 1 Tag zusätzlich in Zadar.

MV Thurgau Adriatica****
Komfortschiff mit Platz für 36 Gäste. Alle 2-Bett- und 1-Bettkabinen mit Dusche/WC, Föhn TV, Minisafe, Klimaanlage sowie Frischluftzufuhr. Auf Ober- und Promenadendeck können die Fenster geöffnet werden, auf dem Hauptdeck sind die kleineren Fenster nicht zu öffnen. VIP Kabinen auf dem Promenadendeck (ca. 21 m²) mit Aussenbereich, Doppelbett und einer Sitz-ecke mit Zweier-Sofa. Kabinen auf Promenadendeck (ca. 12 m²), Oberdeck (ca. 13 m²) und Oberdeck vorne (ca. 11 m²) mit zwei Einzelbetten, auf dem Hauptdeck (ca. 16 m²) mit zwei Einzelbetten oder einem Doppelbett. Die 1-Bettkabinen auf Promenaden- und Hauptdeck sind ca. 6 m² bzw. ca. 11 m² gross. Lokale und internationale Speisen werden im Restaurant oder dem überdachten Panoramadeck (wetterbedingt) serviert. Zum Entspannen laden die Indoor Lounge und das teilweise überdachte Sonnendeck mit Liegestühlen und Sitzgelegenheiten ein. Gratis WLAN nach Verfügbarkeit. **Nichtraucherschiff** (Rauchen im gekennzeichneten Aussenbereich erlaubt).

11 Tage ab Fr. 2190.–
(Nach Rabattabzug, günstigste Kategorie, ohne Flug)

Reisedaten 2019 Es het solangs het Rabatt

Kotor–Opatija (11 Tage)	Opatija–Kotor (12 Tage)
24.04.–04.05. 300	13.04.–24.04. 400 ⁽⁶⁾
15.05.–25.05. 200 ⁽⁶⁾	25.05.–05.06. 200 ⁽⁶⁾
05.06.–15.06. 200 ^(6/7)	06.07.–17.07. 200 ^(6/7)
26.06.–06.07. 200 ⁽⁶⁾	27.07.–07.08. 200 ⁽⁷⁾
17.07.–27.07. 200 ⁽⁷⁾	17.08.–28.08. 200 ^(6/7)
07.08.–17.08. 200 ⁽⁷⁾	07.09.–18.09. 200 ⁽⁶⁾
28.08.–07.09. 200	28.09.–09.10. 300 ⁽⁶⁾
18.09.–28.09. 200 ⁽⁶⁾	
09.10.–19.10. 300	

Leistungen: Kreuzfahrt in gebuchter Kategorie, Mahlzeiten gemäss Programm, Ausflüge gemäss Programm, alle Hafentaxen und Gebühren, Deutsch sprechende Bordreiseleitung, Audio-Set bei allen Ausflügen

Preise p. P. in Fr. (vor Rabattabzug)	11 T.	12 T.
2-Bettkabine Hauptdeck hinten	2490	2690
2-Bettkabine Hauptdeck	2790	2990
1-Bettkabine Hauptdeck	2890	3090
2-Bettkabine Oberdeck vorn	3290	3490
2-Bettkabine Oberdeck	3390	3590
2-Bettkabine Promenadendeck ⁽⁵⁾	3490	3690
1-Bettkabine Promenadendeck	2890	3090
2-Bettkabine VIP Promenadendeck ⁽⁵⁾	5190	5390
Zuschlag Alleinbenutzung	auf Anfrage	
Flug Zürich–Podgorica/Ljubljana–Zürich v.v. inkl. Taxen und Gebühren	390	
Jahresversicherung Allianz Einzel/Familie	124/199	



Im Krka-Nationalpark bei Skradin



Hvar, Insel Hvar



Sonnendeck

Alle Ausflüge gemäss Programm inbegriffen | F = Frühstück, M = Mittagessen, A = Abendessen | ⁽⁵⁾ Nicht zur Alleinbenutzung möglich
⁽⁶⁾ Nur noch wenige Kabinen verfügbar | ⁽⁷⁾ Lavendelblüte auf der Insel Hvar | Programmänderungen vorbehalten | Reederei/Partnerfirma: Tajna Mora/Fam. Marunčić

Weitere Informationen oder buchen
www.thurgautravel.ch

Verlangen Sie Evelyn Kocsis
Gratis-Nr. 0800 626 550

REISEGARANTIE **Thurgau Travel**
Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen

Amriswilerstrasse 12, 8570 Weinfelden
Tel. 071 552 40 00, info@thurgautravel.ch



Superheldin: Brie Larson. Seite 50



Neuer Schlossherr von Eugensberg: Seite 14



«Sie sangen alle, ohne Ausnahme, belasteten sich gegenseitig, um ihre eigene Haut zu retten.»

John Alite: Seite 20

Titelgeschichte

4 Editorial

Diesen Chefs ist die Schweiz egal

Kommentare & Analysen

11 Kommentare

Liebe*r Leser_in

12 Wirtschaft Synchronisiert

12 Gesellschaft Showtime in Pink

13 Herodot Die Schweiz geht verloren

14 Kopf der Woche Christian Schmid: Hausmeister zu Eugensberg

18 Essay der Woche

Wenn die Weltbank lügen muss

20 Zeitgeist Der Reiz des Gangsters

22 Mörgeli Bauernfängerei

22 Bodenmann Kapitalismus: Retten uns die chinesischen Kommunisten?

23 Medien Schreiben vor der Haustür

23 Die Deutschen Volk der Raser

48 Ausland Knapp am Atomkrieg vorbei?

49 Brief aus Berlin Kampf gegen rechts

Inland

26 Ulrich Meyer Des obersten Richters riskante Liebschaft

30 Rahmenabkommen Mehr Wettbewerb dank EU

32 Ewige Vielredner Die Parlamentarier, die bei Debatten den Ton angeben

33 Pierre-Yves Maillard Der neue Gewerkschaftschef warnt die Genossen

Ausland

42 EU-Rats-Präsidentschaft

Matthias Matussek über Rumänien

46 Inside Washington Grenz-Alarm!

46 Brexit EU-Verhandlungsführer Michel Barnier

Wirtschaft & Wissenschaft

29 Carl Baudenbacher

Angriff auf Professor Unbequem

31 Klima Thesen statt Wahrheiten

38 Ulrich Spiesshofer

Der ABB-Chef baut den Konzern um

41 Naturschutz

Nur mit Menschen möglich

54 Mathematik Zufälle im Kreis

Kultur & Gesellschaft

36 Stefano Semeria Wer ist der neue SRF-Unterhaltungschef?

40 Familie Eine Lehrerin fordert den Verzicht auf Kinder

50 Ikone der Woche Captain Marvel (Brie Larson)

54 Jimmy Page Nachbarschaftskrieg mit Robbie Williams

55 T.C. Boyle Aspirin statt LSD

56 Hermann Hesse Sein Weg zum Weltautor

64 Uhrenzauber in Havanna Zenith-Chef Julien Tornare

65 Havannas Ein Selbstversuch

Rubriken

11 Im Auge Victoria Beckham

16 Personenkontrolle

17 Nachruf Dieter Behring

24 Darf man das?

24 Leserbrief

25 Fragen Sie Dr. M.

58 Die Bibel Kinder an die Macht?

58 Kino «Mi obra maestra»

59 Knorr's Liste

59 Jazz Joey DeFrancesco

60 Thiel Höhere Macht

60 Namen Hotel der Lebenslust

60 Fast verliebt Bumble oder Balloon

61 Unten durch Werkzeugkiste

62 Wein Barolo als Gesamtkunstwerk

62 Salz & Pfeffer Kürzlich in Miami

63 Auto Jaguar E-Pace

66 Tamaras Welt Lasst die Kids mit dem Unfug in Ruhe



Aus Liebe zum Dorf, wo der Bauer Lamborghini fährt.

Die Lamborghini-Traktoren von Franz Jäggi gehören zu Neuendorf SO wie der Volg. Und wie in Neuendorf sind unsere Läden für über 580 Schweizer Dörfer da: klein, aber grossartig für alles, was man für Alltag und Festtag braucht. Darunter viele Spezialitäten von lokalen Produzenten rund ums Dorf, die wir persönlich kennen. Genauso wie unsere Kundinnen und Kunden. Aus Liebe zum Dorf.

volg.ch/dorfgeschichten

Volg
frisch und fründlich



Leserangebot Romantik-Seehotel «Sonne» in Küsnacht

Das Schöne liegt ja so nah

Wenn das Fernweh ruft, brauchen Sie nicht um die halbe Welt zu reisen: Das Romantik-Seehotel «Sonne» in Küsnacht bietet alles, was sich Gourmets, Sonnenanbeter und Kulturinteressierte wünschen. Gönnen Sie sich einen Wellness-Aufenthalt am rechten Zürichseeufer.

Das historische Haus, 1641 erstmals urkundlich erwähnt, liegt nur gerade ein paar Minuten von Zürich entfernt. Hier finden Sie alles, was Ihren Aufenthalt zur erholsamen Auszeit macht.

Für kulinarische Höhenflüge sorgt die marktfrische Spitzenküche im Gourmet-Restaurant «Sonnengalerie». In den traditionsreichen Gaststuben geniessen Sie Schweizer Spezialitäten wie Kalbsbratwurst nach alter Art oder Züri-Gschnätzlets, aber auch modern inspirierte Gerichte. Oder bevorzugen Sie es ganz rustikal im Biergarten am See?

Je nach Lust und Laune erkunden Sie die nahe Stadt – sei es auf einem Einkaufsbummel oder bei einem Museums-, Theater- oder Opernbesuch. Entspannung finden Sie in unserer stilvollen Wellness- und Fitnessoase oder auf der Sonnenwiese direkt am See.

Ein unvergessliches Naturerlebnis ist eine Wanderung durch das malerische Küsnachter Tobel. Oder wie wäre es mit einem romantischen Ausflug mit dem Schiff nach Zürich oder nach Rapperswil?

So nah – und doch so fern vom Alltag: Ihre Gastgeber René Grüter und Catherine Julen Grüter heissen Sie herzlich willkommen!



Platin-Club-Spezialangebot

Naherholung für Geniesser im Romantik-Seehotel «Sonne», Küsnacht

Leistungen:

- 1 Übernachtung im Seeblick-Doppelzimmer
- Willkommensdrink
- Ausgewogenes Frühstücksbuffet
- 3-Gang-Menü im Restaurant «Sonnengalerie» (exkl. Getränke)
- Eintritt in die Wellnessoase

Spezialpreise:

Im Doppelzimmer Fr. 194.- p.P./Nacht (statt 236.-)
 Aufpreis Juniorsuite Fr. 75.- p.P./Nacht
 Verlängerungsnacht Fr. 105.- p.P./Nacht
 (inkl. Frühstück, ohne Abendessen)

Buchung:

Reservieren Sie über Tel. 044 914 18 18 oder per E-Mail an home@sonne.ch. Für max. 4 Personen ab 7. März bis Ende Mai 2019 sowie ab 1. Oktober bis Ende November 2019. Bitte Kennwort «Weltwoche-Platin-Club» angeben.

Veranstalter:

Romantik-Seehotel «Sonne», 8700 Küsnacht
www.sonne.ch

www.weltwoche.ch/platinclub

Liebe*r Leser_in

Von Peter Keller — CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer machte sich über gendergerechte Toiletten lustig. Empörung ist keine Antwort. Denn: Je lebensfremder die Gesellschaft, desto mehr Witze gibt es darüber.



Legt nach: Kramp-Karrenbauer.

Das rote Béret schräg im Gesicht, die Bluse behängt mit diversen Fastnachtsabzeichen: Die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hält in ihrer saarländischen Heimat eine Büttensrede, wie die humoristischen Einlagen an den traditionsreichen deutschen Karnevalssitzungen heissen. Dabei macht sie sich über die Schaffung von speziellen Toiletten für das dritte, «intersexuelle» Geschlecht lustig. Diese seien für jene Männer gedacht, «die noch nicht wissen, ob sie noch stehen dürfen beim Pinkeln oder schon sitzen müssen. Dafür – dazwischen – ist diese Toilette.»

Gelächter und Gejohle im Publikum vor Ort. Empörung und Shitstorm draussen in den (sozialen) Medien. Solche Äusserungen seien, auch am Karneval, «absolut respektlos», twitterte der Generalsekretär der SPD. Eine ARD-Journalistin sprach Kramp-Karrenbauer rundweg die Eigenschaft für höhere Ämter ab: «einer künftigen Kanzlerin nicht würdig». Der Vorsitzende des Bundesverbandes Lesben und Schwule in der Union – auch das gibt es – verlangte von seiner Parteichefin eine öffentliche Entschuldigung.

Alles wie gehabt. Mit einem Unterschied. Kramp-Karrenbauer knickte nicht ein, sondern legte nach. Beim politischen Aschermittwoch, der grossen *Chropfleere* der deutschen Parteien, stutzte sie ihre Kritiker zurecht. Es

handle sich um eine «künstliche Aufregung», aus den Deutschen sei das «verkrampfteste Volk» überhaupt geworden. Auch sonst regt sich geordneter Widerstand. Hunderte Intellektuelle und Professoren lancierten eine Online-Petition gegen den «Gender-Unfug» im deutschen Sprachgebrauch. Damit sind Leitfäden gemeint, wie ihn etwa der Verein queer*z für Schweizer Hochschulen fordert: In Briefköpfen sei auf die Anrede Herr/Frau zu verzichten, dafür seien Formulierungen mit Sonderzeichen zu verwenden, wie «kontaktieren Sie Ihre*n Professor*in» oder «Liebe Doktorand—innen». Da seufzt Goethe aus dem Grab. Man darf gespannt sein auf die gendergerechte Neuauflage von «Die Leiden des*der jungen Werther—in».

Gender-Glaubensbekenntnis

Konsequenterweise fodert queer*z auch geschlechtsneutrale Toiletten, denn für «trans Menschen» könne der Besuch von WCs «mit Stress und Angst vor Diskriminierung» verbunden sein. Ob ein Mensch trans sei, könne man weder medizinisch noch psychologisch bestimmen, heisst es im Leitfaden weiter. «Selbstwahrnehmung ist deshalb der einzige Weg, um das Geschlecht einer Person zu wissen.» Mit anderen Worten: Jeder*r definiert sein—ihr Geschlecht selber, und zwar unabhängig davon, ob eine amtliche Namensänderung vorliege und unabhängig von äusseren Merkmalen.

«Trans Frauen sind also Frauen, trans Männer sind Männer, so wie alle anderen.» Das Praktische an dieser Definition: Alle Forderungen nach Quoten in Politik und Wirtschaft fallen dahin. Novartis erklärt per Verwaltungsratsbeschluss die Hälfte seiner Mitglieder zu Frauen: Aus VR-Präsident Jörg wird Georgine Reinhardt. Aus SVP-Bundesrat Ueli Maurer Ulrike.

Zurück zum Toiletten-Witz von Annegret Kramp-Karrenbauer. Wo ihre Kritiker unfreiwillig recht haben: Man müsste sich über das Lächerliche nicht auch noch lustig machen. Allerdings sah schon Sigmund Freud im Witz eine Form der Triebabfuhr. Je verklemmter und lebensferner die Welt um uns wird, desto reizvoller ist es, mit einer Pointe die Blase zum Platzen zu bringen. Es ist kein Zufall, dass die besten und bösesten Witze im Umfeld von moralisch aufgeladenen Religionen gedeihen. Dazu zählt auch ein neuerdings eingefordertes Glaubensbekenntnis wie die Gender-Theorie.

Pech und Schwefel



Vihctoria Beckham, Druckfehler?

Geht im ganzen Brexit-Chaos auch eine der letzten Gewissheiten unter, das Traumpaar Beckham? Sichtbares Zeichen der Verwirrung: David, der Ex-Fussballer, trägt am Unterschenkel, auf einer seiner letzten unverbauten Körperzonen, ein frisches Tattoo: «Vihctoria». Ein peinlicher Schreibfehler, unkorrigierbar, bleibt haften wie Pech und Schwefel. Bringt das Unglück? Zumal Victoria, die vierfache Mutter, schon vor drei Jahren damit begann, alle ihre gestochenen Liebesbeweise wegzulassern, die Initialen ihres Mannes am linken Handgelenk, aber auch die senkrechte hebräische Inschrift im Nacken-Rückenbereich, «Ich gehöre meinem Geliebten und mein Geliebter gehört mir», verblasst, kompensiert durch neue Piercings am linken Ohr. Victoria, heute 44 und eine erfolgreiche Designerin, war schon modische Avantgarde mit dem Durchstich in der Lippe.

In England wird in dieser schwierigen Lage daran erinnert, dass der grosse Kriegspremier Winston Churchill als Glückssymbol einen eintätowierten Anker am Handgelenk trug und schon seine Mutter Jeanette ein Schlangentattoo, das sie bei gesellschaftlichen Auftritten unter einem Diamantenarmband verbarg. Den russischen Zaren Nikolaus II. schützte der Drache am Handgelenk allerdings nicht vor den Bolschewiken, denn auch schon Marx und Engels waren möglicherweise tätowiert. So erübrigt sich die Überlegung, ob Theresa Mays saubere Haut etwas zur Rettung Grossbritanniens beiträgt. Auch die 61 Tattoos, die der Eismann Ötzi 5300 Jahre bewahrte, bleiben rätselhaft. Das Wort «Tattoo» stammt aus dem warmen Polynesien.

David Beckham liess sich das «Vihctoria»-Vergissmeinnicht in Indien einritzen. Seit wenigen Tagen gilt er als orthografisch rehabilitiert. Der Name ist in Hindi-Schrift formuliert, phonetisch, und das sei absolut korrekt, klären Sprachforscher auf. Die Trendsetterinnen am Hof, die jungen Herzoginnen Kate und Meghan, lassen nur noch Henna-Tattoos an ihre Haut, die sind abwaschbar. Peter Hartmann

Synchronisiert

Von Beat Gygi — Die Nationalbank muss sich vom Euro lösen.



Thomas Jordan.

In der EU wächst der Druck, Lasten gleichmässiger auf alle zu verteilen. Der französische Präsident Macron wünscht sich in seinem Brief an die Bürger eine europaweite Sozialversicherung mit flächendeckend

kollektiv ausgehandelten Mindestlöhnen und einen Superstaat mit gemeinsamer Kasse: eine europäische Klimabank zum Bezahlen des ökologischen Wandels, eine europäische Lebensmittelkontrolle, eine länderübergreifende Überwachung grosser Internetfirmen und eine gemeinsame Finanzierung von Innovationen.

Durch die europäische Vergemeinschaftung von Aufgaben und Ressourcen hofft Frankreich, stärker auf Kosten der anderen leben zu können. Und bei Regulierungen, die nicht über einen gemeinsamen Topf funktionieren, soll es wenigstens so sein, dass die andern genauso leiden – getreu dem Muster der EU-Integration: Bremse deinen Nachbarn wie dich selbst. In Italien und anderen Südlichen Ländern denkt man ähnlich. Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Konjunktur hat die Europäische Zentralbank (EZB) beschlossen, das Nullzinsregime länger als angekündigt, über Mario Draghis Amtszeit als EZB-Präsident (bis Ende Oktober) und das Jahr 2019 hinaus weiterzuführen.

Für die Schweizer Nationalbank und die Geldpolitik ist das eine ähnliche Situation wie Anfang 2015. Damals hatte sich abgezeichnet, dass die EZB ihre Geldpolitik weiter lockern würde, um die Wirtschaft zu stimulieren und den Euro gegenüber anderen Währungen zu schwächen. Das führte bei Nationalbank-Präsident Thomas Jordan zum Entscheid, die Euro-Franken-Untergrenze aufzuheben, mit dem Argument: An eine Währung, deren Qualität sich deutlich verschlechtert, soll man den Franken nicht angebunden lassen. Seither sind die beiden Währungen so miteinander verbunden, dass die Nationalbank eine bestimmte Zinsdifferenz zur EZB einhält. Eine erneute deutliche Verschlechterung der Euro-Qualität bringt die Frage auf, ob der Franken wirklich synchron dazu geschwächt werden soll. Wer das nicht will, muss sich an die Abschaffung der Negativzinsen machen.

Showtime in Pink

Von Katharina Fontana — Den Tag der Frau haben wir hinter uns, nun kommt der Frauenstreik. Frausein wird zum politischen Geschäftsmodell.

Der Internationale Frauentag vom 8. März wurde letzte Woche auch hierzulande, auf der Strasse, in den Medien, in der Politik, mit dem üblichen Brimborium und mit viel bekenntnishaftem Pink begangen. Im Bundeshaus wurden frauensolidarische Anlässe durchgeführt, unter anderem durften dreissig junge Frauen das Bundeshaus besuchen und sich mit den drei Bundesrätinnen über Gleichstellung austauschen, am Schluss gab es ein nettes Gruppenfoto. Wer mit derartigen Anlässen Mühe hat, sollte Mitte Juni das Land verlassen. Denn der Frauentag war sozusagen bloss die Aufwärmrunde für den 14. Juni, den landesweiten Frauenstreiktag. Dann soll es ein Revival des ersten Streiks von 1991 geben, als Abertausende Frauen in der Schweiz die Arbeit niederlegten und, durchaus wirkungsvoll, für die damals noch mangelhafte Gleichberechtigung demonstrierten.

Hinter dem neuen Frauenstreik stehen linksgewerkschaftliche Kreise, die an diesem Tag Arbeit, Schulbesuch und Konsum verweigern wollen (unter den Begriff Frauen fallen laut den Initiantinnen alle Personen mit Ausnahme der Männer, die sich als Männer identifizieren, also sogenannte Cis-Männer sind). Ihr Streik-Manifest ist durchaus lesenswert: Die Initiantinnen fordern höhere Renten, kürzere Arbeitszeiten, eine «gerechte» Verteilung der Haus- und Sorgearbeit, eine Aufwertung der Frauenberufe, einen längeren Mutterschaftsurlaub, ein Bleiberecht für Migrantinnen, kostenlose Verhütungsmittel, einen Umbau der Schule zum Ort der Emanzipation, mehr Platz für Frauen in Öffentlichkeit und Politik und letztlich eine Abkehr der Gesellschaft «von der Logik des Geldes». Besser kann man ein sozialistisches Wunschprogramm kaum formulieren.

Parallelwelt

Man mag von diesen Radikalfeministinnen halten, was man will: So abschreckend ihr Programm, so gering ist ihr politischer Einfluss. Sie leben in ihrer eigenen Parallelwelt, in der der weibliche Teil der Bevölkerung nur in der Opferrolle vorkommt. Geht es um Geschlechterpolitik, sind es andere Frauen, die heute den Ton angeben, die im Parlament Quoten für die Teppichetage, eine Lohnpolizei oder bald wohl auch einen Vaterschaftsurlaub durchsetzen. Es handelt sich um Vertreterinnen der Bildungselite, die sich als progressive Vorkämpferinnen eines modernen Feminismus darstellen und mit Vorliebe die Vereinbarkeit von Familie und

Beruf als Problem bewirtschaften. Nun ist es absolut zu begrüssen, dass sich Frauen und Mütter ihre Stellung in der Arbeitswelt erobert haben. Und schaut man sich an, wie die Mädchen die Jungs heute in der Schule überflügeln, kommt man unweigerlich zum Schluss, dass die Zukunft weiblich ist. Umso irritierender ist es, mit welcher Insistenz die angebliche Diskriminierung der Frau derzeit beklagt wird. Es drängt sich der Eindruck auf, dass das Frausein zum politischen Geschäftsmodell geworden ist, zum Trendthema, mit dem sich privilegierte Kreise profilieren und ihr Image pflegen können. Auch gewisse Bundesrätinnen spielen gerne auf dieser Klaviatur: Wo es um Macht und Geld gehe, seien die Frauen untervertreten, meinte kürzlich Simonetta Sommaruga, die einem Milliardendepartement vorsteht.

Letztlich ist es dieses Kleinreden der Frauen, das einen kirre macht. Dieses beschützend-belehrende Getue wie: «Frauen brauchen weibliche Vorbilder, damit sie es im Beruf nach oben schaffen.» Frauen sind doch keine kleinen Kinder, die man bei der Hand nehmen und mit Vorbildern versorgen muss. Für einmal möchte man hier die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel loben, die jüngst in einem Zeitungsinterview nüchtern konstatierte: «Ich glaube nicht, dass Frauen generell andere Frauen bewundern. Auch unter Frauen gibt es mitunter harte Emotionen.» Genau.



Sozialistisches Wunschprogramm.



Herodot

Die Schweiz geht verloren

Es gibt immer mehr Doppelbürger und Ausländer in Zürich, Basel und Genf. Das verändert die Mentalität des Landes. Wer die Welt kennt, weiss: Wirtschaftlich lässt das nichts Gutes erwarten.

Den Grossteil meines Lebens habe ich unter Menschen anderer sprachlicher, kultureller und religiöser Herkunft verbracht. Ich habe diese für mich sehr bereichernden Kontakte seit früher Jugend gesucht und schätze sie bis heute sehr. In meinem Freundeskreis finden sich Menschen aus allen Kontinenten und aus allen grossen Religionsgemeinschaften. Gerade weil ich andere Kulturen und Religionen respektiere und schätze, ist mir die Bewahrung der Vielfalt ein Anliegen, auch der Eigenheiten unseres eigenen Landes.

Die feste Verankerung in unserer Kultur und deren Werten gab mir Orientierung für Leben und Arbeit in einem multikulturellen Umfeld. Man sagt, Auslandschweizer tendierten dazu, ihre Heimat zu verklären. Daran mag etwas sein. Wahr ist aber auch, dass man grosse Entwicklungen aus der Distanz oft klarer sieht, als wenn man mittendrin steht und den Veränderungen täglich in homöopathischen Dosen ausgesetzt ist, so dass man sie kaum wahrnimmt. Wer hingegen nach Jahren zurückkommt, erlebt die Veränderungen kompiliert und schockartig.

Schon in der Fremde ärgerte ich mich täglich über meine ehemals liebste Nachrichtensendung, die sich vom «Echo der Zeit» zunehmend zum «Echo aus Deutschland» mausert. Gefühlte zwei Drittel der Sendezeit bestreiten heute deutsche Experten und deutsche Journalistinnen. Mit Wehmut denke ich daran, dass diese Sendung die Nachfolgerin der berühmten «Weltchronik» von Jean Rudolf von Salis ist, die während des Zweiten Weltkrieges halb Europa als unbestechliche, neutrale Stimme hörte. Es ist naheliegend, dass sich unter den siebzig Millionen Deutschen mehr hervorragende Spezialisten und Expertinnen finden als unter sechs Millionen Schweizern. Aber es scheint mir nicht die Aufgabe eines mit Zwangsgebühren finanzierten Radios zu sein, dem Schweizer Publikum das Weltgeschehen – und oft genug auch die Probleme

des eigenen Landes – aus deutscher Sicht zu präsentieren.

In der Schweiz angekommen, begegnet man an den Bahnhöfen grosser Städte einer ähnlich bunten Menschenschar wie in den Korridoren internationaler Organisationen. Ein Blick in die Statistik bestätigt den subjektiven Eindruck: In den grossen Schweizer Städten sind die Schweizer ohne Migrationshintergrund in der Minderheit. In Genf besitzen 48 Prozent der Einwohner keinen Schweizer Pass. Weitere 40 Prozent sind Doppelbürger, davon rund zwei Drittel eingebürgerte Zuwanderer. Gerade noch 12 Prozent besitzen ausschliesslich den Schweizer Pass. In Lausanne liegt der Ausländeranteil bei 46 Prozent, in Basel bei 40 Prozent, in Zürich bei 33 Prozent. Ein weiteres Viertel der Einwohner in diesen Städten sind Doppelbürger, mehrheitlich Zugewanderte. Menschen, die bloss einen Schweizer Pass haben, sind überall deutlich in der Minderheit.

Ähnliches gilt für die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung. Gemäss Soziologen war diese für unsere wirtschaftliche Entwicklung von enormer Bedeutung. Bis in die sechziger Jahre war deutlich mehr als die Hälfte der Einwohner unseres Landes reformiert. Heute ist dies in kaum einem Kanton mehr der Fall. Insgesamt ist weniger als ein Viertel der Bevölkerung reformiert; in verschiedenen einst rein reformierten Gemeinden leben heute mehr Muslime als Reformierte. Die Katholiken konnten demgegenüber ihren Bevölkerungsanteil dank der Zuwanderung knapp halten.

Der grosse Erfolg von Schweizer Auswanderern, ebenso wie der schweizerischen Wirtschaft insgesamt, lag nicht am hohen Anteil von Hochschulabsolventen (da übertrumpfen uns die meisten entwickelten Länder). Entscheidend war die Qualität nicht nur der akademischen, sondern vor allem auch der Berufsbildung sowie simple Werte wie Zuverlässigkeit, Exaktheit, Ehrlichkeit, Selbstdisziplin, geistige Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Wie oft habe ich im Ausland diese Tugenden schweizerischer Handwerker bitter vermisst.

Doch auch damit scheint es langsam vorbei zu sein.

Handwerksmeister beklagen, dass sich praktisch nur noch Secondos mit dürftiger Bildung und einer ganz anderen Mentalität für eine Lehrstelle interessieren. Unser Bildungssystem trägt einen Grossteil der Verantwortung für die Abwertung des Ansehens der Handwerksberufe. Für alle möglichen Ausbildungen von Krankenpfleger bis Kindergärtnerin wird eine Matura verlangt. Dies geschah auch unter dem Einfluss internationaler Gremien, die ein Universitätsstudium zum Mass aller Dinge machen. Wer etwa in den USA gelebt hat, weiss, wohin dieser Irrweg führt. Doch die Schweiz kann sich dies noch weniger leisten als die USA, denn wir haben weder einen grossen Heimmarkt noch Bodenschätze.

In meiner Jugendzeit konnten sich manche einfache Búezer ein Einfamilienhaus mit Umschwung leisten. Seither hat man über zwei Millionen Zuwanderer ins Land geholt, fast eine Million allein in den letzten zehn Jahren. Für Durchschnittsschweizer sinkt derweil bei stagnierendem Pro-Kopf-Einkommen die Lebensqualität. Wir müssen enger zusammenrücken. Verdichtet bauen ist angesagt, und Bundesrätinnen wie Simonetta Sommaruga äussern sich verächtlich über die «Hüslischwiiz». In der Region Genf mussten sich rund 30 000 Schweizer wegen der Wohnungsnot im grenznahen Frankreich niederlassen. Die zahlreichen Wohnungen der öffentlichen Hand werden in Genf mehrheitlich an Zuwanderer vermietet, weil das Einkommen für die Zuteilung massgeblich ist.

Unser Land erhielt durch Zuwanderer überaus wertvolle Impulse in verschiedensten Bereichen. Zahlreiche unserer erfolgreichsten Unternehmungen – etwa Nestlé, ABB oder Swatch – wurden durch Zugewanderte gegründet. In früheren Zeiten waren diese jedoch stets in der Minderheit und passten sich kulturell und mentalitätsmässig an. Dies ist nicht mehr gewährleistet, wenn heute die Alteingessenen in den kulturell dominierenden städtischen Zentren und ihrem Umland deutlich in der Minderheit sind. Vielmehr passen sich mancherorts notgedrungen die jungen Schweizerinnen und Schweizer der grossen Mehrheit von Secondos an. Unsere Eigenheiten und Tugenden gehen so langsam, aber sicher verloren. Dies wird leider nicht ohne Auswirkung auf den Lebensstandard bleiben.

Herodot ist ein der Redaktion bekannter Weltreisender, seit Jahrzehnten wissenschaftlich und politisch tätig, unter anderem für die Uno.

Hausmeister zu Eugensberg

Von Roman Zeller — Das Schloss in Salenstein wurde für über dreissig Millionen Franken verkauft. Der neue Besitzer, 38, heisst Christian Schmid und ist Internetunternehmer. Viel mehr wusste man nicht – bis jetzt.

Sie komme fast jeden Tag hierher zum Schloss Eugensberg, sagt eine 65-jährige Rentnerin aus Salenstein TG, blickt nach unten zu ihrer quirligen Hündin, einer Kreuzung zwischen Wind- und Schäferhund. Über Kieswege führt sie uns dem Grundstück entlang an den gusseisernen Toren mit dem Schriftzug «Eugensberg» vorbei und zeigt durchs Dickicht auf das Schloss im klassizistischen Stil, das einst Eugène de Beauharnais, der Stiefsohn Napoleons, zwischen 1819 und 1821 erbauen liess.

Mäusebussarde kreisen über unseren Köpfen, und nach dreissig Minuten zu Fuss erreichen wir die Burg Sandegg, eine öffentliche Aussichtsplattform. Das sei ihre Lieblingsstelle, sagt die Dame, hier habe sie mit ihrer Mutter gerne Champagner getrunken und die Sonnenuntergänge über dem türkisfarbenen Untersee angeschaut. Dass das Schloss Eugensberg verkauft worden sei, begrüsse sie; dass alles verweise, auch der Gutshof mit dem verwilderten Gewächshaus, sei schade: «Es braucht wieder Leben.» Wer genau der Käufer ist, wisse sie nicht, sagt sie und setzt den Spaziergang fort.

Kaum mehr als die Dame wissen die Journalisten: Ein «geheimnisvoller Käufer» (*Die Ostschweiz*), offenbar ein «Internetmillionär» (*Luzerner Zeitung*), habe das Anwesen erworben. Der *Weltwoche* nun gibt Christian Alexander Schmid, das «Gespenst von Schloss Eugensberg» (*Blick*), erstmals umfassend Auskunft über sein Leben.

Wir erwischen ihn und seine Frau in Kairo auf einer Ägypten-Rundreise, «durch die Pyramiden kriechend», wie Alexandra Schmid am Telefon sagt. Ihr Mann schreibt später per Mail, es sei «ärgerlich» und «ungünstig», aber rein zufällig, dass sie gerade jetzt abwesend seien. Trotzdem freue er sich, bald in Salenstein leben zu können. Der 38-Jährige möchte möglichst wenig in der Öffentlichkeit stehen, wie er mitteilt, gleichzeitig sei es ihm wichtig, der Bevölkerung vor Ort einen Eindruck seiner Person zu vermitteln.

Erste Firma als Teenager

Christian Schmid ist Deutscher. In Süddeutschland geboren, zog seine Familie nach Mülheim ins Ruhrgebiet, wo er die Schule besuchte. Seine Eltern führten ein mittelständisches Unternehmen, was ihn zur Selbständigkeit angetrieben habe, wie Schmid sagt. Er habe bereits in jungen Jahren gemerkt, dass «das Geld nicht auf monatlichen Gehaltschecks» daherfliege. Schmid erzählt, dass er



«Von nichts kommt nichts»: Unternehmer Schmid und Gattin Alexandra in Ägypten.

sich durchbeissen musste und dass für ein Studium keine Zeit vorhanden war. «Von nichts kommt nichts», sagt er. Für ihn habe früh gegolten, dass man nur Geld verdiene, indem man eine Firma gründe. Er sei dem Unternehmertegeist seiner Eltern gefolgt, etwas anderes sei nie in Frage gekommen. Als er etwa siebzehn oder achtzehn Jahre alt war, machte er

sich selbständig – «so genau erinnere ich mich nicht mehr», so Schmid.

Sein erstes Projekt, ein Onlineshop-System namens Rapidtec, ist Schmid hingegen präsent: «Konsumenten konnten sich im Internet mit wenigen Klicks relativ einfach Artikel von Vertriebsfirmen kaufen.» Dafür eingerichtet habe er einen Warenkorb und einen



Es gibt viel zu tun: Schloss Eugensberg in Salenstein TG.

Check-out. Das war vor zwanzig Jahren, als der Verkaufsriese Amazon noch in den Kinderschuhen steckte. Gewonnen habe er unbezahlbare Erfahrungen, sagt Schmid. Geld sei «eher weniger» geflossen.

Um Dimensionen erfolgreicher beurteilt er sein zweites digitales Unterfangen. Schmid gründete die Plattform Rapidforum über die sich Website-Betreiber ohne grossen Aufwand ihr eigenes Kommunikationsforum einrichten konnten. «Hier habe ich zum ersten Mal richtig Geld verdient», sagt er und nennt keine Zahl. Schmid ist sich nicht einmal sicher, ob es für die erste Million gereicht habe – das sei ohnehin sekundär gewesen. «Zum Leben hat das Geld gereicht.» Er wollte Erfahrungen sammeln, eine bestmögliche Dienstleistung bieten.

Sein grösster Coup

Dieses Know-how bündelte er 2002, als er den Service Rapidshare gründete, seinen bisher grössten Coup. Es handelte sich um eine Hosting-Plattform, die ursprünglich als Weiterentwicklung von Rapidforum gedacht war. Die Überlegung lautete: «Mal eben schnell grosse Dateien an eine Diskussion anhängen. Das war damals im Internet quasi unmöglich.»

In die Bresche sprang Rapidshare. 2004, zwei Jahre nach der Gründung, ging Schmid's Projekt online. 2006 verlegte er den Sitz des Unternehmens nach Cham im Kanton Zug. Der Erfolg liess nicht lange auf sich warten: 2007 war Rapidshare.com die weltweit elftmeist besuchte Website. Ein Jahr später nutzten über 42 Millionen Menschen täglich den Service, und Anfang 2010 hortete Rapidshare rund 150 Millionen Dateien. Schon 2006 soll Schmid ein Einkommen von über 17,4 Millio-

nen Franken versteuert haben, wie die *Handelszeitung* schrieb. Milliardär sei er aber «noch lange nicht», sagt er.

Ohnehin findet Schmid, es wäre vielleicht besser gewesen, die Plattform hätte nicht so einen Erfolg gehabt. Rapidshare sei nämlich früh als «Raubkopieplattform» wahrgenommen worden, auf der urheberrechtlich geschütztes Material illegal hochgeladen, gespeichert und verbreitet würde. «Wir

Immer mehr verwandelte sich das Vorhaben von «verrückt» in «unser zukünftiges Haus».

verwalteten aber nicht mehr problematische Daten als Google oder Facebook.» Trotzdem folgten langjährige Verfahren in Deutschland. 2015 stellte Rapidshare seinen Dienst ein. Und seit September 2018 muss sich Schmid wegen «gewerbmässiger Gehilfenschaft zu Widerhandlungen gegen das Urheberrechtsgesetz» in einem Zuger Strafverfahren verantworten. Experten beurteilen den Ausgang des Verfahrens als offen, schlimmstenfalls muss Schmid eine Geldstrafe zahlen. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Eher Zufall

Mitverantwortlich, dass er überhaupt den Weg in die Schweiz fand, ist seine Ehefrau Alexandra, 40, aus dem Kanton Zürich. Die Programmiererin war begeisterte Nutzerin von Rapidforum und moderierte nach einiger Zeit auch das Online-Support-Forum der Firma. So haben sich die beiden vor über fünfzehn Jahren kennengelernt. Seit 2014 sind sie verheiratet und wohnen zurzeit in Küsnacht am Rigi im Kanton Schwyz.

Dass es nun eine Veränderung gibt, freut Alexandra Schmid, obwohl sie dem Schloss erst kritisch gegenübergestanden sei, wie sie sagt: «Ich fand, es wäre ziemlich verrückt, den Kauf ernsthaft in Betracht zu ziehen.» Es sei ohnehin eher Zufall gewesen, dass ihr Mann vom Verkauf gelesen habe. Ursprünglich habe er gar kein Schloss kaufen wollen, erklärt sie. Doch er habe jahrelang vergeblich nach einem Wohnhaus mit einer gewissen Mindestgrösse in schöner, naturnaher Umgebung gesucht und am Ende festgestellt, dass «fast ausschließlich Schlösser und ähnliche Objekte» seinen Wünschen entsprächen.

Beim ersten Besichtigungstermin sei ihr Mann sofort überzeugt gewesen, dass das Schloss Eugensberg das Wunschobjekt sei, sagt Alexandra Schmid. Sie hingegen sei sprachlos gewesen. «Ich fand es etwas gar gross und dachte, dass wir uns etwas weniger abgehobenen Plänen widmen sollten.» Doch beim erneuten Besuch haben sich die beiden bereits Gedanken über die Einrichtung und die Nutzung der Räume gemacht, und jedes weitere Mal verwandelte sich das Vorhaben für sie immer mehr von «verrückt» in «unser zukünftiges Haus».

Sanieren und spazieren

Und wie stellt sich das Paar sein künftiges Leben als Schlossbesitzer vor? Alexandra Schmid starte gerade ihre eigene Firma im Bereich Inneneinrichtung, etwas ganz anderes als bisher, wie sie sagt. In der Freizeit wolle sie vermehrt Bücher lesen und Ruhe einkehren lassen. Ihr Mann beschäftige sich mit allerhand Elektronik, mit dem 3-D-Druck, mit Mechanik und Physik. Er selbst findet, eine Trennung von Arbeit und Freizeit sei bei ihm nicht möglich: «Mein Gehirn schreit nonstop nach Erklärungen für Ungeklärtes.»

Konkrete Pläne für neue Projekte habe er aber nicht, nur Ideen. Europa sei als Gründungsstandort für einen Internetgiganten «nicht reif genug», sagt Schmid. «Dafür geht man in die USA.» Er wolle lieber sein Leben im Schloss planen. So habe er sich fest vorgenommen, bald täglich auf den Kieswegen auf seinem Anwesen zu spazieren. Er komme viel zu selten raus.

Erst einmal stünden jetzt aber «umfassende Sanierungsarbeiten» an, sagt Schmid. Seit September 2017 steht das Schloss inklusive Gutshof, Weiler und Badehaus leer. Es gibt viel zu tun, bis die landwirtschaftlichen Flächen verpachtet und bewirtschaftet werden können. Der Zaun um das Grundstück ist streckenweise eingedrückt, einige Tore lassen sich problemlos beiseiteschieben, und ein Scheunentor knallt beim Vorbeispazieren auf und zu. Die Arbeiten sollen möglichst bald beginnen, so Schmid. Er will in einem Jahr erst in das Gutshaus und zwei Jahre später in das Hauptgebäude einziehen – als Hausmeister, nicht als Schlossherr, wie er sagt.

Personenkontrolle

Maurer, Aeschi, Berset, Keller-Sutter, Sommaruga, Balmer, Müller, Addor, Macron, Fiala, bin al-Hussein, Scrymgeour, Maas, Madisson, Rees-Mogg, May, Tusk

Ueli Maurer, Sparonkel, sorgt sich um seine Kasse. Als mehrfacher Familienvater würde er gerne alle Familien im Sinne von Nationalrat **Thomas Aeschi** (SVP, wie auch Maurer) bei der Kinderbetreuung steuerlich entlasten. Doch weil das gemäss seinen Berechnungen eine Milliarde Franken kosten würde, will der Finanzminister nur jenen Familien eine Erleichterung gewähren, die ihre Kinder gegen Entgelt fremdbetreuen lassen. Besorgt warnte er bei der entsprechenden Debatte am Dienstag im Nationalrat: «Sie können nicht einfach an einem Dienstagmorgen eine Milliarde aus der Bundeskasse freigeben, ohne dass wir das irgendwo besprechen, ohne dass wir eine Vernehmlassung gemacht haben, ohne dass wir auch familienpolitische Absichten damit verbinden; das geht einfach nicht.» Und er bat am Ende seiner Ausführungen noch einmal inständig: «Nehmen Sie mir nicht eine Milliarde Franken aus der Kasse» – als plane das Parlament einen Raubzug. (hmo)

Alain Berset, als Innenminister auch oberster Gleichstellungsbeauftragter des Landes, darf sich freuen. Laut dem neuesten Gender-Index der OECD, der am Internationalen Frauentag vom 8. März publiziert wurde, nimmt die Schweiz die Top-Position von insgesamt 120 bewerteten Staaten ein. Sie schneidet in den Kategorien Familie, körperliche Integrität, Zugang der Frauen zu Arbeit und Finanzen sowie Bürgerrechte am besten ab und liegt im Gesamtranking auf dem ersten Platz, noch vor den nordischen Vorzeigeländern Dänemark und Schweden. Dieses Spitzenergebnis wurde hierzulande kaum zur Kenntnis genommen. Auch von Berset, der diese Woche mit seiner Entourage in New York an der Sitzung der Uno-Kommission für die Stellung der Frau teilgenommen hat, kam keine Reaktion. (fon)

Karin Keller-Sutter, Arbeitgeberin, sorgt für Aufbruchstimmung im Informationsdienst ihres Justiz- und Polizeidepartements (EJPD). Kaum hatte die FDP-Bundesrätin SP-Frau **Simonetta Sommaruga** abgelöst, organisierte Info-Chef **Guido Balmer** einen Tag der offenen Tür in der EJPD-Informationszentrale. Unter Sommaruga hatte die Abteilung ein Schattendasein gefristet. Jetzt, wo eine neue Chefin das Sagen hat, zeigt der Informationsdienst, was er



Verblüfft: SVP-Nationalrat Addor.



Frischer Wind: Bundesrätin Keller-Sutter.



Medienbewusst: SPD-Politiker Maas.



Apokalyptisch: Tory-Abgeordneter Rees-Mogg.



Genug ist genug: Innenminister Berset.

tatsächlich draufhat. «Macht euch ein Bild, was bei uns so alles über den Tisch geht», lautete das Motto der Veranstaltung in eigener Sache. Laut Einladung gehen zum Beispiel zwanzig Reden pro Jahr über den Tisch der EJPD-Abteilung, was nicht gerade auf chronische Überlastung hindeutet. Die anderen Propagandastellen der Bundesverwaltung schreiben locker doppelt so viele Reden pro Jahr. Deutlich mehr Stress verursachte der Tag der offenen Tür. Man sei etwas überrascht gewesen, wie viele gekommen seien, liess Balmer die Verwaltung in einer Rundmail wissen. Bei siebzig habe man aufgehört, *Strichli* zu machen. (hmo)

Philipp Müller, Rappenspalter, ist der Schnellste, wenn es darauf ankommt. Am 7. März um 17.18 Uhr schrieb das Parlamentssekretariat allen Parlamentariern eine E-Mail. Darin wurde darauf hingewiesen, dass die Taggelder für Februar am folgenden Tag überwiesen würden. «Im Extranet unter «My Site» können Sie Ihre Abrechnung einsehen.» Keine Stunde später, um 17.52 Uhr, schrieb der FDP-Ständerat und frühere Parteipräsident Müller zurück. Er mo-

nierte: «Bei meiner Abrechnung fehlt der Freitag, 1. Februar. Da habe ich – wie schon am Donnerstag, 31. Januar – an der APK-Sitzung teilgenommen. Ich bitte Sie, dies entsprechend zu korrigieren.» In der Eile verschickte Müller diese Zeilen nicht nur ans Sekretariat, sondern an sämtliche 246 Bundesparlamentarier. Für den zusätzlichen Sitzungsvormittag am 1. Februar erhält der Ständerat 440 Franken Taggeld plus 115 Franken Verpflegungspauschale. (fsc)

Jean-Luc Addor, frankofoner SVP-Nationalrat und Anwalt aus Sion VS, erschrak ob den zentralistischen Europa-Plänen des französischen Präsidenten **Emmanuel Macron**. In der parlamentarischen Fragestunde von letztem Montag – der ersten überhaupt für Bundesrätin **Karin Keller-Sutter** (FDP)! – erkundigte er sich bei der neuen Justizministerin, ob der Bundesrat nicht auch besorgt darüber sei, dass Macrons Europa-Aufruf in Schweizer Zeitungen abgedruckt worden sei. Keller-Sutters ausweichende Erwiderung, der Bundesrat übe keine Kontrolle über die Medien aus, beeindruckte Addor nicht. Anders die Tatsache, dass die bundesrätliche

Antwort in lupenreinem Französisch daherkam: «Sie kann besser Französisch als ich», raunte er seinem Sitznachbarn zu. (fsc)

Doris Fiala, Sprachgenie, sorgt als weltgewandte helvetische Politikerin im Europarat immer wieder für unfreiwillige Heiterkeit. Als die FDP-Frau in ihrer Eigenschaft als Präsidentin der Kommission für Migration im vorigen März mit Kollegen in Jordanien empfangen wurde, sprach sie den dortigen König **Abdullah II. bin al-Hussein** konsequent mit «Her Majesty» an. Offensichtlich hatte sie dergleichen beim britischen Königshaus aufgeschnappt. Dann sagte sie munter «my apologize» statt «my apology» (meine Entschuldigung). **Alexander Scrymgeour**, den 12. Earl of Dundee, Mitglied des britischen Oberhauses, nannte sie wiederholt «Mister Dundee» – das ist etwa dasselbe, wie wenn Fiala Bundesrat **Ueli Maurer** aus Hinwil als «Herrn Hinwil» anreden würde. Angesichts ihrer Kreation des Mister Dundee – so erzählte ein teilnehmender Lord und lachte Tränen – sei er froh gewesen, dass Kommissionspräsidentin Fiala den schottischen Hochadligen nicht mit Crocodile Dundee angesprochen habe. (mü)

Heiko Maas, halber Influencer, verkündete im September 2018, dass er «jetzt auch auf Instagram» sei. Tatsächlich: Seither vergeht kein Tag ohne «Kämpfe gegen rechts», Pro-EU-Hashtags und globale Diplomaten-Handshakes. Bilder postet der SPD-Politiker meist in schneien Massanzügen, ab und an auch im Sportdress wie etwa in einer chinesischen Basketball-Halle. Dass er hochqualitativ in Szene gesetzt wird, ist kein Zufall, werden doch die Beiträge vorwiegend von seinem Team gepflegt, wie er schreibt. Erst ein genauerer Blick auf sein Profil relativiert den Social-Media-Einfluss von Maas: Seine Beiträge sehen knapp 24.000 Follower – nicht einmal halb so viele wie bei Ex-Bachelor-Kandidatin **Mia Madisson**. (zr)

Jacob Rees-Mogg, Klassiker, polarisiert wieder einmal mit lateinischen Sprüchen auf Twitter. Am Dienstag – Tag der erneuten Abstimmung über den EU-Deal von Premierministerin **Theresa May** im britischen Unterhaus – übertraf sich der euroskeptische Tory-Abgeordnete selber. Der «day of reckoning», also der Tag der Abrechnung, sei gekommen, schrieb er. Kurz darauf brannten die bildungsbürgerlichen Pferde mit ihm durch. «Dies irae, dies illa», trompetete der sonst britisch-zurückhaltende Rees-Mogg in den Äther – und bemühte damit den Vers, mit dem in Requiems zum Jüngsten Gericht gerufen wird. Das war prophetisch: Mays Brexit-Vertrag erlebte zum zweiten Mal eine regelrechte Apokalypse. 75 ihrer eigenen Abgeordneten stimmten dagegen. Wir erinnern uns: Noch vor wenigen Wochen hatte EU-Ratspräsident **Donald Tusk** die Gegner des Abkommens ins Höllenfeuer gewünscht. (fsc)

Nachruf



Kolossaler Knall: Finanzguru Behring.

Dieter Behring (1955–2019) — Vierzehn Jahre lang kämpfte der gestrauchelte Börsenguru mit allen Mitteln gegen das Gefängnis. Im vergangenen Sommer verlor er die letzte Schlacht vor dem Bundesgericht. Anfang dieses Jahres hätte Dieter Behring seine fünfeinhalbjährige Freiheitsstrafe wegen gewerbsmässigen Betruges antreten müssen. Stattdessen liess sich der 63-Jährige in ein Spital einweisen, wo er letzte Woche an einer Leberzirrhose starb.

Der wohl grösste Betrug der Schweiz mit einem Schaden von 800 Millionen Franken und 2000 Geschädigten bleibt damit ungeühnt. Dabei war bereits 2004 klar, als der Zauber aufflog: Das «System Behring» war ein klassisches Schneeballsystem. Investitionen, welche die versprochenen Traumrenditen generiert hätten, gab es kaum, stattdessen wurden Schulden mit immer mehr Schulden gedeckt, bis es halt knallte.

Der Fall Behring war vielleicht auch die grösste Justizpleite, die sich die Schweiz je geleistet hat. Sagenhafte zwölf Jahre brauchte die einschlägig berüchtigte Bundesanwaltschaft, um den Fall vor Gericht zu bringen. Das Vorgehen der Fahnder gemahnte an das Schneeballsystem der Betrüger. Um sie als Kronzeugen gegen den Boss zu verwenden, liess man ein Dutzend Komplizen ungestraft laufen. Bis Dieter Behring 2016 als Einziger vor dem Bundesstrafgericht stand.

Doch war er wirklich der Boss? Allein konnte er das betrügerische Netzwerk sicher nicht errichtet und erst recht nicht gemanagt haben.

Kein Mensch hatte mehr den Überblick über das Monsterverfahren mit Millionen von Akten. Eigentlich interessierte nur noch eine Frage: Hatte Behring selber an sein Wundersystem geglaubt? Tatsächlich war er nur der Bannerträger gegen aussen; die Akquisition der Gelder, die Transaktionen und Anlagen nahmen andere vor. Und alle sahten sie Provisionen in zweistelliger Millionenhöhe ab. War Finanzguru Behring etwa bloss ein nützlicher Idiot von professionellen Gangstern?

Dieter Behring, ein Hühne von Gestalt, war ein zugänglicher, jovialer Zeitgenosse. Am Rande des Prozesses in Bellinzona, wo stundenlang um juristische Formalien gefeilscht wurde, kam ich mit ihm ins Gespräch. Seine Ehefrau Ruth, eine unscheinbare Person, die Behring treu seit vier Jahrzehnten durchs Leben begleitet hatte, wich nie von seiner Seite. Schliesslich landeten wir in einem Grotto, wo er über mehrere Flaschen Merlot hinweg bis tief in die Nacht hinein von seinem Leben erzählte.

Dieter Behring, der ursprünglich eine Lehre als Chemielaborant absolviert hatte, experimentierte seit den 1970er Jahren mit Computern. In seiner Stube werkelt er nächtelang an einem Programm für Finanzanlagen. Bis eines Tages die Nachricht die Runde machte, Behring habe den «genetischen Code der Börse» geknackt. Gleich einem Alchemisten, der die Formel des Goldes entdeckt hatte, würde er jede Kursentwicklung voraussehen können.

Die Börse boomte, als Dieter Behring Ende der 1990er Jahre als Kopf der Moore-Park-Gruppe zu einem gefeierten Star der Finanzwelt avancierte. Nach der Jahrtausendwende, als die zerplatzte Dotcom-Blase da und dort für Ernüchterung sorgte, ging es bei Behring erst richtig los. Bis 2004 auch sein Schneeballsystem mit einem kolossalen Knall an der Realität zerschellte.

Dieter Behring schwor mit dem Impetus eines Bekehrten, sein System hätte funktioniert, wenn es denn richtig angewendet worden wäre. Glaubte er wirklich an den ganzen Zauber? War er selber etwa sein erstes Betrugsoffer? Die Justiz war nie imstande, den Fall wirklich zu lösen, ich masse mir kein Urteil an. Leider konnte Dieter Behring seinen Supercode zur Geldvermehrung nie offenlegen, wie er mir bedauernd versicherte – sonst hätte ihn ja jeder kopieren können. Na klar, leuchtet ein! So nahm er sein Geheimnis mit ins Grab. *Alex Baur*



Die Befürworter meinen es sicher gut: Farm bei Koni, Niger.

Essay der Woche

Wenn die Weltbank lügen muss

Von *Ernst Lutz* — Die Weltbank versucht den ärmsten Ländern mit günstigen Darlehen zu helfen. Das Geld wird unsorgfältig ausgegeben, die Ergebnisse sind ernüchternd. Die Bundesverwaltung ist mitverantwortlich.

Wenige Tage nach Neujahr ist der Präsident der Weltbank, Jim Yong Kim, unerwartet auf Anfang Februar zurückgetreten, mehr als drei Jahre vor dem Ende seiner zweiten Amtszeit. Kurz darauf hat US-Präsident Donald Trump den Amerikaner David Malpass zum Weltbank-Präsidenten nominiert. Es ist wahrscheinlich, aber noch nicht sicher, dass er vor Mitte April vom Vorstand der Weltbank gewählt werden wird. Malpass hat Aufsehen erregt mit seiner Erklärung, dass die Weltbank Teil einer grossen Bürokratie sei, die «Schuldenberge schafft, ohne die Probleme wirklich zu lösen». Seine Bedenken sind vollständig berechtigt, Malpass wird nach seiner erwarteten Wahl gründliche Reformen in Angriff nehmen müssen.

Rote Linien überschritten

Meine Beurteilung beruht auf langjährigen Erfahrungen. Ich arbeitete bei der Weltbank von 1977 bis 2006 in voller Anstellung und seither zeitweise als Consultant. Gute Arbeit und gute Resultate in Projekten liegen mir am Herzen. Wenn es möglich ist, soll man Entwicklungsländern und der dortigen Bevölkerung nachhaltig helfen. Die Arbeitsweise der Weltbank hat in dieser Hinsicht jedoch erheb-

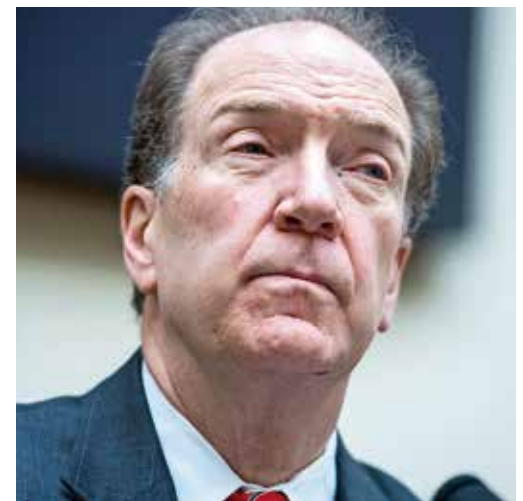
liche Mängel. Der Druck, unbedingt Kredite zu vergeben, ist hoch, und wird gefolgt vom Druck, Auszahlungen zu machen. Die Nachhaltigkeit von multilateralen Projekten, besonders in Afrika, ist beschränkt.

Weil ich in der ersten Phase eines Weltbank-Projektes am Victoriasee mitgearbeitet hatte und bei der Vorbereitung der zweiten Phase Haupt-Consultant war, wurde ich 2017 unter Vertrag genommen, um die Evaluation für die zweite Phase dieses Projektes (2009–2017) durchzuführen. Meine Beurteilung im ersten Entwurf meiner Analyse lautete «unbefriedigend». Daraufhin wurde mir gesagt, dass die Beurteilung positiv ausfallen müsse, unabhängig von den Fakten, weil die Umweltabteilung für Afrika unbedingt die dritte Phase mit 250 Millionen Dollar finanzieren wolle.

Es ist besorgniserregend, wenn die Weltbank lügen muss, um neue Kredite zu rechtfertigen. Man kann den Fall zwar nicht verallgemeinern, aber ich habe schon einiges in verschiedenen Ländern gesehen und erlebt, und mit dem Vorgehen der Weltbank beim Victoriasee-Projekt wurde aus meiner Sicht jetzt einfach eine rote Linie überschritten.

Als Steuerzahler möchte ich nicht, dass multilaterale, von der Schweiz mitfinanzierte

Gelder schlecht verwendet und Resultate unehrlich beurteilt werden. Eine Sparte oder eines der «Fenster» der Weltbank ist die Internationale Entwicklungsorganisation (International Development Association, IDA). Die IDA vergibt an die 77 ärmsten Länder der Welt Vorzugsdarlehen sowie Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Die Darlehen sind zinslos, oder fast zinslos, und haben eine lange Laufzeit. Aber selbst wenn das für die



Berechtigte Bedenken: Kandidat Malpass.

Empfängerländer zunächst vorteilhaft aussieht – eine ineffiziente Verwendung dieser Gelder ist für sie langfristig nicht von Nutzen. Sie müssen ja die Kredite früher oder später doch zurückzahlen, und einige Länder haben schon jetzt Schwierigkeiten, die Schuldentilgungen zu leisten.

Was hat das alles mit der Schweiz zu tun? Bundesrat Parmelin vertritt als Wirtschaftsminister die Schweiz im Gouverneursrat der Weltbank, dem obersten Entscheidungsgremium der Organisation mit ihren 189 Mitgliedstaaten. Die Gouverneure tagen zweimal jährlich. IDA-Abgeordneter der Schweiz ist Raymond Furrer vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), und der schweizerische Exekutivdirektor bei der Weltbank in Washington ist Werner Gruber. Das Exekutivdirektorium umfasst 25 Mitglieder. Natürlich sind die Einflussmöglichkeiten der Schweiz beschränkt, denn sie hat einen Stimmrechtsanteil für IDA-Belange von lediglich 1,07 Prozent.

Schweiz neuntgrößter Geber

Aber die Schweiz ist der «Kopf» der Stimmrechtsgruppe, zu der auch Aserbaidschan, Kasachstan, die Kirgisische Republik, Polen, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan gehören. Zudem kann man mit anderen gleichgesinnten Ländern zusammenarbeiten, um für mehr Qualität und weniger Druck zur Kreditvergabe einzustehen. Darüber hinaus wären in der Weltbank allgemeinere Reformen nötig, und die Schweizer Regierung könnte sich aktiver gegen Korruption, gegen Geschäftshindernisse, gegen den ineffizienten Gebrauch von zinslosen Darlehen aussprechen und sich für Reformen engagieren – besonders auch im Zusammenhang mit der nächsten Runde der jeweils auf drei Jahre ausgerichteten «IDA-Wiederauffüllung», der IDA19.

Die Wiederauffüllungen entsprechen den periodischen Finanzierungsrunden für dieses Vehikel. Man kann erwarten, dass Gelder von IDA19 Anfang Juli 2020 verfügbar werden und die IDA bis Juni 2023 finanzieren sollen. Die



Beschränkter Einfluss: Bundesrat Parmelin.

Verhandlungen darüber werden im Verlaufe des Jahres 2019 stattfinden, Verhandlungen also, in denen die Schweiz aktiv mitverhandeln kann – und soll. Für die Tranche IDA17 (Juli 2014 bis Juni 2017) beliefen sich die von Industrieländern gesprochenen Mittel auf 52 Milliarden Dollar. Beim Beschluss zu IDA18 (Juli 2017 bis Juni 2020) wurde die Dotierung deutlich auf 75 Milliarden Dollar erhöht, das entspricht einer Zunahme von 44 Prozent. Der Beitrag der Schweiz an IDA18 betrug 645 Millionen Franken; sie war damit neuntgrößter Geber.

Der erhöhte Druck, mehr Gelder für Projekte zu verleihen, war nicht nur vorteilhaft, da mehr Quantität nicht unbedingt bessere

Statt die Finanzierung auszuweiten, sollte man die Resultate zum Thema machen.

Ergebnisse bedeutet. In Entwicklungsländern gibt es oft begrenzte Kapazitäten für das Management von Projekten, was darauf hindeutet, dass auf der Nachfrageseite begrenzte Aufnahmekapazitäten für qualitativ hochstehende Investitionen vorhanden sind. Dies bedeutet auch, dass eine gutgemeinte Ausweitung der Kapitalzufüsse zusammen mit dem Druck, diese dann auch auszuzahlen, das Risiko für Verschwendung erhöht. Das gilt im Allgemeinen und besonders stark in fragilen und von Konflikten betroffenen Ländern.

Meine Meinung ist, dass die Drei-Jahres-Wiederauffüllung IDA19, vom bereits hohen Niveau von IDA18 ausgehend, nicht weiter erhöht, sondern gekürzt werden soll, zum Beispiel auf 40 oder 50 Milliarden Dollar. Statt die Finanzierung auszuweiten, sollten die IDA-Abgeordneten lieber die Resultate und vor allem die Nachhaltigkeit der Weltbank-Arbeit zum Thema machen und unter die Lupe nehmen. Wenn man die beschränkten Absorptionskapazitäten der 77 ärmsten Länder für Projekte kennt, dann wären 50 Milliarden Dollar, also im Durchschnitt 650 Millionen Dollar pro Land, mehr als genug für die Periode von Juli 2020 bis Juni 2023.

Ein grosses Problem besteht darin, dass in jedem Dreijahreszyklus alle zugeteilten IDA-Kredite bis auf den letzten Cent vergeben werden müssen. Das schwächt die Weltbank in den Projektverhandlungen, wenn sie Verbesserungen in den Empfängerländern erreichen möchte. Und das schwächt auch die Stellung jener Leute in den Empfängerländern, die sich ernsthaft für Änderungen und Reformen einsetzen möchten, um bessere und nachhaltigere Projektergebnisse zu erzielen.

Regierungen in Empfängerländern dagegen haben gelernt, einfach zuzuwarten, bis die Kreditvergaben dringlich werden und sie fast keine Reformen oder projektorientierten Anstrengungen mehr machen müssen, um

IDA-Kredite zu bekommen. Der Druck zur hundertprozentigen Kreditvergabe auf Seiten der Weltbank hat also negative Wirkungen. Dies schwächt auch längerfristig die Effizienz, die Anreizsysteme und die Dynamik der sich entwickelnden Volkswirtschaften.

Wenn die Schweizer Regierung etwas dagegen unternehmen will, sollte sie sich aktiv für eine diesbezügliche Reform einsetzen, besonders für die Regelung, dass man zugeteilte, aber nicht vergebene Kredite auf den folgenden Dreijahreszyklus übertragen kann. Sonst wird weiterhin hektisch Geld ausgegeben für Projekte, die nicht reif sind für eine sorgfältige Umsetzung oder die in einem wirtschaftlichen Umfeld mit unzureichenden Anreizsystemen und fehlender Reformbereitschaft angesiedelt sind.

Beispiel Burundi

Eine weitere Schwäche ist die fehlende Nachhaltigkeit von Projekten, wenn am Ende der Laufzeit das Projektbüro schliesst und zwei oder fünf Jahre später oft kaum dauerhafte Resultate sichtbar sind. In Niger beispielsweise hat man schon sehr lange dauernde Bildungs- und Agrarprojekte durchgeführt, aber noch immer kann die grosse Mehrheit der Frauen (und auch viele Männer) weder lesen noch schreiben, und die landwirtschaftlichen Erträge stagnieren seit Jahrzehnten. Ein anderer Mangel liegt darin, dass man sich oft nur auf die wirtschaftlichen Aspekte konzentriert und ausser Acht lässt, was sonst im Land noch vorgeht. Ein Beispiel ist Burundi, wo man die Regierung weiterhin mit IDA-Geldern unterstützte und einfach wegschaute, als das Regime ab 2015 derart massiv gegen Bürger vorging, dass neue Armut entstand, über tausend Menschen getötet und mehr als 400 000 zur Flucht gezwungen wurden. Zudem figuriert Burundi unter den 25 korruptesten Ländern der Welt. Solche und andere mögliche Beispiele schwächen die IDA. Obwohl von der Weltbank auch viel Qualitätsarbeit geleistet wird, sind nun Reformen nötig, um zu einer soliden und längerfristig anhaltenden Entwicklung zu gelangen.

Die Befürworter von laufend steigenden IDA-Wiederauffüllungen meinen es sicher gut und behaupten, dass mehr Volumen die Bekämpfung der Armut stärken werde. Ich bin grundsätzlich auch dafür, dass man Armen hilft, aber bei der IDA geht es um eine Partnerschaft zwischen Geber- und Empfängerländern. Um wirklichen Fortschritt in der Armutsbekämpfung zu erzielen, sollte man nur denjenigen Regierungen zinslose Darlehen zugutekommen lassen, die bereit sind, Korruption und Wirtschaftshindernisse ernsthaft anzugehen, Projekte seriös durchzuführen und ehrlich zu evaluieren.

Ernst Lutz, Ingenieur-Agronom ETH und Dr. oec. der Universität von Kalifornien, ist ehemaliger Senior Economist bei der Weltbank.

Der Reiz des Gangsters

Von Alex Baur — Eine Massenschlägerei unter Jugendlichen aus Spreitenbach und Dietikon um das Label «Bronx» mündete in eine Messerstecherei. Der ehemalige Mafia-Killer John Alite aus New York erklärt der Limmattaler Vorstadtjugend, was davon zu halten ist.



«Sie sangen alle»: Ex-Mafioso Alite.

John ist ein umgänglicher Kerl, einer, der auf die Menschen eingehen kann und in dessen Gegenwart man sich schnell wohl fühlt. In entwaffnender Offenheit liefert der Mittfünfziger druckreife und meist originelle Antworten auf Fragen und Einwände, bevor man sie überhaupt formuliert hat. Man könnte glatt vergessen, dass seine etwas fahrigten Hände – sie sind ständig in Bewegung und verraten eine kontrollierte Dosis Unruhe – Dutzende von Menschen umgebracht haben. John Alite war einst ein ebenso berühmter wie famoser *hitman*, ein Killer des New Yorker Gambino-Clans. Über ihn wurden Bücher geschrieben und Filme gedreht.

Alites Name blitzte Anfang März kurz in der Zeitung *20 Minuten* auf: «Ex-Mafioso kurvt durch Schweizer Strassen». Der Hintergrund der Meldung war nebulös. Alite hat seine Strafe abgesessen, er ist ein freier Mann, gegen ihn liegt nichts mehr vor. In den USA und in Gross-

britannien, aber auch in albanischen Kreisen ist der Ex-Gangster heute eine Celebrity. Doch was treibt John Alite in der Schweiz?

Dem Zürcher Rechtsanwalt Valentin Landmann gelang es verdankenswerterweise, ein Treffen mit dem Star aus der Unterwelt zu arrangieren. Aber eigentlich war Alite nur gekommen, um mir mitzuteilen, dass er nichts zu sagen gedenke. Sein Aufenthalt in Zürich sei privater Natur, er besuche Verwandte. Seine Vorfahren – sie hiessen damals noch Haliti – waren vor hundert Jahren in die USA ausgewandert, ein Zweig der Familie landete in der Schweiz. Das sei alles, und das möge ich bitte respektieren. Keine Interviews. Wir kamen dann doch etwas ins Gespräch.

Welt von Machos und Schlampen

Der Zufall wollte es, dass an jenem Wochenende beim Shoppingcenter in Spreitenbach rund

dreissig Jugendliche eine Massenschlägerei veranstaltet hatten, über die viel berichtet wurde. Der Anlass: Eine Gruppe von Teenagern aus Spreitenbach AG prügelte sich mit einer Gruppe aus dem benachbarten Dietikon ZH um das Label «Bronx». Beide Gruppen beanspruchten für sich, im kriminelleren Getto zu leben als die andere. Im Verlauf der Schlägerei rammte ein sechzehnjähriger *Secondo* aus dem Kosovo einem fünfzehnjährigen Schüler von der Elfenbeinküste ein Messer in den Oberschenkel. Es war keine lebensgefährliche Verletzung. Aber man fragt sich natürlich schon: Wie um Himmels willen kommt ein Halbwüchsiger in der Schweiz darauf, mit einem Messer an einer Schlägerei aufzukreuzen?

Der Bronx-Zwist von Spreitenbach hat etwas Groteskes. Die Ausländer- und Sozialhilfequoten in der Limmattaler Agglo mögen hoch sein, doch Gettos sehen anders aus. Abgesehen davon

ist auch das einst berühmte Gangsterviertel von New York schon lange ein ziemlich teures Pflaster. Die Bandenkriege in der Bronx sind Geschichte.

Doch der Gangster-Mythos ist angesagt wie nie zuvor. Seine Insignien – vom Rap über Tattoos bis hin zu den einschlägigen Dresscodes und Frisuren – sind allgegenwärtig in der Jugendkultur. Der Balkan-Slang, das Markenzeichen des Underdogs schlechthin, wird mitunter selbst von Kids kultiviert, die nichts mit Migration und schon gar nichts mit Balkan zu tun haben. All die Political Correctness, das Gender-Mainstreaming und die sozialtherapeutischen Massnahmen, die sie an den Schulen verabreicht bekommen, scheinen an ihnen abzuperlen. Und bisweilen beschleicht einen die Ahnung, dass die tugendhaften Ermahnungen sie erst recht zur Rebellion anspornen.

«Gangsta» steht für eine Welt von Machos und Schlampen, für das Gesetz des Stärkeren, für den rücksichtslosen, schnellen und einfachen Konsum. «Nigga» ist ein gefragter Status, und wenn es einen Zaubertrank gäbe, der Weisse zu Schwarzen machte, er fände zweifellos reissenden Absatz. «Du Opfer» ist derweil zum Schimpfwort verkommen. Neben Verachtung schwingt allerdings stets eine Portion Selbstmitleid mit. Denn eigentlich sehen sie sich schon auch als Opfer, diese Getto-Kids – Opfer einer ungerechten Welt, die nicht anders können, als sich mit den Fäusten durchzusetzen.

Was macht den Gangster eigentlich so attraktiv? John Alite erklärt sich spontan bereit für einen kleinen Ausflug ins Zürcher Limmattal, wo der sechzehnjährige Messerheld von Spreitenbach, nennen wir ihn Faton, zugestochen hat. Wir fahren durch eine friedliche, aufgeräumte und grüne Gegend, vorbei an einem gut erhaltenen Hochhaus, wo Faton im Schosse einer rechtschaffenen Familie aufgewachsen ist. Unsere Spritzfahrt endet beim Gymnasium, wo Faton zur Schule geht.

Auch John Alites Eltern, albanische Secondos, hatten nie etwas mit Verbrechen zu tun. Das New Yorker Migrantenviertel Queens, wo er aufwuchs, galt zwar als Hochburg der italienischen Mafia. Doch all seine Geschwister wurden rechtschaffene Bürger. Dank einem Stipendium schaffte es John Alite auf ein privates College, was in etwa dem Gymnasium entspricht, das Faton im Limmattal besucht. Dass Alite das College nach einem Jahr schmiss, hatte nach seinen Worten nur einen Grund: «das schnelle Geld». Alles andere seien Ausreden. Während seine Gspänli büffelten, kurvte er als Teenager mit einer dicken Karre durch die Gegend und riss die heissesten Girls auf.

In Queens trieb damals, Ende der 1970er Jahre, die Gambino *crime family* ihr Unwesen. Es waren die Anfänge der Crack-Epidemie. Der *capo* der Gambinos, John J. Gotti, war eine lebende Legende in New York. Er diente im Mafia-Epos «Der Pate» als Vorlage für die Filmfigur

Joey Zaza. Gotti brach ein Tabu der New Yorker Italo-Mafia und stieg als erster *capo* gross ins Drogenbusiness ein. Sie nannten ihn «Teflon Don», weil man ihm trotz zahlreicher Prozesse lange nichts nachweisen konnte.

«Teflon Don» Gotti hat selber kaum je einen Schuss abgefeuert. Für die Drecksarbeit heuerte er junge Burschen an. John Alite, ein begeisterter Boxer, von Natur aus kräftig gebaut, war einer von ihnen. Und wengleich die Italoamerikaner ihn vielleicht nie ganz als einen der ihren akzeptierten, so war er doch bald ein festes Mitglied der *crime family*. «Teflon Dons» Sohn, John Angelo Gotti, bekannt als «Junior», wurde zu seinem besten Kumpel und 1988 zu seinem Trauzeugen, wie Bilder des FBI belegen.

Spätestens damals, so Alite, sei ihm klargeworden, dass er den falschen Weg gewählt hatte. Doch es gab kein Zurück mehr. Mehrmals landete er im Gefängnis. Alite hielt stets dicht.

Die Toten, sagt Alite, hätten ihn nicht verfolgt, «sehr wohl aber ihre Eltern, ihre Frauen und Kinder.»

Die Anwälte der *crime family* sorgten im Gegenzug jeweils dafür, dass er nach ein paar Monaten oder Jahren wieder draussen war. Und sie halfen ihm, seinen Anteil in legalen Geschäften anzulegen. Zu den besten Zeiten hatte Alite über 50 Millionen Dollar in Mobilfunkantennen und Parkhäuser investiert.

Paranoia und Leere

Doch kein Mensch ist unverletzlich. 1992 wanderte «Teflon Don» für den Rest seines Lebens ins Gefängnis. Gegen aussen führte nun «Junior» Gotti das Kommando der Crime-Family. Doch ihm fehlte es gemäss Alite an Charakterstärke. Im Hintergrund habe «Teflon Don» die Geschäfte vom Gefängnis aus weitergeführt, bis er 2002 starb. In der Folge sei die Familie zerfallen. 2003 setzte sich Alite ins Ausland ab. Ein Jahr später wurde er in Rio de Janeiro an der Copacabana in einer filmreifen Aktion verhaftet und 2006 schliesslich an die USA ausgeliefert.

Erst jetzt, so erzählt John Alite, habe er begriffen, wie die Mafia wirklich funktionierte. Während seiner Abwesenheit sei einer nach dem andern verhaftet worden – «und sie sangen alle, ohne Ausnahme, belasteten sich gegenseitig, um ihre eigene Haut zu retten». Die Omertà, die famose Gangster-Ehre, erwies sich als hohler Mythos, der nur so lange funktionierte, als Verräter mit dem sicheren Tod rechnen mussten. «Es gibt weder Ehre noch Loyalität in dieser Branche», sagt John Alite, «sondern nur kalkulierten Terror.» Nun brach auch Alite sein Schweigen.

Als Kronzeuge gegen «Junior» Gotti und den *capo* Charles Carneglia handelte sich Alite einen happigen Straferlass ein. Er tat es auch zu seinem eigenen Schutz: Wenn alles auf dem Tisch

lag, gab es keinen Grund mehr, ihn als Zeugen umzulegen. Nachdem die *crime family* zerschlagen war, hatte auch keiner ein Interesse mehr, an ihm ein Exempel zu statuieren. Denn um Ehre, so viel war ihm klargeworden, war es nie gegangen. Es gab nur Interessen.

Wegen sechsfachen Mordes, zehn Schiessereien und diversen Überfällen wurde John Alite schliesslich zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Tatsächlich hatte er über die Jahrzehnte Dutzende von Menschen getötet. Doch Alite durfte nur für jene Delikte verurteilt werden, für die er aus Brasilien ausgeliefert wurde. Das milde Verdikt hat auch damit zu tun, dass die Toten ausnahmslos selber Gangster waren. Es war wie im Krieg: Die Opfer hätten auch Täter sein können. Dass Alite zu den wenigen Überlebenden gehört, hatte viel mit Glück zu tun.

Die Reue, sagt Alite, sei erst viel später gekommen. Töten sei einfach, wenn man einmal wisse, wie es laufe. Die Toten selber hätten ihn nicht verfolgt, «sehr wohl aber ihre Eltern, ihre Frauen und Kinder». Was brachte ihn zu dieser Einsicht? Alite lacht: «Das Gefängnis, so einfach ist das.» In der Einsamkeit der Zelle habe er am eigenen Leib erfahren, was es heisst, Familie und Freunde zu verlieren. Hier gab es keine Ablenkung mehr. Seinen vier Kindern, die ohne Vater aufwuchsen, konnte er nie viel geben. Doch seit er 2013 aus der Haft entlassen wurde, tingelt Alite mit FBI-Fahndern durch Schulen und Heime, um Jugendlichen die Realität hinter dem Gangster-Mythos näherzubringen.

Unser gemeinsamer Streifzug führt uns zum Gymnasium, das auch unser Messerheld Faton besucht. Ein Lehrer lädt Alite ein, vor einer Schulklasse über sein Leben zu berichten. Für die Limmattaler Jugendlichen ist es eine irrealer Welt, die sie nur aus dem Film kennen. «Es ist Fiktion, es ist Kunst, das ist okay», sagt Alite, «aber es ist eben nur ein Teil der Realität.» Ja, er habe ein spannendes Leben gehabt, es sogar zur Celebrity gebracht. «Doch im Grunde bin ich wie Kim Kardashian – berühmt für nichts.» Nichts jedenfalls, worauf er stolz sein könnte.

Eine geschlagene Stunde lang redet Alite, beantwortet Fragen. Gebannt hören ihm die Teenager zu, eine Stunde lang ist kein Räuspern zu hören. John Alite ist ein begnadeter Erzähler, weit davon entfernt, Moralpauken zu halten. Er redet nicht gegen den Gangster-Mythos an, vielmehr zelebriert er jene prickelnde Faszination des Verruchten, die täglich Millionen von ganz normalen und anständigen Menschen vor die Bildschirme lockt und in den Bann zieht. Aber er redet auch von dem, was man im Kino nicht sieht: von der Paranoia und der Leere, die ihn stets begleiteten, vom Verrat, von endlosen Stunden, Tagen und Jahren in Gefängniszellen – und von jenen 99,99 Prozent der Gangster, die es nie zu Geld und Ruhm brachten und die irgendwann einsam und vergessen in einem Strassengraben oder in einer Zelle ihr sinnloses Leben aushauchten.

Bauernfängerei

Von Christoph Mörgeli

Fluggesellschaften wie Swiss, Easy Jet, Edelweiss Air oder Helvetic Airways sind erwacht. Zwar hat die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat im Dezember eine Flugticket-Abgabe – angeblich für die Klimarettung – gerade noch verhindert. Denn die Massnahme würde kein Millionstel am globalen CO₂-Ausstoss ausmachen. Es handelte sich um eine Abstrafung etwa einer alleinerziehenden Verkäuferin, die jeden Franken zusammenspart, um einmal mit ihren beiden Kindern eine Woche Strandferien zu geniessen.

Doch seit FDP-Chefin Petra Güssi bei der Flugticket-Abgabe ins Grüne umgefallen ist, wittern die Mitteparteien Morgenluft. Die Kleine Kammer droht zu kippen. BDP-Ständerat Werner Luginbühl ist Feuer und Flamme für diese widersinnige Abgabe. Sein letzter Vorstoss galt übrigens der «wirtschaftlichen Förderung von ausländischen Filmproduktionen in der Schweiz». Wahrscheinlich marschieren die Schauspieler, Regisseure, Produzenten und Maskenbildner aus Hollywood allesamt CO₂-neutral zu Fuss über den Atlantik. Dann jammert Luginbühl, weil die Bauern im Herbst «wieder die SVP wählen». Möglicherweise tun sie es, weil sie ideologische Klimavisionen fürs Jahr 2050 weniger interessieren als ihr wirtschaftlicher Überlebenskampf im Hier und Jetzt.

Bauernpräsident Markus Ritter (CVP) fantasiert wegen der Klimaerwärmung bereits von Oliven und Palmen auf seinem Rheintaler Bauernhof. Ziemlich sicher freut er sich über den Vorschlag des Grünliberalen Jürg Grossen: Wenn die Bauern eine «scharfe CO₂-Gesetzgebung mittragen», sei er bereit, ihnen einen Teil der Flugticket-Abgabe «auszuzahlen». Was haben sie wohl als Nächstes auf Lager, diese korrumpierenden Schlangen- und Bauernfänger?

Zum Glück werden solch billige Lockvogelangebote und politische Gaunereien vom Bauernstand durchschaut. Die Landwirte haben zwar kaum je Zeit und Gelegenheit, an irgendeinen Strand zu fliegen und dort die Beine hochzulegen. Aber sie sind auch nicht so egoistisch, die Flüge künstlich zu verteuern, damit sich die alleinerziehende Verkäuferin mit ihren beiden Kindern dieses kleine Vergnügen nicht mehr leisten kann. Vor allem wissen unsere Bauern, dass jene Scheinbürgerlichen, die etwas versprechen, ihnen das Doppelte wieder aus dem Sack ziehen. Getreu dem Sprichwort: «In Bern, da legt man gern ein Ei, doch nimmt man von den Bauern zwei.»

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.



Rettung naht: Der chinesische Elektro-SUV Aiways soll nur 30 000 Franken kosten.

Bodenmann

Kapitalismus: Retten uns die chinesischen Kommunisten?

Von Peter Bodenmann — Simonetta Sommaruga hat Angst vor SUVs, die zu viel Benzin und Diesel saufen.

Wir sind in einer neuen Phase des Kapitalismus. Die Widersprüche werden nicht kleiner, sondern grösser und spannender zugleich.

Widerspruch 1: Ein Chinese verdient kaufkraftbereinigt durchschnittlich drei Mal weniger als ein Amerikaner. Aber es gibt vier Mal mehr Chinesinnen als Amerikanerinnen. Reche. Die Kommunistische Partei Chinas kann und muss auf die Binnennachfrage setzen. Sonst implodiert das Land wie einst die Sowjetunion. «America first» ist vorerst gescheitert. Das Handelsbilanzdefizit der USA steigt weiter an. Die Amerikaner geben – Tendenz steigend – trotzdem 3,6 Prozent ihres Bruttoinlandprodukts für Militär und Rüstung aus. Die Chinesen drei Mal weniger. Widerspruch 2: Die Welt der Reichen und Superreichen schwimmt im Geld. Wer die Zinsen erhöht, wird systemrelevante Bankenleihen ernten. Und die beginnende Rezession verschärfen. Deshalb wird das Fed – wie von Trump gefordert – die Zinsen nicht weiter erhöhen. Deshalb gewinnen in der EZB die Tauben gegen die Falken. Deshalb zahlen Ueli Maurer und Serge Gaillard für feste 25-Jahre-Anleihen keine Zinsen mehr. Widerspruch 3: Die grossen Konzerne investieren zu wenig. Stattdessen schütten diese Sparbüchsen problemverschärfend zu viel Geld an jene Aktionäre aus, die bereits im Geld schwimmen. Widerspruch 4: Elektroautos werden Benzin- und

Dieselaautos von unseren Strassen fegen. Flotten selbstgesteuerter Autos werden Privatautos in die Nische drängen. Geld verdienen werden die Autokonzerne nicht mehr mit der Herstellung und dem Verkauf von Autos, sondern mit dem Transport von Personen und Waren mit möglichst wenig Autos. Widerspruch 5: Strom aus Sonne und Wind wird spottbillig. Produktion und Verbrauch von neuem erneuerbarem Strom werden deshalb explodieren. Auf Kosten von Kohle, Öl und Gas. Elektrische Wärmepumpen und Elektroautos werden sich durchsetzen wie in den letzten Jahren die Handys.

Einst zwang die inzwischen implodierte Sowjetunion den Westen, sozialer zu werden. Die AHV ist ein Kind der Stalinorgeln. Nächstens zwingen die chinesischen Kommunisten mit ihrem zentral gesteuerten Kapitalismus den Westen dazu, sich neu sozialer und ökologischer zu erfinden.

Die entscheidende Rolle wird dem Staat zukommen. Der Staat muss dafür sorgen, dass Renten und Löhne wieder steigen. Die Schuldenbremsen kann und muss er lösen, weil sie längst Sanierungsbremsen sind. Nicht die zurzeit desolaten und orientierungslose Linke wird das durchsetzen. Sondern der durch Kommunisten gesteuerte chinesische Kapitalismus. Vielleicht und hoffentlich zugleich.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Schreiben vor der Haustür

Von Kurt W. Zimmermann — Ich war in der Ferne. Dort sah ich, wie nah der Erfolg für unsere Zeitungen liegen kann.

Letzte Woche war ich im Südwesten von Australien. Ich fühlte mich verjüngt um fünfundzwanzig Jahre.

Ich las hier *The West Australian*. Es ist das grösste Blatt an der Westküste des Kontinents. *The West*, wie ihn alle nennen, ist eine der wenigen Regionalzeitungen der Nation, die nicht dem allmächtigen Rupert Murdoch gehören.

The West ist eine Art Rückwärtssalto. Es ist eine Zeitung, wie es sie bei uns vor fünfundzwanzig Jahren gab. Die Samstagsausgabe zum Beispiel ist etwa ein Kilogramm schwer, hat insgesamt 250 Seiten und ist bestückt mit fetten redaktionellen Beilagen wie Wellness-Extra, Reise-Extra, Wohn-Extra, TV-Extra und Kultur-Extra.

Verglichen mit unseren Titeln, platzt *The West* zudem geradezu vor Werbung. Ganzseitige Anzeigen folgen auf ganzseitige Anzeigen, etwa von Restaurantketten, Modehäusern und Autohändlern. Sogar die legendäre Doppelseite, die bei uns als Werbeform längstens ausgestorben ist, findet sich noch mehrfach im Blatt.

Die gedruckte Auflage des Blattes, noch so ein Wunder, ist seit 2016 im Steigen. Die bestverkaufte Ausgabe am Samstag kommt auf etwa 200 000 Exemplare.

Das alles ergibt ein Strassenbild, das für uns inzwischen völlig ungewohnt ist. In den Cafés sitzen Männer und Frauen, die nicht auf ein Handy starren, sondern in eine gedruckte Zeitung blicken. Auf der Strasse sieht man mitunter sogar Passanten, die eine Zeitung unter dem Arm tragen. Das gibt es in Zürich oder Bern schon lange nicht mehr.

Bevor wir zur Erklärung kommen, ein kurzer Einschub, damit man mir nicht ökonomische Naivität vorwerfen kann. Natürlich hat die vom Internet ausgelöste Medienkrise auch Australiens Blätter getroffen. Allerdings, und das macht die Sache interessant, war der Rückgang bei Auflagen und Werbevolumen deutlich geringer als bei uns. Murdoch konnte mit seinen 140 australischen Zeitungen zuletzt den Gewinn sogar merklich steigern.

Der Grund für das gute Rendement liegt im publizistischen Ansatz. Australische Blätter schreiben erstaunlich häufig über Themen, welche die Leser interessieren. Sie schreiben dafür erstaunlich selten über Themen, welche nicht die Leser, sondern nur die Journalisten interessieren.

Im deutschsprachigen Raum ist ja die Regel, dass jedes Blättchen auch noch den hundert-



Rückwärtssalto: Erfolgszeitung *The West*.

ten schlaun Kommentar zum US-Budget und die hundertste schlaue Analyse zu Indiens Konflikt mit Pakistan abliefern will. Die Redaktion sieht sich als Weltblatt und voll am Puls des Weltgeschehens. Die Redaktion schreibt für sich selbst.

Erbarmungslose Nähe

Meinem australischen Blatt hingegen sind Donald Trump und Narendra Modi reichlich egal. Hier schreiben die Journalisten konsequent vor der eigenen Haustür. Die Seite eins bringt den versöhnlichen Handschlag zweier verfeindeter Lokalpolitiker, auf Seite drei gibt es das neugeborene Tigerbaby im Zoo, auf Seite fünf folgt der grosse Sporttag der Mittelschüler. Donald Trump und Narendra Modi schaffen es irgendwann auch noch ins Blatt, aber erst auf Seite sechzig, knapp vor dem regionalen Veranstaltungskalender.

Ich glaube, diese erbarmungslose Nähe zum eigenen Revier ist das beste Erfolgsrezept, wie gedruckte Zeitungen auch künftig gut über die Runden kommen. Es sichert ihnen die Treue der Leser und bringt die regionalen Werbekunden ins Boot.

Für unsere Redaktionen ist das *bad news*. Sie müssten sich wie Journalisten des Lokalkolorits aufführen und vor der eigenen Haustür schreiben. Das ist hart, wenn man für die Welt und für ein Weltblatt geboren ist.

Volk der Raser

Von Henryk M. Broder — Der wunde Punkt im deutschen Gemüt.

Die Deutschen sind ein braves und folgsames Volk, vermutlich das einzige der Welt, das «gerne» Steuern zahlt. Nicht Unruhe ist die erste Bürgerpflicht, sondern Vertrauen darauf, dass



die Regierung weiss, was sie tut. Planungssicherheit gehört zu den primären Tugenden, im Beruflichen wie im Privaten. Vor einem Einkauf werden die Sonderangebote bei Aldi, Lidl, Rewe und Netto genauestens verglichen, nach dem Einkauf wird der eingesparte Betrag aufs Jahr hochgerechnet. Urlaubsreisen werden Monate im Voraus geplant, und wenn dann das Wetter am Zielort nicht so ist, wie die Urlauber es gerne hätten, dann soll der Anbieter haften. Dafür lassen sie sich bei den Strompreisen und im Biomarkt widerspruchslos abzocken.

Es gibt im kollektiven Gemüt der Bundesbürger nur einen wunden Punkt, der hysterische Reaktionen auslöst, sobald er berührt wird: das Tempolimit auf den Autobahnen. Die meisten Staaten in Europa haben es eingeführt. Dänemark, Norwegen und Schweden, Irland, Grossbritannien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg, Portugal, Spanien und Italien, Österreich und die Schweiz, Polen, Tschechien und die Slowakei, Ungarn, Slowenien und Kroatien. Es sind offenbar Völker, die sich gerne knebeln lassen.

Auf der europäischen Landkarte nimmt Deutschland eine Sonderstellung ein. Es kennt kein generelles Tempolimit. Kann das der Grund dafür sein, dass die Deutschen nicht rebellieren, weil sie sich auf der Autobahn austoben dürfen? Bei Sturm und Regen, im Sommer und im Winter, bei Tag und bei Nacht? Was es bedeutet, dieses Grundrecht in Frage zu stellen, wurde mir klar, nachdem ich mich in der Welt als «Langsamfahrer» geoutet und für die Einführung eines Tempolimits plädiert hatte. Es würden «auch Menschen wegen Komplikationen bei absolut unnötigen Schönheitsoperationen» sterben, meinte ein Leser. Erst einmal sollte «wegen der Verbreitung von Grippeviren der öffentliche Nahverkehr verboten werden», schrieb ein anderer. Ich sei wohl «dem grünen Kalifat beigetreten und zum gängelnden Populisten mutiert», liess mich ein Dritter wissen. Und so weiter. Um mich zu rehabilitieren, werde ich eine Mindestgeschwindigkeit auf den Autobahnen fordern. Sagen wir 180 km/h. Die Zustimmung meiner Landsleute ist mir gewiss.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man eine bisher wunderbar funktionierende analoge Welt in eine menschenfeindliche digitale Welt umwandeln?

Robert O. Renfer, Raperswil TG

Diese Frage wird von vielen Sozialromantikern klar verneint. Zur Vernunft kommen die erst, wenn man ihnen einen analogen Herzschrittmacher oder eine analoge Insulinpumpe einpflanzen will. Trotzdem hänge auch ich an meiner alten Schweizer Uhr, die noch immer schneller läuft als eine neue, digitale. Die digitale Welt aufhalten zu wollen, ist aber etwa so sinnvoll, wie den Bleisatz für den Buchdruck wieder einzusetzen.

Beda M. Stadler

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Unveröffentlichte Fragen werden nicht beantwortet.

Leserbriefe

«Wie weit ist unsere Gesellschaft in der Zwischenzeit gekommen? Diese Überkorrekten leben in einer armen Welt.» *Walter Bernauer*

Gemeinsam mit den Männern

Nr. 10 – «Die Frau, die Chantal Galladé rüberzog»; Erik Ebnetter über Corina Gredig

Was für ein Lichtblick! Genau solche Frauen benötigen wir heute. Klug, durchsetzungsfähig und mit allen weiblichen Attributen ausgestattet (z. B. zwei Kindern). Sie wollen, gemeinsam mit den Männern, an einer lebenswerten Zukunft arbeiten. Nicht so wie diese frustrierten und männerverachtenden Exemplare, welche zunehmend aus der Zeit fallen. Halleluja!

Jörg Selg, per E-Mail

Für ein Butterbrot

Nr. 10 – «Wir haben einiges gewagt»; Interview mit ZKB-Chef Martin Scholl

Ich bin erstaunt, dass der CEO der Zürcher Kantonalbank nicht erkennt, dass die Staatsgarantie bei Annahme des Rahmenvertrags mit der EU mit grosser Wahrscheinlichkeit dahinfällt. Man kann zwar geteilter Meinung sein darüber, ob die Staatsgarantie aus liberaler Sicht noch zeitgemäss sei. Sicher ist sie jedoch für viele ein wichtiger Grund, Kunde der ZKB zu sein. Es bleibt Martin Scholl als Bürger unbenommen, dem Rahmenvertrag zuzustimmen. Als CEO der ZKB wäre es jedoch klug, in dieser Frage etwas zurückhaltender zu sein. Ich überlege mir deshalb ernsthaft, ob ich als entschiedener Gegner dieses Vertrages in Zukunft noch Kunde einer Bank sein will, deren CEO diejenigen unterstützt, welche die Unabhängigkeit der Schweiz sowie die politischen Errungenschaften der direkten Demokratie für ein Butterbrot verkaufen wollen. *Hans Allenspach, Wiesendangen*

Im Windschatten

Nr. 9 – «Der Millionär, der Lumpen sammelt»; Christoph Mörgeli über Martin Böschen

Es ist ziemlich unerheblich, wie viel sich Martin Böschen als Kaderlohn auszahlt. Der Skandal bei Texaid liegt darin, dass die hälftig beteiligten Hilfswerke sozusagen im Huckepack einen Fünfzig-Prozent-Teilhaber an ihrem karitativen Image teilhaben lassen und dabei im Windschatten der allgütigen Caritas die Anhäufung eines Millionenvermögens ermöglichen. *Franz C. Fischer, Baar*

Gescheitert

Nr. 10 – «Von Untergang zu Untergang»; Kolumne von Kurt W. Zimmermann

Kurt W. Zimmermann mokiert sich darüber, dass Medien Politiker und Wirtschaftsführer



Lichtblick: Grünliberale Corina Gredig.

oft als «gescheitert» abqualifizieren würden. Gilt der Tadel auch ihm selbst? Hier eine kleine Auswahl von Führungskräften aus den Medien, die Kollege Zimmermann in seinen Kolumnen und Beiträgen für «gescheitert» erklärt hat: Leo Schürmann (SRG-Generaldirektor und CVP-Nationalrat), Werner De Schepper (*Blick*-Chefredaktor), Jürg Lehmann (*Blick*-Chefredaktor), Wolfram Meister (*Blick*-Chefredaktor), Sacha Wigdorovits, (*Blick*-Chefredaktor), Hans-Peter Rohner (VR-Präsident Publi-groupe), Wolfgang Büchner (*Blick*-Geschäftsführer und Chefredaktor beim *Spiegel*). Zur Vervollständigung: Kurt W. Zimmermann, einst Verantwortlicher für TV3 und *Facts*: «gescheitert». *Fredy Hämmerli, Rüschtikon*

Lebenslüge der EU

Nr. 10 – «Das Gerede vom Marktzugang»; Beat Gygi über den Rahmenvertrag mit der EU

Die ältesten und besten Verträge waren und sind bilaterale Verträge. Diese sind massgeschneiderte Verträge. Ein Anzug nach Mass braucht viel mehr Zeit und kostet viel mehr Geld als ein Anzug von der Stange. Ein Massanzug sitzt perfekt, ein Massanzug ist eine Klasse für sich, ohne protzig zu wirken. Nur der Kenner erkennt die Qualität, und der Träger schätzt sie noch nach Jahrzehnten. Bilaterale Verträge nehmen Rücksicht auf die singuläre Komplexität des Gegenübers. Grosse zentralistische Gebilde mögen keine bilateralen Verträge

ge. Die EU empfindet bilaterale Verträge als «Rosinenpicken». Die EU liebt «grosse Würfe». Ein Vertrag für alle gilt, zumindest auf dem Papier, für Deutschland ebenso viel wie für Rumänien. Das Verdrängen der grossen politischen und ökonomischen Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten ist die eigentliche Lebenslüge der EU. Die Schweiz ist eine Meisterin der bilateralen Verträge, sie sollte ihren Erfahrungsschatz auf diesem Gebiet nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Raffaele Ferdinando Schacher, Rorschach

Würden Sie einen Vertrag unterschreiben, der Ihnen von der Gegenseite diktiert wird und bei dem Sie nie wissen, welche Strafen und Vorschriften auf Sie zukommen werden? Die unverbindliche Mitsprache und das Schiedsgericht sind reine Farcen, denn die EU wird auf den Europäischen Gerichtshof als letzte Instanz zurückgreifen können, so sie will. Man verkauft das Abkommen als eine Öffnung hin zum EU-Markt. Das Gegenteil ist der Fall, denn wir würden in die bürokratisierte, sich nach aussen abschottende EU eingebunden, zu Lasten einer freien Erschliessung zunehmend wichtiger Weltmärkte. In der Globalisierung liegt die Zukunft der Schweiz. *Hans-Martin Wildi, Binningen*

Das für die Schweiz keineswegs notwendige Rahmenabkommen würde unsere politisch und wirtschaftlich erfolgreiche demokratische Struktur schwer beschädigen. Denn es ist in seiner Essenz spekulativ und im Grunde kein Abkommen, sondern eine Carte blanche für die EU. Diese könnte mit Hilfe des EU-Gerichtshofs mit der Schweiz beinahe nach Gutdünken umspringen. Die Schweiz würde zum EU-Mitglied zweiter Klasse. Ein Zurück gäbe es nicht. Folglich sähe sich unser Land bald einmal veranlasst, den Schritt einer EU-Mitgliedschaft mit wenigstens minimaler Mitsprache zu vollziehen. Dies dürfte die eigentliche Absicht der EU-Freunde und Befürworter des für die Schweiz schlecht ausgehandelten Rahmenabkommens sein. *Hanspeter Bornhauser, Bedano*

Auf den Punkt

Nr. 10 – «Der gemeinste Witz überhaupt»; Kolumne von Tamara Wernli

Tamara Wernli bringt es auf den Punkt. Wie weit ist unsere Gesellschaft in der Zwischenzeit gekommen? Diese Überkorrekten leben in einer armen Welt. *Walter Bernauer, Sachseln*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Ich führe ein kleines Unternehmen. In einer Abteilung sind zwei Mitarbeiter tätig, die ähnliche Aufgaben ausführen – doch einer leistet während derselben Arbeitszeit deutlich mehr als der andere. Wie gehe ich damit um? Klar, der Tüchtigere verdient etwas mehr, doch allzu gross will ich den Lohnunterschied nicht werden lassen. Wie kann ich den Tüchtigen belohnen, ohne dass sich der andere Mitarbeiter, ein hochloyaler Mensch, schlecht behandelt fühlt?

Matthias N., Schaffhausen

Sie haben zwei Mitarbeiter, die einen ähnlichen Auftrag haben. Der eine ist leistungsfähiger als der andere. Aber der weniger leistungsfähige zeichnet sich gemäss Ihrer Schilderung durch sein hochloyales Wesen aus.

Sie müssen sich entscheiden. Was wollen Sie in Ihrem Unternehmen? Wollen Sie das Salär für die Leistung oder für die Loyalität bezahlen? Wenn es die Leistungsfähigkeit ist und Sie Leistung verlangen, dann wird der Tüchtige – das

heisst der Leistungsfähigere – besser bezahlt. Und dieses Entlohnungsprinzip kann und muss auch allen Mitarbeitern kommuniziert werden.

Natürlich finden stets die Leute, die weniger gut bezahlt sind, auch wenn sie weniger leistungsfähig sind, dass alle gleich behandelt werden müssten. Doch das hat Folgen: Warum soll ein Mitarbeiter eine Leistung erbringen, wenn der

Weniger gut bezahlte Leute finden stets, alle müssten gleich behandelt werden.

jenige ohne diese Leistung gleich entlohnt wird? Das verstösst gegen das Leistungsprinzip.

Die Ungleichen – hier bezüglich Leistung – gleich zu behandeln, ist ebenso ungerecht, wie wenn man die gleiche Leistung ungleich bezahlt.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Die Fragen werden anonym publiziert. Unveröffentlichte Fragen bleiben unbeantwortet.

Ruf Lanz

Huldrychs Life

Für alle, die ihre finanzielle Situation reformieren möchten: Individuelle Vorsorge- und Finanzberatung für ein selbstbestimmtes Leben.

SwissLife 

Des obersten Richters riskante Liebschaft

Bundesgerichtspräsident Ulrich Meyer ist in einen hässlichen Scheidungskrieg verwickelt. Es geht um seine wegen illegaler Prostitution gebüsste Konkubinatspartnerin und den sich von Meyer schwer geprellt fühlenden Noch-Ehemann. *Von Christoph Mörgele*

Ulrich Meyer, Titularprofessor für Sozialversicherungsrecht an der Universität Zürich, ist der erste Versicherungsrichter, der das gesamte Bundesgericht präsidiert. Obwohl schon 65-jährig, hat er sich im Dezember von der Bundesversammlung für zwei weitere Jahre wählen lassen. Der Sozialdemokrat und Pfarrerssohn ist nicht unbedingt ein Mann der bescheidenen Worte. Auf die Frage der Zeitschrift *Plädoyer*, warum er denn im Heimatkanton Bern keine grosse Richterkarriere gemacht habe, erwiderte er: «Ich war ihnen zu links.» Zu den Genossen im Emmental sagte er anlässlich eines SP-Fondueplauschs, womöglich augenzwinkernd: «Ihr habt ein Riesenprivileg, dass der Bundesgerichtspräsident zu euch gekommen ist.» In einem Interview äusserte er sich so: «Ich versuche, den Leuten ein Vorbild zu sein.»

Ob der oberste Schweizer Richter in jeder Hinsicht ein Vorbild ist, darüber bestehen geteilte Meinungen. Nach Informationen der *Weltwoche* lebt Ulrich Meyer mit einer ursprünglich illegal eingewanderten Frau aus Kamerun zusammen. Sie hat ihren Noch-Ehemann als Prostituierte kennengelernt. Wegen ihrer massiven finanziellen Forderungen an den früheren Lebenspartner dauert die unerfreuliche Kampfscheidung mittlerweile schon sieben Jahre. Die Frau bestreitet die Beziehung zu Bundesgerichtspräsident Meyer, obwohl sie nachweislich mit ihm zusammenlebt und er sie auch finanziell zum Teil massiv unterstützt. Das ist insofern relevant, als die Frau von ihrem Nachwie-vor-Ehemann, dem sie ihren Schweizer Pass verdankt, happige Alimentenzahlungen verlangt, deren Anspruch durch Meyers Zuwendungen zumindest strittig ist. Zudem gab es Streit wegen der beiden Töchter, die beim Noch-Ehemann wohnen. Ulrich Meyer mischte sich ein und wurde von einem Gericht deutlich gerügt. Sein rechtlich zweifelhaftes Verhalten verträgt sich schlecht mit der exponierten Stellung eines Bundesgerichtspräsidenten und ist wohl auch mit dem von Meyer an sich selber angelegten Massstab nicht vereinbar.

Gemeinsames Mietverhältnis

Auf Anfrage der *Weltwoche* wollte Bundesgerichtspräsident Meyer keine Auskunft geben, denn dieser Fall betreffe sein Privatleben. Dem ist entgegenzuhalten, dass der Bundesgerichtspräsident nicht nur eine öffentliche



«Aus Liebe, Bär Ueli»: Jurist Meyer mit Partnerin Claire D. und deren Mutter.

Person ist, sondern sozusagen der Gralshüter des Rechtsstaates. Er ist ein Vorbild, wie er selber sagt, und natürlich haben in einer Demokratie die Bürger auch Anspruch darauf, zu erfahren, wie vorbildlich die Exponenten des Staates ihr Privatleben führen. Doch erzählen wir die Geschichte der Reihe nach.

Ulrich Meyers 47-jährige Freundin Claire Dahinden-Uya* ist Mitte der neunziger Jahre illegal aus Afrika eingereist und im Jahr 2000 im Kanton Waadt wegen unerlaubt ausgeübter Prostitution gebüsst worden. Im gleichen Jahr heiratete sie und wurde sogleich Schweizerin, desgleichen ihr fünfjähriger Sohn. Seit 2013 führt Claire einen wüsten Scheidungskrieg im Kanton Luzern. Ihr Noch-Ehemann Anton Dahinden* wirft ihr vor, er müsse ihr trotz ihres Konkubinatsverhältnisses mit Ulrich Meyer überrissene Unterhaltsleistungen zahlen. Claire Dahinden-Uya bestreitet vor Gericht, dass sie mit Bundesgerichtspräsident Meyer in einem Konkubinatsverhältnis lebt. Damit will sie erwirken, dass weiterhin Frauenalimente fließen. Ein qualifiziertes Konkubinatsverhältnis ist gegeben bei festem Zusammenleben, finanzieller Unterstützung und mehrjähriger Dauer, also bei einer gefestigten, eheähnlichen Beziehung. All dies dürfte bei Ulrich Meyer und Claire Dahinden-Uya vorliegen. Die beiden sind seit 2014 zusammen und haben im Juli 2015 als «Mieter 1» und «Mieter 2» eine gemeinsame Wohnung in Ebikon gemietet, in der ein einziges grosses Bett steht. Auch hat der Bundesgerichtspräsident Claire mit namhaften Geldbeträgen unterstützt. Zu Weihnachten 2015 kaufte er einen auf ihren Namen ausgestellten nagelneuen Mercedes CLA Shooting Brake und löste

«Ich versuche, den Leuten ein Vorbild zu sein», sagte Meyer im Juristenfachblatt *Plädoyer*.

die Nummer auf die gemeinsame Adresse in Ebikon ein. Der *Weltwoche* liegen die Belege vor.

Im November 2018 kaufte Meyer einen neuen Wagen, und zwar einen GLC 250 AMG für etwa 80 000 Franken. Er tat es diesmal auf seinen Namen mit einem neuen Nummernschild; Ex-Mann Dahinden vermutet, um das weiterhin bestehende Verhältnis zu kaschieren. Denn gefahren wird der Wagen nach wie vor von Meyers Lebenspartnerin Claire, ohne dass sie dies steuerlich ausweist. Der Bundesgerichtspräsident hat im «Tagesgespräch» von Radio SRF zum Thema Verkehrsbussen erklärt: «Ich selber habe keine mehr, denn ich fahre nicht mehr Auto.» Claire Dahinden-Uya meinte im Oktober 2017 vor Gericht, sie habe sich von Ulrich Meyer getrennt, dürfe aber dessen Auto weiterhin benutzen. Nicht unbedingt für diese angeblichen Trennung spricht, dass das neuste Urteil des Kantonsgerichts Luzern im Scheidungs-



Meyer führt durchs Gerichtsgebäude.

krieg an die gemeinsame Adresse in Ebikon ging, ohne dass dies berichtet worden wäre.

Schwer verliebt

Noch-Ehemann Anton Dahinden ärgert sich, dass er trotz für ihn offensichtlichem Konkubinatsverhältnis noch über Jahre monatliche Unterhaltszahlungen inklusive zweier Drittel Bonusanteil leisten soll. Er versucht, zu beweisen, dass seine frühere Frau seit längerem mit Bundesgerichtspräsident Meyer unter einem Dach lebt. Diese wiederum weist solches als «reine Parteibehauptung» zurück und beschwert sich darüber, dass Dahinden «Detektiv Columbo spielt». Bei den Gerichtsakten liegen Bankauszüge, die belegen, dass ihr Ulrich Meyer beispielsweise 2015 immer wieder grössere Beträge überwiesen hat. Eine Zahlung von 12 000 Franken begründete der Bundesgerichtspräsident mit den Worten: «Aus Liebe, Bär Ueli». Überhaupt schien Meyer schwer verliebt und zeigte sich mit seiner Partnerin verschiedentlich in der Öffentlichkeit. Ende 2016 soll er laut Aussage von Dahindens Stieftochter gesagt haben, er wolle ihre Mutter heiraten.

Im März 2017 liess Meyer Claire Dahinden-Uya plötzlich eine Schuldanererkennung unterzeichnen: «Ich anerkenne, ihm den Betrag von Fr. 34 300.– schuldig zu sein, und versuche, im Rahmen meiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, diese Summe durch Raten von Fr. 250.– monatlich zu begleichen.» Eine solche Abzahlung wäre also auf fast elfeinhalb Jahre angelegt. Ging es darum, die einseitigen Geldflüsse nicht als regelmässige Unterhaltszahlungen erscheinen zu lassen? Steuerlich hat Claire dieses Darlehen nie ausgewiesen; ob Meyer es getan hat, will er auf Nachfrage nicht sagen. Dabei begründete Claire Dahinden-Uya in der auch von Meyer

unterzeichneten, ziemlich sicher von ihm verfassten Schuldanererkennung, sie habe sich «wegen ausbleibender Unterhaltszahlungen» seitens ihres Ehemannes verschulden müssen. Ihre entsprechende Strafklage wurde indessen von der Staatsanwaltschaft eingestellt, denn Claire könne aufgrund der erhaltenen Unterhaltsleistungen «gar nicht als Geschädigte im eigentlichen Sinne bezeichnet werden». Später bezahlte ihr Bundesgerichtspräsident Meyer dann monatlich 300 bis 400 Franken in bar für «Hausarbeiten». Da stellen sich Fragen: Warum zahlt der Präsident des Bundesgerichts dieser Frau solche Beträge? Aus Liebe? Weil er erpresst wird? Und wenn er aus Liebe bezahlt: Wäre es nicht moralisch zwingend, seine Lebenspartnerin darauf hinzuweisen, dass es nicht angeht, ihrem Noch-Ehemann Geld zahlen zu lassen, das sie eigentlich schon von Ulrich Meyer erhält?

Auch der gemeinsam unterschriebene Mietvertrag für die Wohnung in Ebikon schien Ulrich Meyer bald nicht mehr opportun. Vielleicht im Hinblick auf das so feststellbare Konkubinatsverhältnis? Drei Monate nach Vertragsunterzeichnung liess er sich von der Hausverwaltung bestätigen, er sei lediglich «Solidarhafter» und wohne offiziell weiterhin an der St.-Anna-Strasse in Luzern. Dort steht mittlerweile bei der entsprechenden Wohnungsklingel allerdings längst nicht mehr «Ulrich Meyer», sondern ein anderer Name. Lediglich einen Briefkasten besitzt Meyer an jener Adresse noch.

Offiziell gab Meyers Mitbewohnerin Claire Dahinden-Uya der Bezirksrichterin an, sie müsse die Wohnung in Ebikon spätestens Ende März 2018 wegen ihrer Arbeitslosigkeit verlassen. Wohin sie aber gezogen sein soll, wissen selbst ihre Töchter nicht. Ihr Noch-Ehemann argwöhnt vielmehr, dass sie bis heute einfach bei Ulrich Meyer in Ebikon wohnen blieb. Seit November 2018 ist die Wohnung in Ebikon nur noch mit «Ulrich Meyer» angeschrieben. Gemäss einem der *Weltwoche* vorliegenden SMS-Verkehr hauste dort aber über das letzte Neujahr während mindestens sieben Tagen ein aus Kamerun stammender Bekannter von Claire in Begleitung seines Sohnes. Dieser hätte kaum in Ebikon Quartier bezogen, wenn einzig Bundesgerichtspräsident Meyer dort gewohnt hätte.

Übernahmeversuch der Stieftöchter

Im Hotel «Continental Park» in Luzern, wo Melanie, die Tochter des Ehepaars Dahinden-Uya, eine Lehre begonnen hatte, meldete sich Ulrich Meyer 2015 beim Chef als «Stiefvater», der bei allfälligen Problemen zuständig sei. Der leibliche Vater, der den Lehrvertrag unterschrieben hatte, suchte hierauf telefonisch das Gespräch mit Meyer. Er bat diesen, ihm die Töchter nicht zu entfremden, wurde aber vom «warmherzigen, umgänglichen Menschen» (*Berner Zeitung*) arg heruntergeputzt. Den Vater irritierte auch ein von Melanie unterzeichnetes, aber nie

und nimmer von der Fünfzehnjährigen oder deren Mutter verfasstes Schreiben an die Anwältin mit der Bitte, bei der Mutter wohnen zu dürfen: «Ich bitte Sie höflich, die nötigen Schritte in die Wege zu leiten, damit dieser mein Wunsch auch rechtlich anerkannt wird.» Tatsächlich äusserte Melanie später gegenüber der Bezirksrichterin den gegenteiligen Wunsch: «Sie fühle sich beim Vater zu Hause und fühle sich dort wohl. Sie wolle beim Vater wohnen bleiben.»

Auch im Nachhilfeunterricht der andern «Stieftochter», Jaël Dahinden, sprach Meyer vor und gab sich dort als Erziehungsverantwortlicher aus. Die Krienser Bezirksrichterin Myriam Schützenhofer (SP) musste ihren judikativ weit höherstehenden Parteikollegen in die Schranken weisen. Sie tat dies in einem Schreiben an die Anwälte, allerdings möglichst schonend und ohne Meyers Namen zu erwähnen: «Insbesondere ist davon abzusehen, unangemeldet bei der Schnupperstelle aufzukreuzen. Das betrifft nicht nur Ihre Klienten selber, sondern auch die Lebenspartner Ihrer Klienten. Insbesondere haben die Parteien mit Melanie keine Gespräche über die Obhutszuteilung zu führen.» Gemäss den Akten und der Ansicht des Bezirksgerichts Kriens hat sich also Bundesgerichtspräsident Meyer in unzulässiger Weise in die Beziehung zwischen den Töchtern und ihrem leiblichen Vater beziehungsweise langjährigem Stiefvater eingemischt.

Der sechzigjährige Anton Dahinden ärgert sich massiv über den Bundesgerichtspräsidenten. Dieser wolle, wie seine Freundin Claire Dahinden-Uya, partout nicht zugeben, dass beide schon länger in einer Wohngemeinschaft lebten und Meyer auch massgeblich dafür aufkomme – nur damit Dahindens Ehegattenunterhalt weitersprudle. Claire behauptete indessen, «sie müsse jeden Rappen zweimal drehen und lebe unter dem Existenzminimum». Die Unterhaltsverpflichtung scheint Dahinden umso unverständlicher, als die eigene Tochter sowie die Stieftochter bei ihm wohnen und er

In die Familienbeziehungen hat sich Meyer gemäss den Akten in unzulässiger Weise eingemischt.

für deren Ausbildung sorgt, genau wie früher für seinen Stiefsohn. Der in einfachen Verhältnissen mit vier Geschwistern aufgewachsene Entlebucher kämpft seit Jahren um eine gerechte Scheidung. Er absolvierte eine Schreinerlehre, wechselte aber wegen Rückenproblemen früh in die Versicherungsbranche. Zwölf Jahre war er mit einer Innerschweizer Bauerntochter glücklich verheiratet, doch scheiterte die Ehe an der Kinderlosigkeit des Paares.

Danach stürzte sich Dahinden in die Arbeit, traf aber 1998 eines Abends nach Verlassen seines Büros in Luzern auf Claire Uya. Die Kamerunerin sprach ihn an und schlug vor, gemein-



«Unter dem Existenzminimum»: Claire D.

sam in ihr Etablissement am Grimselweg zu gehen; der etwas vereinsamte Dahinden wollte dies zwar nicht, nahm sie aber zu sich nach Hause und bezahlte sie für ihre Dienste. Dies alles steht in den Gerichtsakten. Sie hatte keine Aufenthaltsbewilligung, sprach fast nur Französisch und bekannte Dahinden später, dass sie von einem Bundespolizisten schwanger sei. Eigentlich hätte sie die Schweiz verlassen und ausreisen müssen; Dahinden schenkte ihr zu diesem Zweck auch mehrere hundert Franken. Doch sie weigerte sich, das bereitstehende Flugzeug zu besteigen.

Claire gebar Ende 1998 – unter Angabe falscher Personalien – in Morges ihre Tochter Jaël. Dahinden, der sich nach einem Kind sehnte, kümmerte sich um die Mutter und ihren Säugling. Da er sich für zeugungsunfähig hielt, verhütete er nicht; Claire wurde prompt schwanger und brachte im Februar 2000 Tochter Melanie zur Welt. Ende Jahr heiratete das Paar, wobei Dahinden bei der Hinterlegung der Papiere eine Busse wegen Claires illegalem Status bezahlen musste. Man bezog Dahindens Einfamilienhaus in einem Luzerner Vorort. Erstmals erlebte er eine Familie mit Frau, zwei kleinen Mädchen und dem fünfjährigen Kenneth aus einer früheren Beziehung von Claire.

Weiterzug ans Bundesgericht zwecklos

Alle drei Kinder waren intensiv auf den Vater fixiert, der neben seiner strengen Berufsarbeit den Grossteil für ein eigentliches Familienleben leistete. Claire feierte oft ganze Nächte mit Kolleginnen und Kollegen durch, die teilweise im Milieu arbeiten. Sie reiste in der Regel zweimal jährlich nach Kamerun, wo sie ein Grundstück über 1180 Quadratmeter erworben und ein Landhaus gebaut hatte; dieses will sie angeblich

2013 für nur gerade 1000 Franken verkauft haben. Von Anfang an hat sie sich geweigert, einen Ehevertrag zu unterzeichnen. Sie benutzte neben dem Telefonfestnetz zeitweise drei Handy-Anschlüsse und erhielt entsprechend hohe Monatsrechnungen. Auch gab sie viel Geld für Mode, Luxusartikel und Kosmetik aus. Laut Aussage des Ex-Manns besass sie über zwanzig Handtaschen und zwei Dutzend Portemonnaies. Claire habe zu viel getrunken, sei gegenüber ihrem Mann fordernd, immer aggressiver und wiederholt gewalttätig geworden, sagt ihr Ehemann. Auch der Stiefsohn Kenneth, den Vater Dahinden mit fünf Jahren in die Familie aufgenommen hat, habe seine jüngeren Halbschwwestern zu schlagen begonnen und sich vom Stiefvater, in dessen Firma er die Lehre machte, plötzlich nichts mehr sagen lassen.

2012 ersuchte der verzweifelte Anton Dahinden seine Frau um die Trennung, was sie empört ausschlug. Schliesslich verliess er das gemeinsame Heim; das Scheidungsverfahren nahm nach dem Scheitern einer Mediation seinen gerichtlichen Verlauf. Dahinden bezog eine Wohnung, musste sich aber von der Halbschwester seiner Frau, die im Tessin lebt, schriftliche Morddrohungen gefallen lassen. Er erstattete Anzeige, und die Urheberin der Drohung wurde dafür gerichtlich mit 650 Franken gebüsst. 2014 konnte er dann in sein Haus zurückkehren; die eigene Tochter und die Stieftochter waren ihm zugesprochen worden, und seine Frau hat in jenem Jahr Ulrich Meyer kennengelernt.

Claire Dahinden-Uya mietete vorerst eine Wohnung in Meggen, wo sie auch ein Nagelstudio betrieb und Reinigungsdienste verrichtete. Im noch immer rechtshängigen Scheidungsverfahren hat das Kantonsgericht am 12. Februar 2019 die Berufung Dahindens gegen die seiner Meinung nach unberechtigten Unterhaltsforderungen seiner Noch-Gattin abgewiesen. Der Name von Ulrich Meyer (SP) wird im Urteil verschiedentlich genannt. Das Präsidium führte Kurt Weingand, ebenso wie die in der Vorinstanz urteilende Bezirksrichterin Myriam Schützenhofer Mitglied der SP Kriens. Es sei zwar «aufgrund der konkreten Umstände denkbar, dass die Gesuchsgegnerin freiwillige Zuwendungen von Ulrich Meyer oder sonstigen Bekannten erhält», doch könne Dahinden dies nicht glaubhaft belegen. Die vorliegenden Bankbelege wollte das Kantonsgericht nicht anerkennen. Wichtige Fragen bleiben unbeantwortet: Wer bezahlt Claires Lebensstil, ihre bislang drei Anwälte, die häufigen Reisen ihrer Mutter aus Kamerun in die Schweiz?

Anton Dahinden hätte jetzt dreissig Tage Zeit, gegen dieses Luzerner Urteil beim Bundesgericht Beschwerde einzureichen. Er hält dies allerdings für vollkommen aussichtslos. Denn der oberste Chef dieses Bundesgerichts heisst – Ulrich Meyer.

*Namen geändert

Angriff auf Professor Unbequem

Die «Rundschau» kreydet Carl Baudenbacher angebliche Millionenschulden eines Studiengangs an der Universität St. Gallen (HSG) an. Recherchen zeigen: Das Schweizer Fernsehen beschuldigt den Falschen und operiert mit aufgeblasenen Zahlen. Die HSG treibt ein doppeltes Spiel. *Von Florian Schwab*

Die Finanz- und Spesenaffäre an der Universität St. Gallen (HSG) wird zur Fortsetzungsgeschichte. Den Rohstoff dafür trug die kantonale Finanzkontrolle in ihrer Sonderprüfung vom letzten November zusammen. Nach ersten Enthüllungen des *St. Galler Tagblatts* zu überhöhten Spesenbezügen ist jetzt das Interesse der Medien schweizweit erwacht.

Auf ihre eigene Art und Weise widmet sich die «Rundschau» des Schweizer Fernsehens dem Thema. In der Sendung vom vergangenen Mittwoch fuhr sie unter dem Titel «Carl Baudenbachers Millionen-Loch» dem Rechtsprofessor an den Karren. «Sein Name ist Baudenbacher. Carl Baudenbacher», raunt Moderator Sandro Brotz dramatisch. Der Mann sei mit seinen Artikeln eine «Geheimwaffe im politischen Kampf um das Rahmenabkommen» geworden. «Nun», fährt Brotz fort, «taucht Baudenbacher im Rahmen dieses vertraulichen Berichts der Finanzkontrolle des Kantons St. Gallen auf.» Bei Professor Baudenbacher gehe es «um eine Überschuldung von 1,1 Millionen Franken bei seinem Lehrgang für ein Nachdiplomstudium».

Man staunt: Wie verfällt die «Rundschau» in den Gedanken, einen Lehrgang, der offenbar keinen Profit abwirft, in dieselbe Schublade zu stecken wie luxuriöse Übertreibungen bei den Spesen?

In dem Beitrag folgt unter anderem ein Scherbenbericht über die St. Galler Politik. Kantonsräte, die sogar im Kanton eher unbekannt sind, äussern den Verdacht, Baudenbacher habe wohl angesichts seiner übrigen Mandate den Studiengang vernachlässigt und finanziell an die Wand gefahren.

Wider besseres Wissen

Baudenbacher selbst kann sich vor der «Rundschau»-Kamera nur zu der von der HSG-Leitung beschlossenen Schliessung des Studiengangs «Executive Master of European and International Business Law» äussern. Zu dem nicht weniger als vier Mal wiederholten Vorwurf, er habe in seinem Studiengang einen Schuldenberg von über einer Million angehäuft, darf er hingegen nichts sagen.

Auf der Online-Plattform *Inside Paradeplatz* verteidigt sich Baudenbacher. Er schreibt: «Bereits im September 2018 hat sich der vorhergesagte Verlust auf 300 000 Franken verringert.» Der Fehlbetrag werde sich weiter reduzieren, möglicherweise auf null. «Ich habe das am 5. März 2019 gegenüber der

«Rundschau» schriftlich und mündlich in aller Klarheit ausgeführt.»

Auf Anfrage will sich Baudenbacher nicht weiter äussern. «Ich verweise auf meine Ausführungen auf *Inside Paradeplatz*.» Auch die Universität verweigert jegliche Auskunft zur herrschenden Finanzsituation des Studien-



Konkurrenz von innen: Professor Baudenbacher.

gangs. Dokumente, die der *Weltwoche* vorliegen, zeigen indes, dass die HSG-Verantwortlichen Ende September 2018 – also neun Monate nach dem Bilanzstichtag, an dem man einen Verlust von bis zu 1,1 Millionen Franken einkalkulierte – davon ausgingen, dass der Finanzbedarf am Ende sogar deutlich weniger als 300 000 Franken betragen werde. Die Summe von 1,1 Millionen Franken aus dem Bericht der Finanzkontrolle war also damals hoffnungslos veraltet.

Warum verschweigt die «Rundschau» dies, obwohl sie von Baudenbacher erklärtermassen darauf aufmerksam gemacht worden ist? Redaktionsleiter Mario Poletti sagt, man habe diese Entgegnung nicht gebracht, weil «keine Bestätigung für Baudenbachers Aussage erhältlich war». Sehr wohl habe man auf Darlegungen im Bericht der Finanzkontrolle hingewiesen, nach denen «dank Massnahmen und angepasster Finanzplanung» per Ende 2019 «ein Verlust in Höhe von maximal

einer halben Million Franken prognostiziert» werde.

Für den Medienkritiker Ronnie Grob verfährt Poletti Argument nicht: «Wieso die gegenüber der «Rundschau» getroffene Aussage Baudenbachers, der Verlust habe sich bereits im September 2018 auf 300 000 Franken reduziert, im Beitrag nicht vorkommt, ist für mich nicht nachzuvollziehen.»

Und warum lässt sogar die HSG wider besseres Wissen die falsche Darstellung der «Millionenlöcher» im Raum stehen?

Willkommener Anlass

Eine mögliche Erklärung liegt in der Vorgeschichte. Wie Quellen an der juristischen Fakultät berichten, wurde Baudenbacher Mitte 2017 contre cœur als Direktor des «Executive Master of European and International Business Law»-Studiengangs abgelöst. Sein Institut war nach seiner Emeritierung bereits 2014 aufgelöst worden, und der Masterstudiengang, den Baudenbacher über zwanzig Jahre aufgebaut hatte, wurde mit Billigung von Rektorat und Universitätsrat als unabhängige Einheit geführt. Bis zu diesem Zeitpunkt, so sagen es unsere Quellen, sei das Institut nie durch rote Zahlen aufgefallen.

Die Verschuldung entstand erst, als der Lehrgang ohne die Schutzhülle des Baudenbacher-Instituts dastand. Negativ wirkte sich eine Praxisänderung bei der Verbuchung aus: Bislang waren die Einnahmen des rund eineinhalbjährigen Lehrgangs immer zu Beginn verbucht worden. Ende 2017, nach Baudenbachers Ausscheiden, wurde erstmals verlangt, dass die Erträge anteilmässig auf die beiden Kalenderjahre aufgeteilt werden. Vor allem durch diese Änderung entstand Ende 2017 der Eindruck einer hohen Überschuldung.

Für das Rektorat war es ein willkommener Anlass, einem ohnehin ungeliebten Programm den Stecker zu ziehen. Mindestens seit zehn Jahren hatte die HSG-Verwaltung versucht, den Kurs in die von anderen Professoren betriebene Executive School zu verlagern. Interne Konkurrenz war den Verantwortlichen an der offiziell marktwirtschaftlich orientierten HSG zuwider. Dazu passt, dass es jetzt universitätsinterne Widersacher gewesen sind, welche das Thema akut bewirtschaftet haben und seit Wochen versuchen, die Medien mit einem angeblichen Baudenbacher-Skandal zu bedienen. Bei der «Rundschau» rannten sie trotz schwacher Fakten offene Türen ein. ○



Neuausrichtung: Kristalltherme in Kochel am See, Bayern.

Mehr Wettbewerb dank EU

Dass die Schweiz mit dem Rahmenabkommen das Beihilfenrecht der EU übernehmen soll, sorgt für Widerstand. Dabei könnte dies zu einer willkommenen Disziplinierung des Subventionswesens führen. *Von Katharina Fontana*

Die Gemeinde Kochel am See ist ein bayerischer Luftkurort. Dort kann man es sich in der Kristall-Therme gutgehen lassen, die «sich direkt am Ufer des Kochelsees befindet und einen atemberaubenden Ausblick» bietet, wie die Betreiber werben. Die Kristall-Therme offeriert aber nicht nur Badespass, sie ist auch ein gutes Anwendungsbeispiel dafür, wie die Europäische Union mit Staatsbeihilfen umgeht. Denn die Umwandlung des öffentlichen Schwimmbads in einen Wellness- und Thermalbadkomplex wurde zu einem Fall, der 2014 vor der Europäischen Kommission landete. Die bayerischen Behörden, die das private Bäderunternehmen unterstützt hatten, sahen sich nämlich dem Vorwurf ausgesetzt, das Beihilfenverbot verletzt zu haben. In der EU sind vom Staat gewährte finanzielle Vorteile zugunsten von Unternehmen oder Branchen, die via Wettbewerbsverzerrung den Handel zwischen Mitgliedstaaten beeinträchtigen, verboten und müssen im Widerhandlungsfall zurückerstattet werden. Die EU-Kommission ging der Sache nach und kam zum Schluss, dass Zuschüsse für kommunale Bäder regelmässig als Staatsbeihilfen gelten, dass sie aber unter eine Ausnahmebestimmung fallen und mit dem Binnenmarkt vereinbar sind.

Das Bäder-Beispiel ist besonders aussagekräftig, weil es dreierlei verdeutlicht. Erstens: Auch

Sachverhalte, die völlig unverdächtig erscheinen, wie die finanzielle Unterstützung eines auf die örtliche Klientel ausgerichteten Schwimmbads, können als Staatsbeihilfen angesehen werden und ins Visier der EU geraten. Zweitens: Die Europäische Kommission kümmert sich nicht nur um die grossen Fische – wie etwa um die von Irland gewährten Steuerprivilegien für Apple –, sondern nimmt sich auch Zeit für Petitessen wie ein Schwimmbad. Und drittens illustriert der Fall, dass das Beihilfenverbot zwar einen zentralen Grundsatz der EU statuiert und extensiv ausgelegt wird, dass es aber zahlreiche Ausnahmen davon gibt, was seine Bedeutung relativiert. Kultur, Forschung, Ausbildung oder Umweltschutz sind Beispiele für Bereiche, die von der öffentlichen Hand unter gewissen Voraussetzungen unterstützt werden dürfen, auch Regionalförderung ist möglich. Ausser Betracht fallen zudem Bagatell-Beihilfen, die eine gewisse finanzielle Schwelle unterschreiten. Was genau unter das Beihilfenverbot fällt und was nicht, erschliesst sich erst durch die Fallpraxis der EU-Instanzen.

Munter sprudelnde Subventionen

In der Schweiz hat man zu den staatlichen Beihilfen bis anhin ein entspanntes Verhältnis, auf allen Ebenen wird munter subventioniert, entweder durch direkte Geldspritzen oder durch

Vergünstigungen bei Steuern und Abgaben. Der Bund fördert den Tourismus, verbilligt Mietzins oder unterstützt die Presse, um drei kleine Beispiele aus der umfangreichen Subventionsliste zu nennen; laut Finanzdepartement betrugen die Bundessubventionen 2017 über 39 Milliarden Franken (inklusive AHV, Bahn, Landwirtschaft). Die Kantone richten riesige Summen an die Spitäler aus, sie finanzieren Energieprogramme, leisten Zuschüsse an den Verkehr, betreiben Wirtschaftsförderung und vieles Weitere, und auch die Gemeinden haben zahlreiche gute Dinge auf ihrer Geldliste. Welche Hilfen Kantone und Gemeinden heute ausrichten, ist relativ intransparent, kritische Stimmen sprechen von einem Wildwuchs.

Wegen des institutionellen Rahmenabkommens mit der EU (InstA) ist es nun mit der Ruhe vorbei. Denn auf Wunsch von Brüssel sieht das InstA vor, dass die Schweiz künftig das Beihilfenverbot nach EU-Vorbild übernimmt. Alle sektoriellen Verträge, die die Schweiz mit der EU in Zukunft abschliessen würde – zum Strom oder zu den Finanzdienstleistungen –, müssten im Grundsatz den EU-Regeln folgen (und würden damit im Streitfall faktisch vom Europäischen Gerichtshof ausgelegt). Eine besondere Kröte aus Schweizer Sicht ist ein Spezialpassus im InstA betreffend das Freihandelsabkommen von 1972 – wohl die wichtigste Verbindung,

welche die Schweiz heute zur EU unterhält: Das Freihandelsabkommen soll bereits jetzt gemäss den EU-Beihilfenregeln ausgelegt werden.

Die Staatsbeihilfen sind einer der grössten Knackpunkte des Rahmenabkommens. Die Crux liegt darin, dass der Bereich weit komplexer ist als andere kontroverse Fragen, wie beispielsweise der Lohnschutz, und man zum Teil schlicht nicht weiss, wie sich das EU-Recht auf die Schweiz auswirken würde. Der Bundesrat, der die Verhandlungen mit der EU geführt hat und eigentlich genauer im Bild sein sollte, ist keine grosse Hilfe, geht er in seinen Erläuterungen zum InstA doch gerade einmal auf zwei Seiten auf die Staatsbeihilfen ein. Laut dem in Brüssel tätigen Schweizer Anwalt Simon Hirsbrunner, der in einem Bericht zuhanden der Konferenz der Kantonsregierungen die Staatsbeihilfen unter die Lupe genommen hat, sollte der Anpassungsbedarf nicht unterschätzt werden. Gewisse Kategorien von Beihilfen seien in der EU zwar erlaubt, doch liege der Teufel im Detail; jene Sachverhalte, bei denen viel auf dem Spiel stehe, wie Beihilfen für die Firmenansiedlung, würden regelmässig im Einzelfall überprüft. Der Eindruck, dass die einzelnen EU-Mitgliedstaaten trotz Beihilfenverbot ungehemmt Subventionen ausrichteten, treffe nicht zu, meint Hirsbrunner. «Die Kommission erklärt immer wieder Beihilfen für unzulässig und ordnet deren Rückforderung an.»

Neue Arbeit für Anwälte

Doch wäre eine solche strengere Regelung für die Schweiz so schlecht? Wäre es nicht vielmehr ein Gewinn, die Finanzhilfen der öffentlichen Hand genauer unter die Lupe zu nehmen? Durchaus, findet Peter Hettich, Professor an der Universität St. Gallen und spezialisiert auf öffentliches Wirtschaftsrecht. Das neue Beihilfenrecht könnte disziplinierend wirken. «Kantone und Gemeinden würden sich mehr Gedanken machen, was ihnen eine bestimmte Leistung wert wäre.» Die staatlichen Stellen, die Subventionen sprechen, müssten sich stärker als bisher rechtfertigen, wenn sie Zuschüsse ausrichten möchten. «Das könnte dazu führen, dass man präzisere Subventionsverträge abfasst und die von der öffentlichen Hand erwartete Leistung stringenter fasst.»

Würde die Übernahme des Beihilfenrechts eine Zäsur für die Schweiz bedeuten? Jein, meint Peter Hettich. «Die Schweiz hat schon heute Beihilfenregeln, namentlich im Subventionengesetz, nur haben sie nicht viel Biss.» In jenen Sektoren, in denen das EU-Beihilfenverbot künftig anwendbar wäre, würde dann ein strengeres Regime gelten. «Doch ich sehe darin weniger eine Zäsur als einen Paradigmenwechsel. Die Schweiz geht heute nach dem Missbrauchsprinzip vor: Subventionen sind erlaubt, solange sie nicht wettbewerbsverzerrend sind. Die EU geht umgekehrt vor: Sie statuiert ein Verbot und lässt haufenweise Ausnahmen

zu. Materiell dürften sich die Unterschiede zwischen unserer Regelung und jener der EU schnell ausnivellieren.»

So nimmt Hettich nicht an, dass das Beihilfenverbot im Freihandelsabkommen zu erheblichen Problemen führen würde. «Im Industriegüterbereich gilt das Gatt-Subventionsabkommen, das bereits etliche Verbotsklauseln statuiert. Auch das Beschaffungsrecht privilegiert die Schweizer Industrie nicht. Das sogenannte Schoggi-Gesetz und weitere wettbewerbsverzerrende Hilfen stehen vor der Abschaffung. Die Regionalpolitik darf laut Beihilfenrecht ebenfalls gefördert werden.» Einzig bei den kantonalen Steuererleichterungen zugunsten der Ansiedlung von Unternehmen könnten ernsthafte Schwierigkeiten entstehen, schätzt Hettich. Ähnlich gelassen beurteilt der St. Galler Professor die Auswirkungen auf ein allfälliges Stromabkommen. Die Schweiz müsste sicher Anpassungen vornehmen, doch es gebe gute Ersatzlösungen. «So wäre beispielsweise die Marktprämie im Energiegesetz nicht mehr zulässig. Der Staat könnte aber den Energie- und Umweltbereich künftig auf eine wettbewerbliche Art fördern, indem man beim Wasserkraftstrom beispielsweise Zertifikate

Die Staatsbeihilfen sind einer der grössten Knackpunkte des Rahmenabkommens.

einführt. Das EU-Regelwerk zu Umwelt- und Energiebeihilfen ist sehr umfangreich, damit könnte man gut leben. Eine Neuausrichtung hätte zudem den Vorteil, dass die Schweiz künftig nicht mehr Produzenten fördert, die sich weit weg vom Marktdruck bewegen.»

In den Kantonen sorgt die Aussicht, dass das Beihilfenverbot auch in einem künftigen Finanzdienstleistungsabkommen zum Tragen käme, für Unmut. Damit gerieten die Staatsgarantien, von denen heute noch 21 Kantonalbanken profitieren, unter Druck. Kritiker erachten diese aber ohnehin als wettbewerbsverzerrend und würden die Abschaffung begrüssen. «Früher hatten die Kantonalbanken einen quasi wohlfahrtsstaatlichen Auftrag, das ist heute immer weniger der Fall. Kantonalbanken sind heute weitgehend mit Universalbanken vergleichbar, und dann rechtfertigt sich auch keine Staatsgarantie», meint Hettich.

Wie es mit dem umstrittenen Rahmenabkommen politisch weitergehen wird, ist noch offen. Für den Rechtsprofessor ist aber klar: Sollte die Schweiz das EU-Beihilfenverbot übernehmen, wird hierzulande eine ganz neue Rechtsberatungsindustrie entstehen. «Das EU-Recht wird in den Schweizer Kanzleien bis anhin eher stiefmütterlich behandelt. Wer sich bei den Staatsbeihilfen auskennen und wissen will, was zulässig ist, muss über die Fallpraxis der EU Bescheid wissen. Und die ist riesig.» ○

Klima

Reich des Bösen

Wissenschaft ist dialektisch. Es gibt keine Wahrheit, nur Thesen. Ausser beim Klima. Und bei der NZZ.

Glautb man der NZZ am Sonntag, ist es unötig, ja gefährlich, über den Klimawandel zu debattieren. Denn es geht hier nicht um Meinungen, wie wir in einem auf der Front angekündigten («Klimaleugner diffamieren Wissenschaftler») mehrseitigen Bericht («Im Netz der Klimaleugner») erfahren. Sondern um einen Kampf zwischen Gut und Böse.

Auf der einen Seite stehen die Wissenschaftler. Sie sind sich zu 97 Prozent einig: Der Mensch ist schuld. Das sind die Guten. Ihr Bannerträger ist Reto Knutti, Klimaforscher an der ETH Zürich. Knutti ist aber perfiden Attacken ausgesetzt von Unwissenden. Das sind die Bösen. Heimlich haben sich diese zwielichtigen Gestalten – die meisten «männlich, pensioniert oder emeritiert» – verbündet zu einem Netzwerk, um die Wahrheit zu «leugnen».

Die Weltwoche, die gelegentlich Artikel publiziert, welche den menschlichen Einfluss auf das Klima und vor allem dessen Folgen bezweifeln, ist gemäss NZZ am Sonntag der Schweizer Ableger dieser düsteren Macht. Professorin Naomi Oreskes warnt vor jedem Kontakt: «Ist das Gegenüber jemand, der alternative Fakten als Fakten präsentiert, hat man schon verloren.» Herr Knutti fehlt, wie er sagt, schlicht die Zeit für eine Auseinandersetzung.

Nun ist das Klima eine unendlich komplexe Sache. Generationen von Wissenschaftlern haben schon darüber gerätselt, warum es Eiszeiten gab, aber auch Wärmephasen, etwa im frühen Mittelalter, in denen es wärmer war als heute. Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts (Kleine Eiszeit) wuchsen die Gletscher, seither schrumpfen sie wieder. Thesen gibt es viele – Sonnenaktivität, Verschiebung der Erdachse, Vulkane, Meteoriten, der seit hundert Jahren bekannte Treibhauseffekt von CO₂ und anderen Gasen –, aber keine klaren Antworten.

Über das Vergangene rätseln die Weisen. Bezüglich der Zukunft wollen sich alle einig sein? Ein solcher Konsens wirkt alarmierender als die apokalyptischen Weissagungen an sich. In den 1980er Jahren galt als Unmensch, wer das Waldsterben leugnete. Das Verbot jeden Einspruchs machte die Prognosen nicht zuverlässiger.

Wissenschaftlichkeit definiert sich dadurch, dass alles hinterfragt werden darf, ja muss. Es gibt keine Gewissheit, nur Thesen, die zu falsifizieren sind. Doch statt sich dem dialektischen Prozess zu stellen, solidarisieren sich Knutti & Co. per Manifest mit den klimastreikenden Kindern, von denen garantiert kein Widerspruch zu erwarten ist. Alex Baur

Ewige Vielredner

Es sind immer die gleichen Parlamentarier, die bei Debatten als Berichterstatter der Fachkommissionen auftreten. Was treibt sie an?

Von Hubert Mooser

Der «Berichterstatter», wie der Job in der Berner Amtssprache heisst, rapportiert im Auftrag der Kommissionsmehrheit dem Rat den Verlauf der Debatte in der vorberatenden Kommission. Er hat gleich viel Redezeit wie ein Bundesrat, nämlich zwanzig Minuten, und bekommt eine erhöhte Aufmerksamkeit. Dazu gibt's 220 Franken als einmalige Pauschalentschädigung für die Mehrarbeit. Doch manchmal ist selbst dieser Posten zu gut, als dass man ihn dem politischen Gegner überlassen würde. Dann geht es in den Kommissionen zu wie auf einem Kinderspielplatz, wenn zwei Kinder darüber streiten, wer die Schaufel haben darf.

Dies musste jetzt auch der Walliser SVP-Nationalrat Franz Ruppen erfahren. Er wäre gerne bei der Revision des Wasserrechtsgesetzes als Kommissionssprecher aufgetreten – zumal er gemeinsam mit SVP-Wirtschaftspolitikerin Magdalena Martullo-Blocher die SVP-Mehrheit davon überzeugen konnte, der Vorlage im Sinne der Bergregionen und Gebirgskantone zuzustimmen.

Überflieger Karl Vogler

Doch dann fand der Präsident der Energiekommission des Nationalrates, SP-Fraktionschef Roger Nordmann, das gehe nicht, wenn zwei Kommissionssprecher aus dem Wallis kämen, weil schon der französische Berichterstatter im Rat, SP-Nationalrat Mathias Reynard, Walliser sei. Statt Ruppen wurde der Innerrhoder CVP-Nationalrat Daniel Fässler ernannt – mit Stichentscheid von Präsident Nordmann. Das sieht nach einer abgesprochenen Geschichte aus. Aber es gibt noch ein anderes Problem: «Es sind fast immer die gleichen Leute, die als Kommissionssprecher zum Einsatz kommen», sagt SVP-Nationalrat Christian Imark. Offiziell belegen lässt sich das nicht, weil es laut dem Informationschef der Parlamentsdienste, Mark Stucki, keine offizielle Statistik dazu gibt. Wenn man allerdings die Sessionsprogramme der laufenden Legislatur durchforstet, stösst man sehr schnell auf eine Reihe von wiederkehrenden Namen. Und einer davon ist in der Sparte Kommissionssprecher der Überflieger des Parlaments: CVP-Nationalrat Karl Vogler aus Obwalden. Kein Politiker ist öfter als er Berichterstatter einer Kommission.

Allein in der herrschenden Frühjahrsession steht Vogler, der Mitglied der Rechts- und der Energiekommission ist, bei drei verschiede-



Vertrauen: Karl Vogler (CVP).



Drang: Kurt Fluri (FDP).



«Prestige»: C. Pardini (SP).



Stich: Roger Nordmann (SP).



Ernannt: Daniel Fässler (CVP).



Abgesägt: Franz Ruppen (SVP).

nen Geschäften als Berichterstatter im Einsatz. Warum ist er ständig Kommissionssprecher? Es sei wohl so, dass er bei den Kommissionen, in denen er Einsitz habe, grundsätzlich das Vertrauen genieisse, als Sprecher korrekte Arbeit zu leisten, gibt Vogler zur Antwort. Und weiter: «Die Entschädigung von 220 Franken war nie, aber auch wirklich nie eine Motivation für mich, und ich gehe davon aus, dass sie das auch für andere nicht ist.»

Ein anderer, der auffallend häufig als Kommissionssprecher amtiert, ist der Solothurner Freisinnige Kurt Fluri. Ihm ist es nach eigenen Angaben langweilig, wenn er nicht als Berichterstatter auftreten kann. Fluri ist Mitglied der Staatspolitischen Kommission und der Verkehrskommission. Seinen bekanntesten Auftritt als Kommissionssprecher hatte er 2016 bei der Debatte zur Nichtumsetzung der Initiative gegen die Masseneinwanderung. Dies hat Fluri offenbar so gut gefallen, dass er jetzt jedesmal, wenn es gegen die SVP geht, als Kommissionssprecher amtiert. Er war deshalb auch im Einsatz, als in der letzten Sommersession die Debatte zur Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» (Selbstbestimmungsinitiative) im Nationalrat anstand.

Insgesamt sind es knapp zwanzig von zweihundert Nationalrätinnen und Nationalräten,

die regelmässig als Berichterstatter auftreten. Darunter befinden sich auch bekannte Köpfe wie SP-Nationalrat Corrado Pardini, der von «Prestige» spricht, das mit diesem Pöstchen verbunden sein soll. Dass der linke Pardini häufig als Sprecher der Wirtschaftskommission auftritt, wo doch die Mehrheit der Kommission auf dem Papier rechts ticken müsste, wirft die Frage auf, wie es um diese rechte Mehrheit tatsächlich bestellt ist. Für die Wirtschaftskommission als Sprecherin wiederholt im Einsatz ist auch FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger (BL). Zu den Vielrednern gehören ausserdem Leo Müller (CVP, LU), Daniel Fässler (CVP, AI), Beat Flach (GLP, AG), Ruth Humbel (CVP, AG) oder Prisca Birrer-Heimo (SP, LU). Bei den Romands sind es die SVP-Nationalräte Jean-Pierre Grin (VD) und Raymond Clottu (NE), weiter Philippe Nantermod (FDP, VS), Isabelle Moret (FDP, VD), Rebecca Ruiz (SP, VD), Valérie Piller Carrard (SP, FR), die Genfer Grüne Lisa Mazzone, der genannte Mathias Reynard – und der Waadtländer FDP-Nationalrat Olivier Feller, fast das Pendant zu Vogler in der Romandie. Feller gibt sich jedoch betupft, wenn man ihn fragt, weshalb er ständig als Kommissionssprecher im Einsatz stehe. Für eine Antwort verweist er an eine Kommissionssekretärin.

Es gibt eine Grundvoraussetzung, die ein Kommissionsmitglied erfüllen muss, wenn es als *rapporteur* gewählt werden will: Man muss beim betreffenden Geschäft der Kommissionsmehrheit angehören und von einem Kommissionsmitglied vorgeschlagen werden. Andernfalls kann es zu Psychodramen kommen wie im Fall von SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt bei der Aktienrechtsrevision. Vogt unterstützte zwar das Gesetz als Ganzes, seine Parteikollegen lehnten es jedoch ab. Die SP und die SVP verhinderten dann gemeinsam, dass der Zürcher Rechtsprofessor als Kommissionssprecher wirken konnte. Hans-Ueli Vogt soll deswegen sogar Tränen vergossen haben.

Grosskampf in der APK

Es ist aber nicht so, dass sich alle um diesen Jobs reissen. Jean-François Rime, Präsident der Wirtschaftskommission, sagt, er habe selten erlebt, dass es Streit darüber gegeben habe, wer als Berichterstatter auftrete. Und es gibt Parlamentarier, die in Deckung gehen, wenn man nach geführter Diskussion in der Fachkommission den Sprecher für ein kompliziertes Geschäft sucht. Da kann es schon mal vorkommen, dass dem Ersatzmann für ein abwesendes Kommissionsmitglied der Job aufs Auge gedrückt wird, wie dies kürzlich Beat Flach passiert ist, als er Parteikollegin Kathrin Bertschy in der Wirtschaftskommission vertrat und sich am Ende der Beratung als Berichterstatter für die Vorlage «Umsetzung der Empfehlungen des Global Forum über die Transparenz juristischer Personen und den Informationsaustausch» wieder fand.

In Kommissionen, bei denen wenig Geschäfte zur Beratung kommen, etwa in der Aussenpolitischen Kommission (APK), geht dagegen die Post ab, wenn etwa am Schluss der Beratung des Aussenwirtschaftsberichts die Präsidentin die Frage nach dem Berichterstatter stellt. Sechs Bewerber gab es diesmal, beispielsweise CVP-Nationalrätin Kathy Riklin. Aber am Ende kam der Berner SVP-Politiker Andreas Aebi zum Zug, der diesen Bericht in seiner Laufbahn schon fast ein halbes Dutzend Mal vor dem Parlament vertreten hat. Aebi dazu: «Als Landwirt und Reiseunternehmer interessiert mich der Aussenwirtschaftsbericht halt schon von Berufs wegen.»

Einer, der noch nie Kommissionssprecher war, ist der Berner SVP-Nationalrat Erich Hess. Aber er hat auch sonst genug um die Ohren, wie sich vergangene Woche zeigte. Hess nahm gleichzeitig an der Grossratssession des Berner Parlaments und der Herbstsession des Nationalrates teil – und raste auf seinem elektrischen Trottinett pausenlos zwischen Rathaus und Bundeshaus hin und her. Hess käme so ein Job als Berichterstatter, bei dem man bis zum bitteren Ende der Debatte auf dem Stuhl ausharren muss, wahrscheinlich eher ungelegen. ○

Politik

Appell aus der Romandie

Der neue Gewerkschaftsbund-Präsident Pierre-Yves Maillard warnt die SP-Genossen davor, beim Rahmenvertrag einzulenken.



Steigt in den Ring: Regierungsrat Maillard.

Bis Ende April ist er zwar noch Waadtländer Regierungsrat, aber mit dem Kopf ist der SP-Politiker Pierre-Yves Maillard zeitweise bereits im neuen Job als Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) – und hält die Gewerkschaftszentrale in Bern auf Trab. Laut der Zeitung *Le Matin Dimanche* hat er den SGB wissen lassen, er brauche ein Büro, einen Tisch und Computer, was im «Kreml» – wie der SGB-Sitz in Bern auch genannt wird – für Nervosität sorgte. Der bisherige Amtsinhaber, SP-Ständerat Paul Rechsteiner, hat die Fäden nämlich stets von seinem Büro in St. Gallen aus gezogen und in der SGB-Zentrale kein eigenes belegt.

SP wird nicht zurückkriechen

Neuer Mann, neuer Stil. Aber noch gibt sich Maillard vorsichtig. Ein Interview lehnt er ab – er ist zwar als SGB-Präsident gewählt, wird das Amt aber erst am 6. Mai offiziell antreten. Maillard arbeitet derzeit mit Hochdruck daran, seine Pendenzen als Regierungsrat abzutragen. Kommendes Wochenende steht die Wahl seiner Nachfolgerin oder seines Nachfolgers an. Geht alles nach Plan, soll ihn SP-Nationalrätin Rebecca Ruiz als Regierungsrätin ablösen. «Aber wir müssen dafür schon noch etwas tun», meint Maillard. Denn SVP und CVP wol-

len der Linken den Sitz wegschnappen. Aus den hitzigen Diskussionen rund um den Rahmenvertrag hat er sich bisher so ziemlich herausgehalten. Als sich letzten Mittwoch die Sozialpartner mit Bundesrat Ignazio Cassis trafen, um über dieses Abkommen mit der EU zu diskutieren, fehlte Maillard. Aber aus der Ferne verfolgt er genau, wie sich die Situation entwickelt, und gibt auch seine Einschätzung ab, wenn er darum gebeten wird.

So ist Maillard überzeugt, dass die SP bei den flankierenden Massnahmen nicht nachgeben wird. Die Partei könne es sich nicht leisten, die Gewerkschaften mit einem Entgegenkommen beim Rahmenvertrag, das mit einer Aufweichung der flankierenden Massnahmen einhergeht, vor den Kopf zu stossen. «Es ist eine Sache, wenn wir die frühere SP-Nationalrätin Chantal Galladé an die Grünliberalen verlieren. Aber es ist eine ganz andere Geschichte, wenn wir die ganze Arbeitswelt verlieren, weil wir den Lohnschutz preisgegeben haben. Die Stimmbürger werden einem Rahmenvertrag, der den Lohnschutz schwächt, auch nie zustimmen.»

«Unanständige NZZ»

Auch für Maillard sind die flankierenden Massnahmen fast so etwas wie der Heilige Gral. In Deutschland, Frankreich und Italien hätten sich die Sozialdemokraten mit der Beschädigung des Sozialstaates massiv geschwächt, lautet sein Credo. Wie wichtig der Lohnschutz sei, erlebe er im Kanton Waadt jeden Tag: «Es kommt immer wieder vor, dass über Fünfzigjährige auf die Strasse gestellt und durch billigere Arbeitskräfte aus dem EU-Raum ersetzt werden.» Die Kampagne der NZZ zugunsten des Rahmenvertrages findet er etwas merkwürdig. Unanständig sei es gewesen, als diese Zeitung den Titel gesetzt habe «SP sagt Ja zum Rahmenabkommen». Das Blatt habe so bei den Lesern den Eindruck erweckt, die Linke werde den Vertrag durchwinken.

Das ist jedoch mit einem Maillard an der Gewerkschaftsspitze noch unwahrscheinlicher geworden. Der Lausanner gehört bei der SP nicht zu jenen Sozialromantikern, welche die EU als Friedensprojekt verklären und deshalb finden, es brauche eine nähere institutionelle Anbindung um jeden Preis: «Wenn die flankierenden Massnahmen angetastet werden, gibt es keinen Rahmenvertrag», sagt Maillard. Und brennt darauf, als SGB-Präsident in den Ring zu steigen. (hmo)

THE 7



bmw.ch/luxury



BAYERISCHE MOTOREN WERKE

Der Besspassungs-Beamte

Das Schweizer Fernsehen hat einen Deutschen eingesetzt, um Sendungen wie «Donnschtig-Jass» und «SRF bi de Lüt» auf Kurs zu bringen. Kann er das? Was ist der nächste grosse Trend? Ein Gespräch mit dem neuen SRF-Unterhaltungschef Stefano Semeria. *Von Rico Bandle*

Das Auffallendste an ihm ist die Armkette. Steine in verschiedenen Blau- und Türkis-tönen sind aneinandergereiht, als handle es sich um ein Produkt aus einem Kinderschmuckkasten. Die Kette hat ihm aber nicht die Tochter zum Vatertag gebastelt – «Ich habe keine Tochter» –, er hat sie selber gekauft. «Die ist aus Murano-Glas, ich habe sie in San Remo entdeckt», sagt er, der auch mit 53 Jahren eine jugendliche Lässigkeit ausstrahlt.

Stefano Semeria kam vor acht Jahren aus Deutschland in die Schweiz, zu SRF. Erst war er Programmplaner, dann übernahm er die Leitung der Abteilung für die junge Zielgruppe – und damit die schwierige Aufgabe, den Gebührensender mit seinem wegsterbenden Publikum für Jugendliche attraktiv zu machen.

Die von ihm verantworteten Sendungen lieferten SRG-Gegnern immer mal wieder willkommenen Stoff für Empörung. Etwa, wenn ein jugendlicher Moderator bei einem Open-Air-Festival jungen Besucherinnen den Brustumfang mass («Sexismus!») oder eine Web-Serie lanciert wurde, bei der ein als Frau verkleideter Mann vulgär dahinredete («primitiv!»). Intern hingegen erarbeitete sich Semeria einen hervorragenden Ruf: Seine Abteilung war in der schwerfälligen SRG ein autonomes Labor, wo Neues ausprobiert wurde, wo die Möglichkeiten des Internets im Zentrum standen, nicht mehr die klassischen Verbreitungswege über den Fernseh- oder Radiosender.

Etwas vom Geist dieses Labors wollte die SRF-Spitze auf das ganze Unternehmen übertragen, entsprechend schien die Wahl Semerias zum SRF-Unterhaltungschef beziehungsweise zum Chef der neugeschaffenen Abteilung «Jugend/Familie/Unterhaltung» nur logisch. Wäre er nicht Deutscher.

Anfänge bei der Jugendschutzabteilung

Dass seine Ernennung zeitlich zusammenfiel mit der Absetzung der langjährigen Publikumsliebhaber Roman Kilchsperger und Kurt Aeschbacher, liess erst recht die Frage aufkommen: Kann ein Zugezogener, der erst seit acht Jahren in der Schweiz lebt, die Schweizer Volksseele verstehen? Schliesslich sind die Zugpferde der Schweizer Fernsehunterhaltung nicht trendige Nischensendungen und Web-Serien, sondern volksnahe Formate wie «Donnschtig-Jass», «SRF bi de Lüt» und «Happy Day».



«Quelle der täglichen Anreize»: Abteilungsleiter Semeria.

Semeria ist auf diese Frage vorbereitet. «Egal, in welchem Land man ist, man muss sich überall mit der Tradition des entsprechenden Senders auseinandersetzen, mit dessen kultureller DNA.» Das sei bei SRF nicht anders als sonst irgendwo. Lachen seine deutschen Kollegen, wenn sie eine Sendung wie «Samschtig-Jass» sehen? «Die weinen eher, wenn ich ihnen die fantastischen Quoten zeige.»

Stefano Semeria hat sein ganzes Berufsleben beim Fernsehen verbracht. Seine Diplomarbeit an der Filmhochschule Potsdam schrieb er über die zu jener Zeit boomenden

Nachmittags-Talkshows auf Privatsendern, wo normale Leute ihr Privatleben ausbreiteten. Die damals äusserst beliebten Krawallsendungen riefen Pädagogen und Politiker auf den Plan, die darin Vorboten für den gesellschaftlichen Niedergang sahen: Die Talkshows würden der Verrohung und Verdummung Vorschub leisten. Semeria hingegen verteidigte sie, bezeichnete solche Formate gar als wertvoll. Mit dieser Auffassung war er unter den kunstaffinen und kulturpessimistischen Studenten an der Filmhochschule eine Ausnahmeerscheinung.

Nach Ende der Ausbildung fand er eine Stelle bei RTL, dem grössten Privatsender Deutschlands. Dessen Chef, Helmut Thoma, hatte den Spruch geprägt: «Der Köder muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler.» Semeria arbeitete in der Jugendschutzabteilung; seine Aufgabe war es, mit guten Argumenten den Sittenwächtern beizukommen, die gefährliche Elemente im Programm orteten. «Es ging vor allem um «sozialethische Desorientierung». Dies galt als das Schlimmste, was man einem Kind antun kann.» Das Fernsehen müsse Kindern und Jugendlichen zeigen, dass Probleme anders als mit Gewalt gelöst werden können, so eine der Forderungen – die bei dem Programm, insbesondere den Trickfilmen, nicht ganz einfach einzulösen waren.

Weitere Stationen auf Semerias Berufsweg waren Programmplaner bei der öffentlich-rechtlichen ARD und Trendscout bei der privaten Sendergruppe Pro Sieben Sat 1.

Ist «Happy Day» fremdenfeindlich?

Der SRF-Unterhaltungschef hat offensichtlich keinerlei Berührungängste mit Trash-Formaten. Nur würde er sie nie als solche bezeichnen.

«Man steht hier nicht so auf Prominente wie in Deutschland, das finde ich sehr angenehm.»

Er versteht es, jeder Sendung mit bedeutungsschweren Worten, manchmal auch etwas akademisch verschwurbelt, staatstragende Bedeutung zuzuschreiben. Was wohl nötig ist, wenn man ein quasi steuerfinanziertes Programm verantwortet. «Unser Daseinszweck ist, einen Beitrag zu leisten für die gegenseitige Verständigung», sagt er etwa. Oder: «Wir zeigen die Vielfalt und Heterogenität der Gesellschaft auf, auch die Dimensionen von Leid, von Konflikt und von nationalen Identitäten.»

Er spricht nie von «Ausländern», die man ebenfalls erreichen wolle, sondern von «Menschen aus einer anderen Herkunftskultur». Bei solchem politisch korrekten Neusprech ist man geneigt zu sagen: Da kommt seine eigene Herkunftskultur, die deutsche, voll zum Tragen.

Auf jede Frage findet Semeria eine wohlformulierte Antwort. Nur einmal gerät er etwas in Verlegenheit: «Herr Semeria, «Happy Day» ist doch eine fremdenfeindliche Sendung. Es wird fast ausschliesslich Schweizer Familien geholfen, obschon wahrscheinlich überproportional viele ausländische in Not sind.» Überrumpelt von dieser Aussage, weicht er erst einmal aus. «Der Kern von «Happy Day» ist nicht die Frage, wer die Protagonisten sind, sondern der Altruismus», sagt er. «Wir zeigen Menschen, die sich für andere auf-

opfern, und Menschen, die leiden. Denen helfen wir. Die Herkunft ist nicht so relevant.»

Zwei Möglichkeiten sind denkbar, weshalb in der beliebtesten Unterhaltungssendung des Landes fast ausschliesslich alteingesessene Schweizer zum Zug kommen. Erstens: Weil ein Teil der Zuschauer sonst wegschalten würde. Auf die Bedürfnisse des Publi-



«Fantastische Quoten»: «Donnschtig-Jass».



«Menschen, die sich aufopfern»: «Happy Day».



Normale Leute: «Auf und davon».

kums einzugehen, ist legitim, ja Voraussetzung für erfolgreiches Fernsehen – was der Sender in einem solchen Fall aber nie zugeben dürfte. Zweitens: Migranten schauen kein Schweizer Fernsehen, deshalb melden sie sich auch nicht, wenn sie in Not sind. Das würde nicht gerade für die ständig hervorgehobene Integrationsleistung des öffentlich finanzierten Senders sprechen.

Semeria gibt zu, dass der zweite Punkt zu den «grossen Herausforderungen» gehört: «Die Frage stellt sich, inwieweit sind audiovisuelle Medien für Menschen aus einer ande-

ren Herkunftskultur genügend offen und relevant, so dass sie eine Quelle der täglichen Anreise sind.»

Einige Tage nach dem Gespräch schickt die Kommunikationsabteilung von SRF einige Präzisierungen zu «Happy Day», man habe die Sache mit der Redaktion abgeklärt. Es würden sehr wohl auch Migranten berücksichtigt, zuletzt etwa in jeder zweiten Sendung. Aber es sei tatsächlich so, dass nur wenige geeignete Geschichten diesbezüglich aus dem Publikum eingereicht würden.

Normale Leute im Zentrum

Was auffällt, wenn man den Fernseher einschaltet: Bei den meisten Unterhaltungsformaten geht es heute nicht um Prominente, sondern um normale Leute – um Auswanderer («Auf und davon»), um den Arbeitsalltag («Jobtausch»), um Wohnsituationen («Wer wohnt wo?») und so fort. Der Ursprung dieser Sendungen liege bei den Nachmittags-Talkshows, die er einst untersucht hat, erklärt Semeria. «Die Privatsender haben gemerkt, dass die Probleme der normalen Leute interessant sind.» Also habe man, als sich die Talkshows totgelaufen hatten, diese Themen auf den Hauptabend übertragen: Erziehung («Supernanny»), Schulden («Raus aus den Schulden»), Nachbarschaftsstreit («Ich kämpfe für Ihr Recht»). Das habe hervorragend funktioniert. «Auch hier waren die Privaten Vorreiter», erklärt er.

In der Schweiz kommen Sendungen mit normalen Leuten besonders gut an: «Man steht hier nicht so auf Prominente wie in Deutschland, das finde ich sehr angenehm.» Deshalb könne ein Nik Hartmann einfach durch die Schweiz wandern, dabei normale Leute treffen und damit Rekordquoten erreichen.

Ein Format, das Semeria besonders gut gefällt, ist «Old People's Home» des britischen Senders Channel 4. Die deutsche Adaption auf Vox läuft unter dem Namen «Wir sind klein und ihr seid alt». In der Sendereihe besuchen Kindergartenkinder über Wochen hinweg ein Altersheim. Ärzte und Psychologen beobachten, wie sich durch die neuen sozialen Kontakte der Gesundheits- und Gemütszustand der Heimbewohner verbessert. «Als Zuschauer kann man bei einem spannenden sozialen Experiment dabei sein.» Das sei «intelligentes Fernsehen», ein Idealbeispiel für eine Sendung, die gleichzeitig unterhaltend und lehrreich sei und eine grosse gesellschaftliche Relevanz habe.

Was ist der nächste grosse Trend in der internationalen Fernsehunterhaltung? Ist ein neues «Dschungelcamp» in den Startlöchern? Oder eine Quizshow, die weltweit Furore machen wird? Semeria zuckt mit den Schultern: «Wenn ich das wüsste, würde ich nicht hier sitzen, sondern mit Lizenzen handeln.» ○

Glänzender Wortteppich

Das Industrieunternehmen ABB ist in tiefgreifendem Umbau, und Konzernchef Ulrich Spiesshofer unternimmt in der Kommunikation alles, um dies als glänzende Leistung darzustellen. Die Aktionäre zeigen sich unbeeindruckt. *Von Beat Gygi*

Müssen Chefs von Industriekonzernen zum Weltfrauentag öffentlich Stellung beziehen? Es scheint so. Ulrich Spiesshofer, ABB-Konzernchef, meldete zu diesem Anlass via Twitter, es sei zentral, für «unseren Erfolg eine Kultur der Diversität und Inklusion aufzubauen, in der individuelle Unterschiede willkommen» seien und alle sich zusammentäten, um gemeinsam Zukunft zu schreiben. Siemens-Konzernchef Joe Kaeser vertwitterte zum Frauentag einen Cartoon, auf dem eine Frau statt eines Blumenbouquets «equal pay», also Lohngleichheit, verlangt, und Kaeser schrieb, es brauche eben mehr als grosse Worte, nämlich handeln. Er verspreche, jedem einzelnen Fall von Lohnungleichheit in seinem Unternehmen nachzugehen, und nächstes Jahr werde man über die Fortschritte in der Geschlechtergleichstellung berichten. Er lobte den Slogan des Weltfrauentags «Balance for Better» – dies sei auch das Ziel von Siemens, man müsse zur Einsicht kommen, dass Männer nicht besser seien als Frauen.

Radikaler Umbau

Mit dem Gebrauch der sogenannten sozialen Medien konzentriert sich die Kommunikation vieler Unternehmen noch mehr als früher auf exponierte Personen, die das Unternehmen verkörpern, nach dem Motto: Der Eindruck vom Chef in der Öffentlichkeit prägt die Reputation des Unternehmens. Die Twitter-Aktionen von ABB und Siemens zum Weltfrauentag bringen jedoch die Frage auf, an wie vielen Fronten ein CEO eigentlich medial kämpfen soll. Spiesshofer und Kaeser gehen mit Gender-Versprechen ja Verpflichtungen ein, die im Internet und im Gedächtnis hängenbleiben. Verschiedenste Interessengruppen können die Manager irgendwann auf ihre getwitterten Aussagen behaften. Je mehr Themen Chefs öffentlich aufgreifen, desto enger kann deshalb ihr künftiger Handlungsspielraum werden.

Spiesshofer wie Kaeser sind unter besonders scharfer Beobachtung der Öffentlichkeit, weil sie beide daran sind, «ihre» Konzerne radikal umzubauen und auf einen neuen Wachstumspfad zu bringen. Die Worte des Chefs werden mit Zielen, Ansprüchen und Taten verglichen. ABB wird neu aufgestellt. Wie kurz vor Weihnachten angekündigt, wird eine von vier Divisionen, das Geschäft mit Stromnetzen, an den japanischen Konzern Hitachi verkauft. Die Abspaltung soll bis Mitte 2020 erledigt sein. Über ein Viertel der Belegschaft und des Umsatzes verlässt den Konzern, im Inland

wechselt fast die Hälfte der rund 6000 ABB-Mitarbeiter in der Schweiz, schwergewichtig in Baden, zu Hitachi.

Die ABB-Führung durchtrennt damit im Prinzip den letzten dicken Wurzelstrang, der sie mit der Schweizer Industrietradition verbunden hat. Seit der Fusion der schweizerischen BBC mit der schwedischen Asea 1987 ist dies der dritte solche Schnitt. 1996 ging das ABB-Bahngeschäft in zwei Schritten über zu Daimler-Benz. 1999 verkaufte ABB das eng mit dem Standort Baden verbundene Kraftwerksgeschäft an den staatsnahen französischen Konkurrenten Alstom, 2015 sodann wurde dieses an den amerikanischen Industrieriesen General Electric weitergegeben, und heute wird

Aussenstehende können schwer beurteilen, wie fit die einzelnen Geschäfte wirklich sind.

es einmal mehr tiefgreifend umgebaut, mit schmerzhaften Folgen für Baden.

Ist die neue ABB der bessere, solidere, rentablere Konzern als der bisherige, der noch die Stromnetzgeschäfte unter seinem Dach hatte? Wenn man Spiesshofer, seit 2005 bei ABB, Deutscher und Schweizer, zuhört, muss man zum Schluss kommen: Ja, die Aufteilung ist die beste Lösung und führt in die beste Zukunft für beide Teile. Als vor Weihnachten der Verkauf an Hitachi angekündigt wurde, legte der CEO auf der Bühne im Saal eines Zürcher Hotels einen mehr als halbstündigen optisch

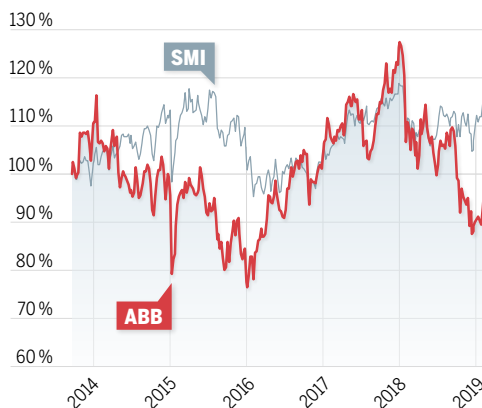
und sprachlich feurigen Auftritt hin, um zu erklären, wie vielversprechend der Umbau sei, der da auf Initiative der Geschäftsleitung eingeleitet worden sei. Mit Produkten und Dienstleistungen zur Elektrifizierung, Automatisierung und Roboterisierung müsse ABB nun in die Zukunft aufbrechen, die grossen Themen seien das Internet der Dinge und die künstliche Intelligenz. Die Sparte Stromnetze dagegen, eher auf Versorgungsunternehmen und öffentliche Auftragsvergabe ausgerichtet, sei bei Hitachi besser aufgehoben.

Spiesshofers Auftritt war gespickt mit Begriffen wie exzellent, einzigartig, fantastisch, spitze, innovativ, faszinierend, begeisternd. Die Energierevolution und die vierte industrielle Revolution würden die Welt umwälzen, und dies in einer noch nie erlebten Geschwindigkeit. Noch breiter rollte er den glänzenden Wortteppich Ende Februar bei der Präsentation der Zahlen zum Geschäftsjahr 2018 vor Medien und Analysten und in jüngster Zeit an Fachmessen aus. ABB habe das überzeugendste Angebot der Industrie, kein anderes Unternehmen auf dem Planeten könne mit Elektrifizierung, Automation, Roboterisierung und Digitalisierung in derartiger Kombination aufwarten. Die neue ABB werde zum Pionier und Technologieführer im Digitalsektor – und dies erst recht mit der soeben angekündigten «game-changing» Partnerschaft mit dem französischen Dassault-Konzern; damit werde man die Wertschöpfungsketten bei den Kunden grundlegend verändern.

Sind solche Auftritte von Konzernchefs überhaupt so wichtig, wenn doch die Zahlen von

Schwache Wertentwicklung

Kurs der ABB-Aktie über fünfeneinhalb Jahre im Vergleich mit dem Index SMI

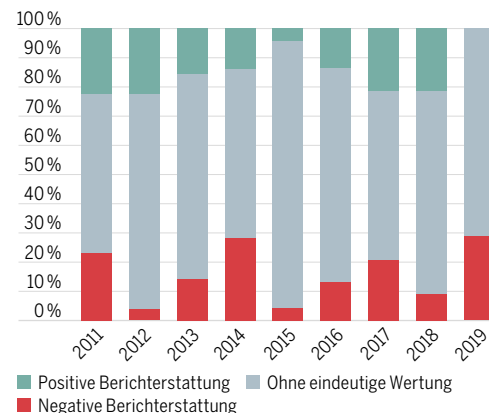


QUELLE: SIX

Warten auf den Aufbruch an der Börse.

Angeschlagenes Image

Tonfall der Berichterstattung über ABB, ermittelt aus 640 Berichten in 47 internationalen Medien



QUELLE: MEDIA TENOR

Zurückhaltende Medienberichte.



«Wir haben heute das einfachste Portfolio der Industrie»: ABB-Konzernchef Spiesshofer.

Rechnung und Bilanz viel aussagen über die Entwicklung des Unternehmens? Bei ABB sind diese Angaben zurzeit eben nicht besonders aufschlussreich, weil nach beschlossener Aufspaltung nun ein längerer Trennungsprozess folgt, eine Zeit, in der das Geschäft der Elektrizitätsnetze von den anderen Teilen wie Elektrifizierung oder Automatisierung in komplizierter

Kleinarbeit zu entflechten ist. Aussenstehende können da schwer beurteilen, wie fit die einzelnen Geschäfte wirklich sind und welches einmalige Sondereinflüsse sind. Marktbeobachter sagen, Spiesshofer habe bis 2020 Aufschub erhalten, bis der harte Test erfolge.

Im Börsenkurs kommen allerdings keine Begeisterung, kein Aufbruch zum Ausdruck.

Pikanterweise ist der Kurs im vergangenen Monat gestiegen, bis zur Vorstellung der 2018er Zahlen Ende Februar, und seither um 8 Prozent gesunken. Auch langfristig gibt die Börse der ABB-Führung keine guten Noten. Die Grafik links zeigt, dass die Notierung heute leicht unter dem Wert beim Antritt Spiesshofers als CEO im September 2013 liegt und dass dagegen eine Investition in einen Korb der grossen Schweizer Konzerne (Swiss Market Index, SMI) in dieser Zeit etwa 20 Prozent Gewinn gebracht hätte.

ABB ist nicht wie Google

Auch in Medien wurde die auf Hochglanz getrimmte Kommunikation der ABB-Spitze zurückhaltend aufgenommen. Seit der Ankündigung des Konzernumbaus im Dezember und der Publikation der 2018er Zahlen Ende Februar zeigt die Berichterstattung über ABB laut dem Institut Media Tenor nur Meldungen mit neutralem und negativem Tonfall, keine positiven, wie die zweite Grafik zeigt – wobei die Datengrundlage für 2019 noch schmal ist. Die in Spiesshofers Amtszeit in Aussicht gestellten Wachstums- und Gewinnziele wurden mehrmals verfehlt, so dass sich ABB trotz konjunkturell günstiger Zeit ziemlich flau entwickelt hat. Der verbale Optimismus von oben gelangte offenbar nicht richtig auf den Boden des Tagesgeschäfts. Klar, Spiesshofers Zeit wurde durch einige schwerverdauliche Firmenzukäufe des Vorgängers Joe Hogan belastet, aber viele hätten mehr erwartet, auch mit Blick auf Innovation. Die 2010 gekaufte Softwarefirma Ventyx etwa brachte wenig, da die Ventyx-Software-Cracks und die ABB-Industrieleute offenbar nicht zusammenpassten. ABB ist nicht wie Google.

Ins Auge stechen zudem Spiesshofers unterschiedliche Aussagen zu unterschiedlichen Zeitpunkten mit Blick auf Strategie oder Konzernstruktur. Dass Unternehmensstrategien immer wieder anzupassen sind, ist normal, aber wenn jedes Stadium mit offensiver Marketingsprache als absolutes Optimum dargestellt wird, denkt das Publikum: «Gestern hat er doch etwas anderes gesagt.» So legte Spiesshofer im April 2018 dar: «Wir haben heute das einfachste Portfolio der Industrie. Wir leiten den Strom vom Kraftwerk zum Stecker, und wir automatisieren die Industrie vom Input bis zum Endprodukt. Kein anderer Konkurrent hat ein derart einfaches Portfolio.» Im Dezember 2018 kam dann der Entscheid für die Abspaltung der Stromnetz-Sparte, wie dies der Grossaktionär Cevian seit langem gefordert hatte – und Spiesshofer pries dies als beste Lösung, als grosse Vereinfachung an, endlich könne man sich von den komplexen Matrixstrukturen der Vergangenheit verabschieden. 2016 hat Spiesshofer in einem Managementbuch den besten je erhaltenen Rat so umschrieben: «Höre zu, analysiere akribisch – und blicke nicht zurück.» ○

Sind wir noch zu retten?

Eine Lehrerin aus Bayern schlägt vor, auf Kinder zu verzichten, um die Umwelt zu schützen. Nein, das ist kein Witz. Dass Massenmedien darüber berichten, schon eher.

Von Erik Ebnetter

Es ist in Zeiten von Klimastreik und #MeToo nicht mehr ganz so einfach, mit Texten über Ökologie und Feminismus aufzufallen. Verena Brunschweiler hat aus der Not eine Tugend gemacht. Sie vermengte beide Themen zu einem öko-feministischen Manifest und schaffte es damit auf die Frontseite von *20 Minuten* und in das «Tagesgespräch» von SRF. Wer das Buch gelesen hat, kann sich nur wundern.

Die These, die Brunschweiler vorträgt, lautet: Menschen müssen auf Nachwuchs möglichst verzichten, um den Planeten zu retten, weil sie heute mehr Ressourcen verschlingen, als die Erde auf Dauer bereitstellen kann. Dieser ökologische Imperativ wird mit feministischem Vokabular unterfüttert: Frauen sollten sich dem «maskulinistischen Omnipotenzwahn» verweigern und die «Kontrolle über ihre Gebärmutter» reklamieren.

Frauenfeindliches Bewusstsein

Brunschweiler, promovierte Germanistin und bayrische Gymnasiallehrerin, wird ihre Worte nicht zufällig wählen. Tatsächlich erörtert sie in der «Ouverture», wie Erwachsene ohne Kinder zu bezeichnen sind. Wer sich Kinder wünsche, aber keine bekommen könne, sei «kinderlos». Wer keine Kinder habe, weil er keine wolle, sei «kinderfrei». Und dass «kinderfreie» Menschen immer noch als «kinderlos» gelten würden, zeige vor allem eines: dass ein «pronatalistisches Dogma» vorherrsche.

Dieser Ehrgeiz, sprachlich ganz genau zu sein, verflüchtigt sich schnell. Was Brunschweiler missfällt, nennt sie bald «patriarchal», bald «reaktionär». Dagegen ist nichts zu sagen, ausser dass es sich dabei nicht gerade um Differenzierungen handelt, wie die Autorin sie von andern gerne einfordert. Da ihr Buch eine Streitschrift sein soll, wird der kämpferische Ton aber niemanden ernsthaft stören.

Was irritiert, sind all die abenteuerlichen Behauptungen, die Brunschweiler auf 150 Seiten unterbringt. Einmal bezeichnet sie die Natur als misogyn, und es wäre interessant zu erfahren, wie man sich eine solche Natur vorstellen muss, die ein frauenfeindliches Bewusstsein entwickelt haben soll. Ein andermal beschreibt sie Kinderfreiheit als evolutionär überlegenen Lebensstil, und es



Abenteuerliche Behauptungen: Autorin Brunschweiler.

scheint sie nicht weiter zu bekümmern, dass eine Anpassungsleistung evolutionär nur als Erfolg gelten kann, wenn sie vererbbar ist.

Mit Details hält sich Brunschweiler nicht auf. «Gefühlt jede Frau zwischen 20 und 50 schiebt einen riesigen Kinderwagen vor sich her», schreibt sie, und «gefühl» trifft es gar nicht

Manche sind für sie schlicht «moderne Nazis im Schafspelz der Vaterfigur».

schlecht, wenn man bedenkt, dass in Deutschland mehr Menschen sterben als geboren werden. Die Fertilitätsrate ist zwar so hoch wie seit 1972 nicht mehr, aber von «Geburtenrekorden», wie Brunschweiler sie zu beobachten glaubt, dürfte trotzdem niemand reden, der sich auch nur fünf Minuten in die Statistik vertieft hat.

Nimmt man die BRD und die DDR zusammen, kamen 1968 in Deutschland weit über eine Million Babys zur Welt. Ein halbes Jahrhundert

später liegt dieser Wert rund ein Drittel tiefer, obschon die Bevölkerung um fast 10 Prozent gewachsen ist. Dieser Anstieg erfolgte durch Zuwanderung, was Brunschweiler begrüssen müsste, immerhin scheint sie ihren deutschen Landsleuten nicht recht zu trauen. Manche sind für sie schlicht «moderne Nazis im Schafspelz der Vaterfigur».

Fast schon tröstend

So liesse sich fortfahren. Einmal schreibt Brunschweiler über die «in den 70er Jahren entstandene Partei mit dem Namen «No Kidding», zu deren Vertretern auch Mahatma Gandhi gehörte». Ihre Schüler an den strengen bayrischen Gymnasien werden sorgfältiger arbeiten müssen: Gandhi starb schon 1948.

Oder an anderer Stelle: «Die Familie ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts, die nur dazu dient, Frauen ins Korsett zu zwängen und ihnen Schuldgefühle zu machen. Das ist eine Form von Versklavung.» Ohne näher auf römisches Recht oder Hausordnungen im Mittelalter eingehen zu wollen: Das ist so falsch, dass nicht einmal das Gegenteil richtig ist.

Natürlich sind diese Einwände spitzfindig, natürlich ist diese Kritik unfair. Aber sie folgt der Methode, die Brunschweiler vorführt: alles auszublenden,

was nicht in die eigene These passt. Es ist richtig, dass die Menschheit «ohnehin über kurz oder lang aussterben» wird, wie sie fast schon tröstend anmerkt, um ihrer Forderung nach Kinderverzicht den Schrecken zu nehmen. Nur lässt sie unerwähnt, dass die expandierende Sonne die Erde, wie sie heute existiert, zerstören wird, und zwar unabhängig davon, wie deren Bewohner sich verhalten.

Was ist von der Botschaft zu halten: Sollten sich Menschen möglichst nicht mehr fortpflanzen, um den Planeten zu retten? So zeitgeistig das klingt, entspricht es doch einem uralten Motiv: Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Neu ist höchstens, dass es reicht, daraus ein Manifest mit der heissen Nadel zu stricken, um von SRF eine halbe Stunde lang befragt zu werden. Wir werden es überleben.

Verena Brunschweiler: Kinderfrei statt kinderlos. Ein Manifest. Böhner. 150 S., Fr. 25.90



Nur mit Menschen möglich

Heftige Vorwürfe gegen den WWF. Die Naturschutzorganisation mit dem flauschigen Panda im Logo unterstütze seit Jahren Ranger, die verdächtige Wilderer systematisch gefoltert und teils ermordet hätten. Ist der Ruf nun ruiniert? Wie geht es weiter? Der Geschäftsführer von WWF Schweiz, *Thomas Vellacott*, nimmt Stellung.

Letzte Woche publizierte die Nachrichtenseite *Buzzfeed* eine Serie von Artikeln, in denen schwere Vorwürfe gegen den WWF vorgebracht werden. Der WWF wird darin beschuldigt, in Afrika und Asien mit von der Regierung angestellten Park-Rangern zusammengearbeitet zu haben, denen bei der Bekämpfung der Wilderei massive Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden.

Über diese Vorwürfe sind wir zutiefst bestürzt. Wie ich unterstützen viele Freiwillige und Mitarbeitende den WWF seit der Kindheit, und wir identifizieren uns entsprechend stark mit den Zielen des WWF. Unsere Bestürzung ist umso grösser, als es bei den vorliegenden Anschuldigungen um ein Kernanliegen des WWF geht. Die Mission des WWF lautet, die weltweite Zerstörung der Umwelt zu stoppen und eine Zukunft zu gestalten, in der Mensch und Natur in Harmonie miteinander leben. Menschen und Natur stehen im Zentrum der Arbeit des WWF.

In der Umsetzung bedeutet dies, gemeinsam mit der lokalen Bevölkerung die Natur zu schützen und damit auch die Lebensgrundlage der Menschen vor Ort zu erhalten.

Je ärmer die Menschen sind, umso unmittelbarer leiden sie oft unter der Zerstörung der Natur.

Menschen überall auf der Welt sind auf funktionierende Ökosysteme angewiesen. Je ärmer die Menschen sind, umso unmittelbarer leiden sie oft unter der Zerstörung der Natur. So ist für Menschen, die ihr Trinkwasser ungeklärt aus einem Fluss entnehmen, die Verschmutzung dieses Flusses lebensbedrohend. Die Natur ist aber auch Grundlage, um Einkommen zu generieren. Viele Projekte des WWF sind darauf ausgerichtet, mittels nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen Ökosysteme zu erhalten und gleichzeitig für die lokale Bevölkerung zusätzliche Einkommensquellen, beispielsweise in der Fischerei, zu erschliessen.

Der WWF ist weltweit in über hundert Ländern tätig. Wir sind an schwierigen und gefährlichen Orten auf der ganzen Welt im Einsatz. Die Arbeit in solchen Regionen stellt

uns vor besonders grosse Herausforderungen. Die Folgen, wenn wir uns aus diesen Krisenregionen zurückziehen würden, wären nicht nur für die Natur verheerend, sondern insbesondere für die Menschen vor Ort und die lokalen Gemeinschaften, mit denen wir eng zusammenarbeiten und deren Überleben und Wohl vom Erhalt ihrer Heimat abhängt.

Externe Untersuchung

Der WWF hat Richtlinien und Kontrollmechanismen, um zu gewährleisten, dass wir und unsere Partner die Rechte und das Wohlergehen der lokalen Bevölkerung in unseren Projektgebieten sicherstellen. Der WWF war 1996 eine der ersten Natur- und Umweltschutzorganisationen, die Standards definierten, um sicherzustellen, dass die Rechte indigener Völker respektiert werden. 2009 gehörte der WWF zu den Gründern der Conservation Initiative on Human Rights, im gleichen Jahr kamen Richtlinien zu Naturschutz und Armutsbekämpfung hinzu. Ein Complaints Resolution Process definiert den Umgang mit Vorwürfen von Verletzungen der eigenen Standards. Diese Richtlinien

gelten global und sind nicht verhandelbar. Niemand darf im Kampf gegen Naturzerstörung und Wilderei selbst zum Täter werden.

Um die Vorwürfe von *Buzzfeed* zu untersuchen, hat der WWF ein internationales Krisenteam eingerichtet und eine umfassende ex-

Wir sind an schwierigen und gefährlichen Orten auf der ganzen Welt im Einsatz.

terne Untersuchung eingeleitet. *Buzzfeed* wurde gebeten, Informationen und Beweise zur Verfügung zu stellen, um eine Überprüfung möglichst schnell abschliessen zu können. Die externe Untersuchung soll die geschilderten Fälle analysieren. Sollten sich die Vorwürfe bewahrheiten und sollte sich herausstellen, dass die Richtlinien und Kontrollmechanismen versagt haben, wird dies Konsequenzen haben. Die Einhaltung der Menschenrechte durch uns und unsere Partner ist die Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung, egal, wo auf der Welt.



Grosse Herausforderungen: Umsiedlung eines Nashorns im Kruger-Nationalpark, Südafrika.

Vampire, Bären, Ikonen

Ist die EU reif genug für die Ratspräsidentschaft Rumäniens?

Reportage aus einem wilden, schönen und absurden Land am Rande Europas. Teil 1.

Von Matthias Matussek

Dass Ordnung und Chaos zu den Grundkonstanten des Lebens gehören, wissen wir nicht erst seit Jordan Petersons Bestseller «12 Rules for Life». Wir lieben die Ordnung und hassen das Chaos, wobei wir wissen, dass aus dem Chaos das Neue, die kreative Lösung erwachsen können – wenn wir Glück haben.

So kann es zunächst nichts Beruhigenderes geben auf dem schneeharschigen Weg in die mittelalterliche und imperiale Altstadt Bukarests als jene bronzene etruskische Wölfin, an deren Zitzen sich Romulus und Remus nähren, hoch auf weissem Marmorsockel, ein Geschenk der italienischen Regierung, das die Rumänen daran erinnert, dass sie einst, als sie noch die Daker waren, zum römischen Imperium gehörten, zur Wiege der Zivilisation. Ja, es sicherte deren Ostflanke ab, sicherte die imperiale Weltordnung.

Heute bilden die rumänischen Spätrömer eher die Ostflanke einer sich auflösenden EU, und sie fühlen sich auch so. Randständig. Dabei haben sie seit Anfang des Jahres die Ratspräsidentschaft der EU übernommen, obwohl sie, wie EU-Chef Juncker verkündete, «noch längst nicht reif dafür sind». Die Korruption, die Demokratieschwäche! Und das aus dem Munde des öfter mal torkelnden, skandalumwitterten Ex-Präsidenten einer kleinen Steueroase.

Aber sie sind nun mal dran, turnusmässig, ja eigentlich sind sie schon halb durch mit ihrer Ratspräsidentschaft, so wichtig scheint sie nicht zu sein, und für nicht wenige Rumänen stellt sich die Frage umgekehrt: «Ist die EU überhaupt reif für uns?»

Knapp dreissig Jahre nach dem blutigen Umsturz des stalinistischen Ceausescu-Regimes und zwölf nach dem Beitritt in jenen Nationen-Verein, der sich gerne als geschlossenes wirtschaftliches und wehrhaftes Imperium neben den USA, Russland und China etablieren möchte, aber natürlich gendergerecht, immigrationsfreundlich und pazifistisch, ist Europas Armenhaus tief gespalten.

Kleiner Auflauf schon am Flughafen, Kameron wegen des siegreichen rumänischen Fed-Cup-Teams, das die Tschechinnen im Tennis besiegt hat. Das Rumänien der Gewinner.

Der Koch und die Revolution

Tatsächlich haben wir es in den folgenden Tagen mit vielen Rumänen zu tun. Eines liegt in der Altstädter Sepcari, der Hutmacher-Strasse, es heisst «Lacrimi si Sfinti», «Tränen und Heilige», und zwar, wie mir mein Dolmet-

scher und Lotse Mihai Radescu steckt, weil man das Restaurant mit reinem Herzen als Heiliger betritt und vor Wut zu weinen beginnt, wenn die Rechnung kommt. Betrieben wird es von einer Revolutions-Ikone, einem Poeten und Koch und – mit seinen Sendungen über Politik und Küche – einer TV-Berühmtheit, Mircea Dinescu. Mister Rumänien *himself*. Stämmiger, unersetzter Kerl, in Folklore-Rekluft, Weste, roter Schal überm weissen Rüschenhemd, grau und gewichtig. Dinescu verkörpert rumänische Scholle, er backt sein eigenes Brot und besitzt ein Weingut. Das Kochen auf Holzkohle hat ihm sein Grossvater auf dem Land beigebracht.

Poesie und Kochen, das geht zusammen, aber Politik? Dinescu lacht. «Alles ist politisch in Rumänien.» Dann erzählt er, wie alles begann im neuen Rumänien. Wie er unfreiwillig zum Helden wurde in jenen Dezembertagen 1989. Er stand als bekannter poetischer Dissident unter Hausarrest. Plötzlich waren die Securitate-Aufpasser vor der Tür verschwunden. Und da in Temeswar erste Aufstände gegen Ceausescu begonnen hatten und Teile der Armee desertiert waren, worüber Radio Free Europe berichtete, wusste Dinescu, dass die Tage des Regimes gezählt waren.

Rebellierende Soldaten erschienen vor seinem Häuschen, sie zogen ihm eine Uniform an und setzten ihn auf einen Panzer – schliesslich galt er mit seinen Gedichten als Galionsfigur des Widerstands. «Ich hatte Mordsschiss, dass ich da runterfalle.» Die Aufständischen zogen zum staatlichen Fernsehen und stürmten es. Und so standen rund dreissig struppige Kerle in Studio 4, wo die Nachrichten verlesen wurden. Irgendeiner meinte, Dinescu, der Poet, solle ein Manifest verfassen. Pathos! «Das geht nicht so auf Anhieb.» – «Dann tu wenigstens so!» Also setzte sich Dinescu hin, schrieb irgendwas auf, surreales Zeug in verworrener Zeit.

Er lacht und kriegt sich kaum ein und spielt die historische Aufnahme auf Youtube vor, Kerle mit entschlossenen Mienen und Dinescu

im Pullover in der Mitte, der der Nation mit erhobener Faust verkündet, dass Ceausescu gestürzt ist. Was für ein Beginn! In den folgenden Jahren war Dinescu Präsident des Schriftstellerverbandes, später eröffnete er sein Restaurant. Immer wieder muss er aufstehen, um sich mit Restaurantbesuchern für Fotos zur Verfügung zu stellen. Ob als Revolutionär, als Poet, als Koch oder TV-Celebrity, das weiss er selber nicht.



Galionsfigur: Poet Dinescu.

Besuch in der Küche, Fleisch in allen Variationen, Lamm, Schwein, Hühnerherzen, und Sarmale, diese teuflisch guten, in Kraut gewickelten und weingedünsteten Reis-Rind-Bällchen. Wenn eine Pfanne bewegt wird, schiessen hohe Flammen auf in dieser Hexenküche. «Wir waren der erste Caterer-Betrieb der EU», sagt Dinescu. «Wir haben die Türken bei ihrer Belagerung vor Wien mit Getreide und Reis beliefert.» «Zweifelhafter EU-Beitrag», werfe ich ein, «die Türkei ist immer noch nicht dabei.»

Nun, Rumänien stand unter osmanischer Herrschaft, jahrhundertlang –

was sollten sie tun? Immer wieder heldenhafter Widerstand dagegen, besonders unter dem tapferen König Mihai, der Siebenbürgen, die Walachei und Moldawien vereinigte. Mittlerweile sind die Beziehungen zum Islam gründlich abgebrochen; als einige syrische Flüchtlinge tatsächlich den Grenzübergang geschafft hatten, weinten sie vor laufender Kamera, als sie hörten, dass sie in Rumänien gelandet waren. Im Armenhaus. Mit magerster Sozialhilfe. Dazu zu 90 Prozent christlich-orthodox. Gegen den Bau einer Moschee in Bukarest demonstrierten Tausende mit Kreuzen.

Armut als Bollwerk

An Merkels europäischen Verteilungsträumen hat sich Rumänien nicht beteiligt. Allerdings hat es, als Nichtmitglied des Schengen-Raums, die eigenen Grenzen verteidigt und beteiligt sich mit dem nach Deutschland zweitstärksten Kontingent an Frontex, wie Präsident Klaus Johannis immer wieder betont, um die



Stimmen von Verstorbenen mitgezählt: beim Strassenfest zur Aburteilung von Liviu Dragnea, Bukarest, Juni 2018.



Autor Matussek (l.) mit Tennislegende Nastase.



Furchtlos: Juristin Kövesi.



Matussek (l.), Dolmetscher Radu.

EU-Aussengrenzen zu sichern. Wie damals die des römischen Imperiums. «Aber in erster Linie ist die Armut unser Bollwerk», sagt Dinescu, «und gleichzeitig unser Drama – in den letzten Jahrzehnten, besonders seit dem EU-Beitritt, haben 4,5 Millionen Rumänen das Land verlassen, darunter viele, die wir wirklich brauchen könnten.» Nicht nur Erntehelfer für Dinescus Weinberg, sondern Ärzte, Ingenieure, IT-Techniker, vor allem die Jungen. In der Uno-Statistik liegt der rumänische Aderlass knapp hinter jenem von Syrien.

«Merkel hat das raffiniert gemacht mit der Grenzöffnung, hat sich die Facharbeiter ins Land geholt», meint Dinescu. «Schön wär's, die meisten sind Analphabeten.» Er überhört das,

er ist Merkel-Fan. Im Restaurant unterhält ein Roma-Trio die Gäste, der mit der Ziehharmonika heisst «Fundament», und zusammen mit den beiden anderen, Geiger und Gitarrist, nennen sie sich die «Drei Holzkohlen».

Draussen zur Zigarettenpause. Am Bretterzaun gegenüber ein Plakat mit einer Strassenszene aus dem Paris des 19. Jahrhunderts, tatsächlich ein wenig Montmartre dieses Viertel. Zwei Bundeswehrsoldaten, erregt debattierend, Frau und Mann im Hauptmannsrang, beide abkommandiert zu einem Nato-Manöver in Cincu in Transsilvanien. «Aber was wollt ihr denn beisteuern?», frage ich sie. «Kita-Pläne?» Die beiden lachen gequält. Sie liefern einen Container. Aber sie kennen solche Witze

zur Genüge: Ursula von der Leyen «Bundes-Uschi», die wegen undurchsichtiger Beraterverträge derzeit schwer unter Beschuss steht, wohlgemerkt eine deutsche und keine rumänische Politikerin, sie ist nicht populär unter Soldaten.

Wieder drinnen die Frage an Dinescu: Hätte er sich träumen lassen, dass er mal mit Nato-Soldaten im eigenen Restaurant anstösst? Dinescu legt sein Gesicht in vergnügte Falten. Er liebt sein Rumänien, er liebt es ostentativer als Nobelpreisträgerin Herta Müller. «Die hasst es.» Nun, sie war Opfer. «Aber warum hat sie sich nicht entschiedener vor ihren Co-Autor Oskar Pastior gestellt, als seine Tätigkeit als Securitate-Informant aufflog, schliesslich hat

sie mit seiner Geschichte in der «Atemschaukel» den Nobelpreis geholt.»

Pastior war jung, war erpressbar wegen seiner Homosexualität, konnte sich doch auch nicht helfen, wie viele. Herta Müller beschrieb das Schicksal des jungen Leopold aus Siebenbürgen und seinen «Hungerengel», als die Sowjets Hunderttausende deutschstämmige Rumänen mordeten oder in sibirische Lager verfrachteten. Den Verwicklungen in den berüchtigten rumänischen Geheimdienst Securitate entging kaum einer. Auch Werner Söllner nicht, der deutsche Übersetzer Dinescu, der ständig heiratete, weil seine Frauen immer starben, mit den überraschendsten Todesarten, wie Dinescu mit schwarzem Humor und prustendem Vergnügen zum Besten gibt.

Die Lage in Rumänien? Kampf bis aufs Messer, ein Politdschungel, dessen Rufe bis nach Brüssel dringen. Hilferufe. Und Brüssel greift ein, auf seine Weise. Dinescu Kurzfassung: Liviu Dragnea, der Chef der regierenden Sozialdemokraten, ist korrupt bis ins Mark, ein Bandit mit weitausgreifenden Netzwerken, der 2012 mit einem Referendum gegen den amtierenden konservativen (und extrem unbeliebten) Präsidenten Traian Basescu dafür sorgte, dass Stimmen von Verstorbenen oder von Soldaten im Afghanistan-Einsatz und anderen mitgezählt wurden.

Parteisoldat Victor Ponta gewann. Und trennte sich von der regierenden Sozialdemokratischen Partei (PSD). Teilweise liefen zwei rumänische Spitzenpolitiker über die europäische Bühne, die beide behaupteten, fürs Land zu sprechen. Liviu Dragnea ist wegen Amtsmissbrauch und Wahlfälschung zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt und derzeit in Berufung.

Moment, neuer Wein, ein süffiger Chardonnay aus Dinescus Weinberg, und jetzt passt es, dass die «Drei Holzkohlen» an unserm Tisch unversehens das Titelthema aus dem «Paten» anstimmen. Ich schwöre: kein Relotius.

Eine neue Revolution wäre nötig

Um überhaupt für die Wahl im Herbst kandidieren zu können, muss Dragneas Verurteilung vom Tisch. Deshalb heckte er mit seinen aus den alten Bonzen bestehenden Sozialdemokraten ein Amnestiegesetz aus. Es wurde am Parlament vorbei verabschiedet. Wir sind jetzt im «Paten», zweiter Teil, Mafioso Michael Corleone ist längst Politiker und versucht, die demokratischen Regeln für sich zu nutzen, wie die meisten ehemaligen Apparatschiks.

Gegen Dragneas Justizboykott gingen vor zwei Jahren an die 300 000 Menschen auf die Strasse. Der Vorstoss wurde auf Eis gelegt. Doch nun drängt die Zeit, die Herbstwahlen nähern sich. Dinescu weiter: Die Ministerpräsidentin von Dragneas Gnaden, Viorica Dancila, sei dumm wie Brot, sie sei nicht mehr als eine Marionette. Dragneas Gegenspieler ist der deutschstämmige Präsident Klaus Iohannis, die Geige

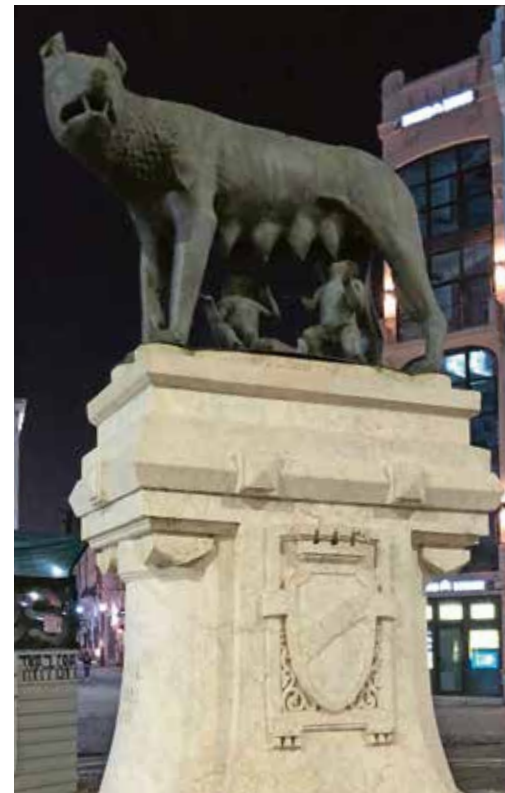
seufzt erneut, die Ziehharmonika fällt ein. Nach der Revolution war Iohannis Chef der Partei «Demokratisches Forum der Deutschen in Rumänien», die dieser Tage von Dragneas Leuten als Nazi-Nachfolgepartei diffamiert wird. Doch als Deutschstämmigem, dessen Familie seit 800 Jahren hier wurzelt, als tüchtigem Reform-Bürgermeister von Hermannstadt und später als Präsidenten des ganzen Landes flogen

Syrische Flüchtlinge weinten, als sie hörten, dass sie in Rumänien gelandet waren.

ihm die Herzen zu, trotz eines nur noch minimalen deutschen Bevölkerungsanteils. Er ist beliebt, weil er erstens nicht Dragnea heißt und zweitens als «Deutscher» mit besten Kontakten zu EU und ausländischen Investoren für Kompetenz und Ordnung steht.

«Hm», wirft Dinescu ein, «komisch, dass es überhaupt keine Securitate-Unterlagen über ihn gibt. Keine einzige!» Keiner kann es Dinescu recht machen. Iohannis wird in den bevorstehenden Europawahlen für die Christdemokraten der Europäischen Volkspartei (EVP) mobilisieren. Er gibt kein Interview; «nicht schade», meint Dinescu, «weil er nie wirklich irgendwas sagt». Dann wäre da noch Codruta Kövesi, offenbar der Darling der Massen, ehemalige Basketballspielerin, robust und hochaufgeschossen. Furchtlos und nicht ohne Pathos hat die für den Posten der EU-Generalstaatsanwältin kandidierende und mittlerweile in der Heimat von der PSD-Parlamentsmehrheit entlassene Chefin der Antikorruptionsbehörde durchgegriffen, hat gegen 1250 Personen Anklage erhoben, hat für einen Ministerpräsidenten, fünf Minister und gut zwei Dutzend Abgeordnete Untersuchungshaft angeordnet und sie teilweise vor laufenden TV-Kameras abführen lassen.

Auch ihr misstraut Dinescu. Sein Fazit: Mehr oder weniger korrupt sind sie alle, all die Kämpfe nur Spektakel. Tatsächlich besteht die Anklage gegen Dragnea zusätzlich in Nepotismus; er hat zwei Parteisoldaten Scheinbeschäftigungen verschafft. Nichts, was die CSU in Bayern nicht auch gemacht hätte. Gut, dann wäre da noch die Wahlfälschung. Dumme Sache. Allerdings Tradition, schon bei der letzten Europawahl ging es krumm zu. Dagegen mahnt die EU ordentliche Verhältnisse an. Die EU? Dinescu schüttelt den Kopf. Sie sei dominiert von Deutschen und Franzosen, es seien ihre Regeln, als ob Deutschland keine Korruption kennen würde, Stichwort manipulierte Abgaswerte, und die Franzosen gingen in gelben Westen auf die Strasse, in Spanien und Italien sei die EU alles andere als beliebt. Und die Briten sind ganz raus, obwohl sie gerade ein neues



Wiege der Zivilisation: etruskische Wölfin.



Aus dem Spukschloss: Ex-Diktator Ceausescu.

Referendum überlegen, nicht sehr einladend, das europäische Haus im Moment. Wo soll ein rumänischer Ratspräsident da eingreifen?

Eine Weile, kurz nach dem EU-Beitritt, erzählt Dinescu, hatten die Rumänen den Eindruck, sie spielten in Europa mit, doch dann wurde das Klavier weitergetragen, und das Klavier spielte von allein weiter, dröhnendes Geräusche, wie in diesem surrealen Kinofilm nach Motiven des «Platonow» von Tschechow.

Und Merkel? Ach ja. Sie war bisher dreimal in Ungarn, kein einziges Mal in Rumänien; aber was für ein schöner, absurder Abend! Trinken, lachen, Selfies, singen mit den «Holzkohlen», wir liegen uns in den Armen, Dinescu wird rührselig, irgendwann werde im Land, dieser unübersichtlichen Küche, das Wasser überkochen, eine neue Revolution wäre nötig, um das korrupte Pack loszuwerden.



Imperial: Stadtmuseum in Bukarest.



Kompetenz und Ordnung: Präsident Johannis.

Ceausescu gilt heute mit 70 Prozent Zustimmung wieder als grosser Staatsmann im Volk. «Unter Ceausescu waren wir das Treibhaus für die Sowjetunion, für die DDR», aber heute gebe es in den Supermärkten Tomaten aus Holland und Kartoffeln aus Spanien. Was ist hier los? Selbst die Revolutions-Ikone scheint den alten Zeiten nachzutruern. Schliesslich Austausch von Büchern, ich widme meines dem «nächsten Präsidenten Rumäniens», bekannt genug ist er, Dinescu ist sichtbar geschmeichelt, er revanchiert sich mit seinem letzten Poesieband. Er trägt den Titel «Liebesperlen auf dem Gebäck für Tote», Textzeile: «[. . .] Gefangen in einer schmutzigen Welt, träume ich wie ein Soldat, der auf seiner Waffe schläft [. . .]» Alter Kämpfer, das Pulver verschossen, nie wieder Politik.

Aber auch diese surrealen Zeilen: «Der Brautkranz schmückt kein Haar mehr, und die Toch-



Politschungel: Politiker Dragnea.

ter des fetten Priesters hängt im Quittenbaum ... der Postmann in seiner Einsamkeit schreibt dreihundert Briefe, und in den Löffeln ist nichts als der Geschmack von Zinn.» Wer soll mir dieses verwunschene Rumänien erklären?

Das Rumänien der Professoren

Mein Dolmetscher und Lotse Mihai Radu ahnt kongenial, wen ich sprechen muss in diesem Dschungel. Zum Beispiel diesen knapp achtzigjährigen Ökonomen in seiner abgewohnten Villa, einst unter Ceausescu Wirtschaftsjournalist, deshalb in der Übergangszeit zum Kapitalismus ein paar Monate lang Wirtschaftsminister. Das Wichtigste war wohl, dass er nicht im Weg stand, als die neuen Pfründen verteilt wurden. Er rechnet mir in seiner Rentnerwohnung, Braun in Braun, erleuchtet von einem gelben Lampenschirm, Muscheln und Krimskrams auf

dem Couchtisch, gesammelt in einem langen Leben, abgestossene Lederbände in den Regalen, insgesamt ein Geschlagener in Pantoffeln, vergessen in der Zeit, er rechnet müde vor, dass Rumänien am Ende ist. Rund achtzig Prozent des in Rumänien erwirtschafteten Bruttosozialprodukts fliesst ins Ausland ab. «Die Lage ist hoffnungslos, wir sind Geiseln der Konzerne.» Von der EU erwartet er nichts. Und von den irrationalen deutschen, die EU sprengenden Alleingängen, mal humanitär, meist ultrageschäftstüchtig wie jetzt mit der Nord-Stream-Leitung, erst recht nichts. Wenn er über Deutschland spricht, klingt er wie ein Refrain auf den Kommentar der *Welt* vom 14. Februar: «Über die Jahre sind die Sorgen der Verbündeten immer grösser geworden, dass sich Deutschland kaum für irgendwas anderes einsetzt als für sein ureigenes Interesse.»

Da ist auf der anderen Seite der Stadt der junge, progressive Chef der politischen Fakultät im obersten Stockwerk, pro EU, ein Merkel-Fan. Sein Fenster gibt den Blick auf den monumentalen Ceausescu-Palast frei und die orthodoxe Kathedrale daneben, noch im Bau, sie soll einst Ceausescus gigantomanisches Spukschloss übertrumpfen.

Die Religion! «Die Evangelikalen holen auf.» Gemeinsam mit ihnen und mit den Orthodoxen hat die PSD ein Plebiszit zum Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen auf den Weg gebracht, das mangels Wahlbeteiligung gescheitert ist. Aber der Versuch zeige, dass die PSD nach den

Dinescu Fazit: Mehr oder weniger korrupt sind sie alle, all die Kämpfe nur Spektakel.

Stimmen der Konservativen schiele, der Landbevölkerung, die Wert auf Tradition legt. Cristian Parvulescu nennt die Schwachpunkte: Rumänien empfinde sich als Sklave Europas, antieuropäische Vorurteile sind weit verbreitet, die Menschen auf dem flachen Land sind ungebildet, Abgeordnete sind ohne jede Verantwortung, Korruption regiert den Alltag. Es ist ratsam, beim Arztbesuch einen Briefumschlag mit Geld auf den Tisch zu legen, auch Tutoren, die wichtig fürs akademische Weiterkommen seien, sind dankbar für Aufmerksamkeiten. Alles wie in alten Zeiten.

Immerhin: An seiner Uni wurde eine neue Partei gegründet, «Demos», eine linke Studentensache, so was wie Podemos in Spanien; grosse Hoffnung sieht anders aus. An diesem Tag sollte sich die mutige Codruta Kövesi in Brüssel als Kandidatin für den Posten der Generalstaatsanwältin der EU vorstellen, doch die regierende PSD lädt sie gleichzeitig zu einer absurden Anhörung vor den eigenen Ausschuss gegen Korruption. Vierzehn Anklagepunkte, von Amtsmissbrauch zu Postenschacher. Rumänische Politik. ○



Inside Washington

Grenz-Alarm!

Plötzlich erkennt die US-Presse den Notstand an der Südgrenze des Landes.

Schier unglaublich! Die *New York Times* scheint ihren Erzfeind Präsident Trump rehabilitiert zu haben. Das Leitblatt der Demokraten berichtet, dass die Entwicklung an der Südgrenze der USA einen «Wendepunkt» erreicht habe: «Die Zahl von Einwandererfamilien, die über die südwestliche Grenze ins Land strömen, hat wieder einmal einen Rekord erreicht. Die illegalen Grenzübertreter verdoppelten sich innerhalb von einem Jahr.» Man könne sogar von einer «Krise» sprechen. Senator Lindsey Graham aus South Carolina, Sprecher der Justizkommission und neuerdings eifriger Trump-Unterstützer, warnte vergangene Woche mit seinem unverkennbaren Südstaatenakzent: «Das ist keine Ente, das ist keine erfundene Krise und keine Falschmeldung des TV. Das ist real und ernsthaft – eine Bedrohung.»

Kevin McAleenan, Beauftragter für Zoll- und Grenzschutz, berichtet: «Erstmals seit Daten erhoben werden, sind mehr als die Hälfte derer, die die Grenze überschreiten, ganze Familien.» Die Zahl illegaler Einwanderer, die um Asyl ersuchten, habe sich zwischen 2017 und 2018 verdoppelt. Kirstjen Nielsen verweist als Verantwortliche für die innere Sicherheit ebenfalls auf unerfreuliche Statistiken. Die Grenzschützer konstatierten im Februar einen Anstieg von 30 Prozent bei den Verhaftungen von illegal Eingewanderten – ein Spitzenwert. Die Behörden verhafteten oder stoppten 76 000 illegal Eingewanderte. NBC berichtet, die Zahl der illegalen Grenzübertreter habe im Februar den Rekordwert der letzten zwölf Jahre erreicht. Vizepräsident Mike Pence zitierte in einem Tweet die «Todfeindin» und «Hort der Fake News», die *Washington Post*: «Die Einwanderung von Familien, ohnehin auf einem Höchststand, hat im Februar einen neuen Rekord erreicht.»

Bleibt die Frage: Kriegt Trump seine Mauer für 5,7 Milliarden Dollar? Stemmt der Kongress die Kosten dafür? *Amy Holmes*



Ganz nach Macrons Strategie: Chefunterhändler Barnier.

Revanche der Schlafmütze

Als Michel Barnier Brexit-Verhandlungsführer der EU wurde, war sein Auftrag klar: Der Austritt muss für die Abtrünnigen eine Strafe und ein abschreckendes Beispiel für alle anderen sein. Barnier liefert. Und hat nun Lust auf mehr. *Von Jürg Altwegg*

Seit 45 Jahren macht Michel Barnier, 68, in Frankreich und Europa Politik, mit 27 Jahren wurde der Gaullist aus Savoyen zum jüngsten Abgeordneten gewählt. Zusammen mit Jean-Claude Killy, der aus der gleichen Region stammt, holte er die Olympischen Winterspiele nach Albertville. Sehr zum Ärger von Jacques Chirac, der damals noch Stadtpräsident von Paris war und keine Sommerolympiade bekam. Als Premierminister verweigerte der rachsüchtige Chirac dem aufstrebenden Politstar den Einzug in die Regierung. Zwar wurde Barnier später doch noch Umwelt-, Landwirtschafts- und ein Jahr lang Außenminister. Doch er blieb stets in der zweiten Reihe – auch weil er bei Präsidentschaftswahlen immer auf das falsche Pferd setzte.

Parteifreunde verhöhnen den biedereren Barnier aus den Bergen als «Schlafmütze». Seine letzte Demütigung in Paris geht auf 2015 zurück: Bei den Lokalwahlen verweigerten ihm die Republikaner den Spitzenplatz in seiner Heimatregion. Sie hatten ihn zuvor schon unter Sarkozy nach Brüssel entsorgt, wo Barnier um die Jahrtausendwende – in Paris war Chirac Präsident geworden – schon einmal eine Ehrenrunde gedreht hatte.

Seine europäische Karriere schien 2014 Geschichte zu sein. Vergeblich hatte sich der fran-

zösische Kommissar bei der Wahl ins Europa-Parlament um die Spitzenkandidatur der konservativen Europäischen Volkspartei beworben. Dass ihm Jean-Claude Juncker vorgezogen wurde, empfand Barnier als Dolchstoß in den Rücken. Er kehrte nach Paris zurück und sass im Conseil d'Etat, dem von Napoleon gegründeten Verfassungsrat, den die Regierung beim Erlass neuer Gesetze konsultieren muss und in dem politische Karrieren enden.

«So brutal» wie möglich

Um seine Erlösung war ausgerechnet der neue EU-Kommissions-Präsident besorgt: Jean-Claude Juncker ernannte seinen unterlegenen Rivalen zum Berater für Sicherheitsfragen. Auf dem Rückflug von einer Nato-Tagung in Warschau betraute Juncker den Franzosen mit den Brexit-Verhandlungen. Der Auftrag ist klar: Für Juncker muss der Brexit eine Strafe für die «Deserteure» und ein abschreckendes Beispiel für alle anderen sein, es geht um das Überleben der EU. «Meine Mission wird ein Erfolg sein», soll Michel Barnier kurz nach seiner Ernennung zu Freunden gesagt haben, «wenn am Schluss die Bedingungen des Deals für die Briten so brutal sind, dass sie es vorziehen werden, in der Europäischen Union zu verbleiben».



machen. Die Partitur der EU aber hat «Monsieur Brexit» hervorragend gespielt. Ohne zu improvisieren. Unermüdlich reiste er mit seiner Task-Force, dem «Team Artikel 50», durch Europa und informierte Parlamente wie Regierungen. Selbstverständlich gab es Meinungsunterschiede und Konflikte, von denen indes kaum je etwas in die Medien gelangte.

Es ist Junckers Chefunterhändler über all die Monate hinweg gelungen, eine gemeinsame Front der 27 verbleibenden EU-Staaten

Gegenüber den abtrünnigen Briten demonstrieren die Europäer mehr Einigkeit als gegenüber Putin.

aufrechtzuerhalten. Gegenüber den abtrünnigen Briten demonstrieren die Europäer mehr Einigkeit als gegenüber Putin oder Trump. Selbst Marine Le Pens Rassemblement national und andere populistische Parteien wollen inzwischen in der EU bleiben und den Euro behalten. Barniers Brexit-Verhandlungen sind eine Meisterleistung in der besten Tradition der französischen Diplomatie.

«Mann des Jahres»

Um sie zu würdigen, muss man immer auch die uneingestanden Ziele in Betracht ziehen. Wollen die Franzosen wirklich den Ver-

bleib der Briten in der EU? Charles de Gaulle, der sie für ein trojanisches Pferd der Amerikaner hielt, verhinderte ihren Beitritt, solange er an der Macht war. Dem französischen Kommissar Pierre Moscovici wird gelegentlich unterstellt, den Brexit provoziert zu haben. An Einfluss und Bekanntheit hat ihn Michel Barnier inzwischen bei weitem überholt. Ende Dezember wählte das Nachrichtenmagazin *Le Point* Barnier zum «Mann des Jahres». So viel Ehre gab es für den Savoyer seit der Olympiade in Albertville nicht mehr.

Inzwischen verfolgt Barnier eine eigene Agenda. Er will nicht in den Ruhestand zurückkehren, sondern Präsident der EU-Kommission werden. Zwar ziehen die Republikaner mit dem CSU-Politiker Manfred Weber als Spitzenkandidaten in den Wahlkampf. Doch die Deutschen könnten sich durchaus mit der Zentralbank-Präsidenschaft zufriedengeben. Barniers Kandidatur entspricht Macrons Strategie und hat dessen Segen: Das letzte Wort hat nicht das Parlament, sondern der Europäische Rat, in dem die Staats- und Regierungschefs tagen. Barnier kennt sie dank den Brexit-Verhandlungen. Selbst Viktor Orbán und die Premierminister vieler Kleinstaaten schätzen ihn: weil er sie alle in die Verhandlungen einbezogen, informiert und mit gänzlich unfranzösischem Respekt behandelt hat. ○

So weit ist es noch nicht. Aber der spröde, diskrete und unterschätzte Barnier, der kein Schaumschläger und Schönredner ist, hat seine Aufgabe zur vollen Zufriedenheit seines abdankenden Chefs gelöst. Für ihr eigenes Chaos kann er die Briten selbst verantwortlich

Die wichtigsten Hintergrundgeschichten aus der Schweizer Medienbranche

Sichern Sie sich ein Jahresabo des Fachmagazins «Schweizer Journalist» zum Preis von CHF 68.– zzgl. Versandkosten.*

Bestellungen an vertrieb@oberauer.com oder unter shop.oberauer.com

* Kündigungsfrist: Sechs Wochen vor Ablauf der Abo-Laufzeit.

Schweizer
journalist

Medienfachverlag Oberauer | Fliederweg 4, 5301 Eugendorf, Österreich
www.oberauer.com | +43 6225 2700-0



Knapp am Atomkrieg vorbei?

Von Hansrudolf Kamer — Im Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan sind erstmals seit über vierzig Jahren Kampffjets eingesetzt worden. Die Existenz von Kernwaffen kühlte die Gemüter.



Indien und Pakistan gehören zu den Nuklearmächten, die wenig Vertrauen erwecken. Zweifel gibt es, dass sie die Schreckenswaffen wirklich kontrollieren können, wenn es heiss wird. Zudem hat sich seit der Unabhängigkeit von Grossbritannien 1947 erhebliches Konfliktpotenzial angesammelt.

Neben den Kernwaffen haben beide Rivalen grosse konventionelle Streitkräfte und Waffenlager. In den letzten siebzig Jahren haben sie vier grössere Kriege gegeneinander geführt. Ihre scharfen kulturellen und religiösen Antipathien und Gegensätze sind tief verwurzelt und entladen sich regelmässig in Gewaltorgien.

Dazu kommt, dass Pakistan zurzeit in einer schweren Wirtschaftskrise steckt und den Internationalen Währungsfonds wieder um Hilfe gebeten hat. Gründe dafür sind auch die regionalen Rivalitäten im Schatten des Afghanistan-Kriegs, der die Handelsverbindungen stark behindert.

Indien steht vor Parlamentswahlen, die im April beginnen. Premierminister Narendra Modi kultiviert das Image des starken Mannes und braucht neben der Unterstützung der Hindu-Nationalisten auch jene der Landbevölkerung. Er steht unter Druck, auf pakistanische Provokationen in Kaschmir hart zu antworten, weil die Wirtschaftsreformen seiner Wählerschaft zu wenig gebracht haben.

Eine solche Provokation gab es am 14. Februar in Pulwama, im von Indien verwalteten Teil Kaschmirs, als ein Selbstmordattentäter eine Bombe zündete, die vierzig indische Polizisten in den Tod riss. Indien antwortete mit Luftangriffen auf einen Stützpunkt der Terrorgruppe Jaish-e-Mohammed in Balakot. Die pakistanische Luftwaffe schlug zurück.

Im Luftkampf wurden eine pakistanische F-16 und eine indische MiG-21 abgeschossen. Der indische Pilot betätigte den Schleudersitz und wurde nach dem Absprung gefangen genommen. Nur einen Tag später wurde er auf Befehl des pakistanischen Regierungschefs Imran Khan freigelassen. Seine Wächter hätten ihn wie einen Gentleman behandelt, gab er zu Protokoll. Saudi-Arabien soll vermittelt haben.

So könnte es sich abgespielt haben oder auch nicht. Genau weiss man das nicht, denn über

den Ablauf des Geschehens sind zahlreiche widersprüchliche Versionen im Umlauf, und von den veröffentlichten Bildern waren einige gefälscht. Unbestritten ist nur, dass Kampffjets beider Seiten im Einsatz waren.

Dieser Einsatz ist an sich eine neue Eskalationsstufe. Zum ersten Mal seit dem Krieg von 1971, der zur Unabhängigkeit Bangladeschs führte, drangen indische Militärflugzeuge über die Separationslinie in Kaschmir in den gegnerischen Luftraum ein. Bisher hatte sich Indien darauf beschränkt, mit Artilleriefeuer auf pakistanische Provokationen zu antworten.

Eiserne Logik

Es liegt in der Natur der Sache, dass in den Medien sogleich die Schreckensvision eines Nuklearkriegs mit Hunderten Millionen von Toten und verheerenden Verwüstungen heraufbeschworen wurde. Doch bei näherer Betrachtung verflüchtigt sich das Bild der drohenden Katastrophe.

Beide Seiten agierten vorsichtig. Die Luftschläge waren begrenzt und kontrolliert. Wie die traditionellen Nuklearmächte waren sich die feindlichen Nachbarn der eisernen Logik der nuklearen Abschreckung und der Gefahren einer unkontrollierten Eskalation wohl bewusst. Es war mehr Show als Vernichtungskampf.

Pakistan führt seit Jahrzehnten einen asymmetrischen Krieg gegen Indien. Es unterstützt oder duldet Terrorgruppen, die periodisch Anschläge im indischen Teil Kaschmirs, aber auch in Indien selbst – siehe Mumbai 2008 – durchführen. Pakistan verneint regelmässig, damit etwas zu tun zu haben, doch die Dementis nimmt niemand ernst. Nuklearwaffen schützen Pakistan vor massiver Vergeltung und einer konventionellen Invasion durch Indien.

Die jüngste Krise endete schnell. Pakistan ging allem Anschein nach auf indische Vorhaltungen ein und warf Aktivisten und die Führer zweier Terrorgruppen ins Gefängnis. Das war ein Déjà-vu. Sobald sich die Gemüter in Indien abkühlt haben und die Aufmerksamkeit nachlässt, öffnen sich die Gefängnistore wieder.

Die strategische Lage ist unverändert. Wie die Georgetown-Politologin Christine Fair bemerkt, kann Pakistan auf die Dschihadisten kaum verzichten. Pakistan möchte die Landkarte in Südasien verändern, hat aber eine Armee, die einen Krieg nicht gewinnen kann, und Nuklearwaffen, die es nicht benutzen darf. Das einzige Mittel gegen Indien sind die radikalen islamischen Kämpfer.

Stabil ist diese Lage nicht. In der Zwischenzeit scheint die nukleare Abschreckung zu funktionieren. Kernwaffen werden wohl weiterhin das Risiko eines grösseren konventionellen Krieges eingrenzen. Doch bei Pakistans ambivalenter Politik gegenüber dem Dschihadismus und den Problemen mit radikalen Aktivisten im eigenen Militär bleibt die Gefahr einer Eskalation präsent. Es braucht nur wenig, bis das Gleichgewicht des Schreckens kippt.



Neue Eskalationsstufe: indische Luftwaffenangehörige mit Trümmern der abgeschossenen F-16.

Kampf gegen rechts

Von Thilo Sarrazin — Wenn die AfD zu einer rechten Volkspartei und langfristig koalitionsfähig werden will, wird sie die Abgrenzung klarer vornehmen müssen, als dies bislang geschieht.



Die Europawahl rückt näher. Mit verschiedenen Initiativen hat die SPD in den letzten Wochen versucht, sich stärker von der Union abzusetzen und dabei ein linkes, auf Umverteilung gerichtetes Profil zu schärfen. Zu den Forderungen gehören eine höhere Mindestrente für langjährige Beitragszahler, längere Bezugszeiten für das Arbeitslosengeld und eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro. So hofft man, sich stärker von der nach links gerückten CDU/CSU abzusetzen und gleichzeitig Wähler von der Linkspartei zurückzugewinnen.

Auch beim Umweltschutz versucht die SPD, die CDU/CSU unter Druck zu setzen. Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) hat ein Klimaschutzgesetz vorgelegt, dessen künftige Grenzwerte die Grenzen des Machbaren sprengen, ohne dabei Wege zur Umsetzung aufzuzeigen. So biedert man sich bei den Wählern der Grünen an, und der Union wird gleichzeitig in der grossen Koalition die undankbare Rolle zugewiesen, Mässigung und wirtschaftliche Vernunft einzufordern und auf die Grenzen des Machbaren hinzuweisen.

Schmusekurs mit AKK

Die Strategie der SPD scheint aufzugehen: Der Höhenflug der Grünen kam zum Stillstand, die Zustimmung zur Linkspartei bröckelt, und die weitere Ausdehnung der CDU/CSU in die Wählerschaft der SPD ist im Augenblick abgebremst. In den Umfragen ist die SPD wieder näher an die Grünen herangerückt. Sie kann sich Hoffnungen machen, bei der Europawahl vielleicht doch wieder die zweitstärkste Partei zu werden.

Bei der Union fährt der neugewählte CSU-Vorsitzende Markus Söder geradezu einen Schmusekurs gegenüber seiner CDU-Kollegin Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK). Jede Erinnerung an vergangene Streitereien soll offenbar ausgelöscht werden. Das zahlt sich aus, die Union scheint sich bei Umfragewerten von knapp über 30 Prozent zu stabilisieren. Das ist zwar weit entfernt von früheren Höchstständen um 40 Prozent, aber doch eine verlässliche Bodenbildung. Diese wird dadurch unterstützt, dass die Konjunktur in Deutschland offenbar stabil bleibt: Im Februar hat die

Arbeitslosigkeit den niedrigsten winterlichen Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Die Haushaltslage ist günstig, der Leistungsbilanzüberschuss hoch. Die Zuwanderung von Fluchtmigranten bleibt innerhalb der selbstgesetzten Obergrenze von jährlich 200 000 Personen.

Hoffnungen – oder Befürchtungen –, dass Angela Merkel als Bundeskanzlerin geschwächt sei, nachdem sie den Parteivorsitz aufgegeben hat, haben sich nicht bestätigt. Sie konzentriert sich auf die Aussenpolitik und scheint im Inneren mehr und mehr über den Niederungen zu schweben. Das lässt sich ohne



Versuch zur Stigmatisierung: Haldenwang.

weiteres noch die dreissig Monate bis zur nächsten Bundestagswahl durchhalten. Im Gegenteil – angesichts von Brexit, Gelbwesten in Frankreich, der Lega in Italien, eines erratischen Donald Trump und eines bedrohlich wirkenden, undurchsichtigen Putin hat die Bundeskanzlerin das Zeug, in den nächsten Monaten und Jahren zu einer Lichtgestalt der Weltpolitik zu werden. Das macht ihre Fehler nicht kleiner. Die hat sie aber alle hinter sich, und neue Fehler sind nicht in Sicht.

Vor diesem Hintergrund hält sich die AfD erstaunlich stabil. Während die Mitgliederzahlen bei CDU/CSU, SPD und der Linken fallen und bei der FDP stagnieren, steigen sie

bei der AfD und den Grünen. Der Aufstieg der AfD kam allerdings zum Stillstand. Bundesweit verharrt sie bei 12 bis 14 Prozent, dem Niveau der Bundestagswahl von 2017. Das ist genau der Umfang, der der Union schmerzlich zu ihren traditionellen Wahlergebnissen fehlt. Das versucht die Union mit einer Doppelstrategie zu ändern:

1 — Einerseits werden konservative, einwanderungskritische Wähler wieder stärker umworben. Das geschieht durch eine vorsichtige Distanzierung von den Auswüchsen von Bundeskanzlerin Merkels Willkommenskultur.

2 — Andererseits werden die Legitimität und die demokratische Zuverlässigkeit der AfD auf breiter Front in Frage gestellt.

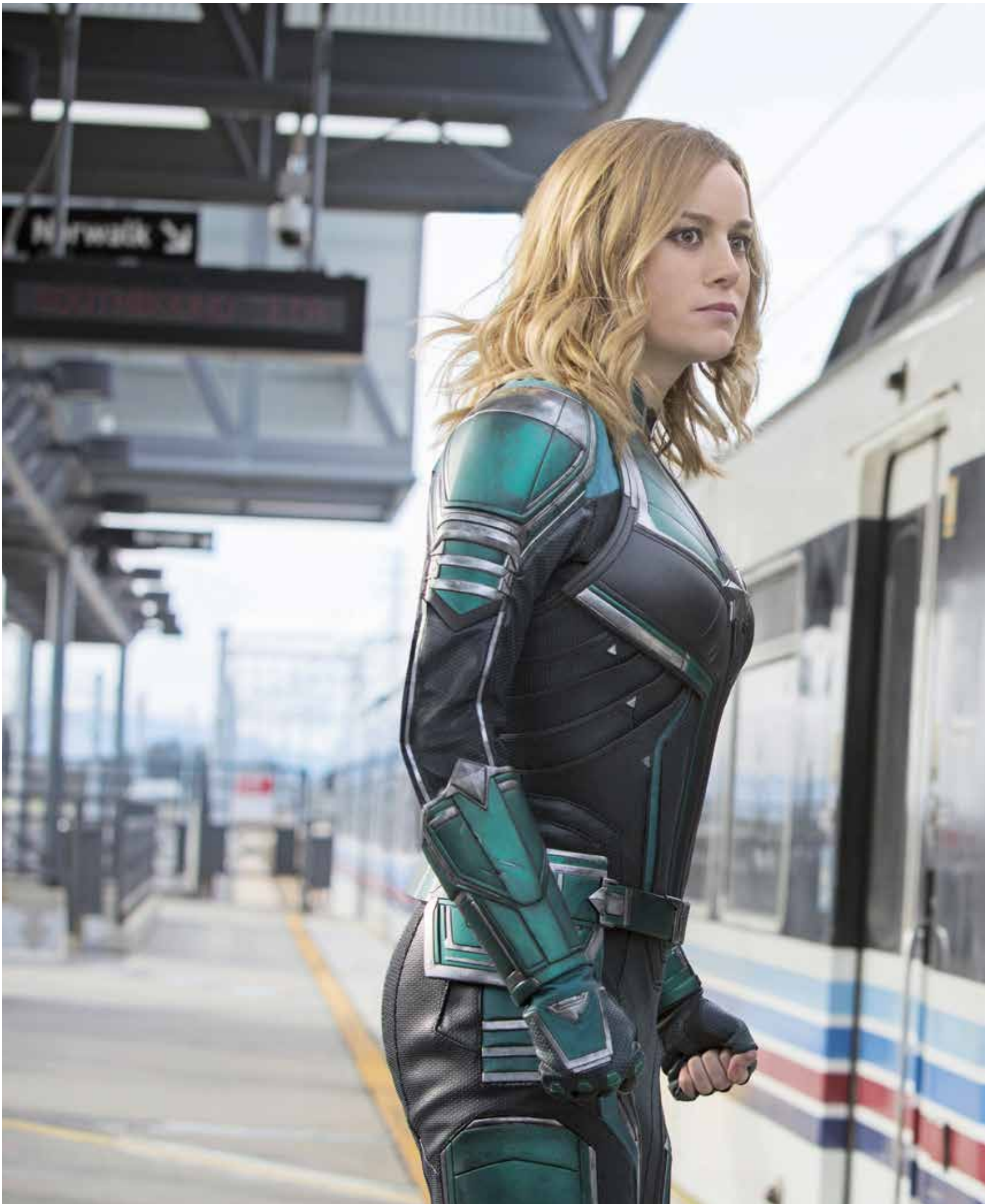
In diesem letzteren Punkt sind sich alle etablierten Parteien in Deutschland einig und werden dabei von der Mehrzahl der Medien breit unterstützt. In diesem Zusammenhang machte es auch strategisch Sinn, dass es im Herbst 2019 der Bundesregierung gelang, den Präsidenten des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maassen, abzulösen. Sein Nachfolger Thomas Haldenwang schlug gegenüber der AfD einen wesentlich aggressiveren Kurs ein und erklärte die Partei im Januar in einer Pressekonferenz zum Prüffall für die Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Das schlug hohe Wellen. Die AfD klagte gegen ihre öffentliche Brandmarkung und bekam vor einigen Tagen vor dem Verwaltungsgericht Köln kurzfristig recht. Offen bleibt gegenwärtig, ob ihr dieser amtliche, offenbar von der Bundesregierung gedeckte Versuch zur Stigmatisierung eher genutzt oder eher geschadet hat.

Nicht nur ist die Obrigkeitgläubigkeit der Bürger eine alte deutsche Tradition, sondern es überlegen sich vor diesem Hintergrund viele Bürger ganz zu Recht, ob sie nicht persönliche Nachteile erfahren, wenn sie sich zur AfD bekennen und in ihr engagieren.

Offen bleibt ebenfalls, wie sich diese Debatte auf die Strömungen innerhalb der AfD auswirkt. Der sogenannte Flügel, eine informelle Organisation um den thüringischen AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke, fällt immer wieder durch Äusserungen auf, die ins Deutschnationale oder Rechtsradikale abzuweichen drohen. Wenn die AfD zu einer rechten Volkspartei werden und langfristig koalitionsfähig werden will, wird sie die Abgrenzung klarer vornehmen müssen, als dies bislang geschehen ist.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über die deutsche Politik.



Sie wird zum lodernen Dornbusch: Captain Marvel (Brie Larson).



Ikone der Woche

Leuchtstern

Von Wolfram Knorr

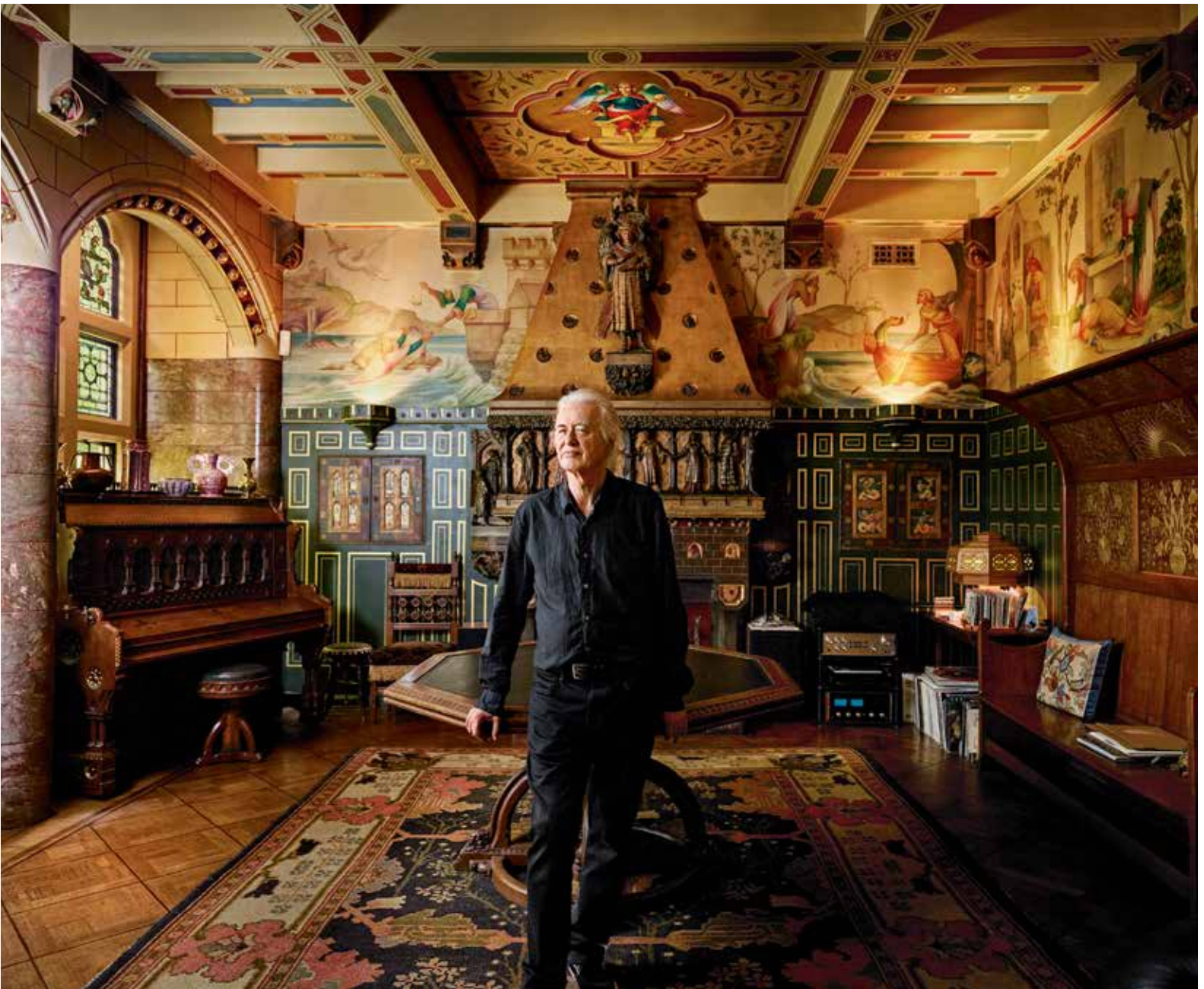
Da steht sie auf dem Perron in ihrem kreuzgefährlichen Superhelden-Outfit. Rigoroser Blick, angespannte Haltung, verbissene Mimikry – und jeder, der schon mal mit der Deutschen Bahn gefahren ist oder, besser, fahren wollte, wünscht sie sich auf einem Bahnsteig, um mit ihren Superkräften die deutschen Züge zu packen und endlich zur Pünktlichkeit zu zwingen. Aber die Deutsche Bahn bleibt leider verschont. Der Supernova der Avengers fehlt einfach die Zeit. Sie muss sich auf einen Nahkampf in einem US-Expresszug vorbereiten. Etwas später startet dann ein Gruppenbild mit Dame(n), die Avengers und ihr «Endgame».

Auf dem eher konservativen Olymp der Superhelden ist es fast ein wenig revolutionär, dass auch Frauen mit Lichtgeschwindigkeit, Supergehör und Röntgenaugen nicht nur den *super bad guys*, sondern genauso dem (falschen) irdischen Treiben Mores lehren und ihren Mitstreitern signalisieren, männliche Herrschaft sei passé. Eigentlich hatte diese schon immer einen sanften Steckrüben-Touch.

Jetzt perlen die eleganten *hard-boiled*-Frauen wie die Bläschen in einem Champagnerglas über den Globus. Nach «Wonder Woman» von DC hat nun die scharfe Konkurrenz, das Marvel Cinematic Universe (MCU), «Captain Marvel» folgen lassen. Früher hieß die Protagonistin Carol Danvers und war als Kampfpilotin in einen Krieg zwischen ausserirdischen Gestaltwandlern, den sogenannten Skrulls, und den blauhäutigen Kree geraten und dadurch zu Superkräften gekommen. Sie ist, wie der inzwischen ins Alter gekommene Superman, eine Generalistin, die zum Leuchtkörper werden und aus ihren Händen Energiestrahlen feuern kann. Man sollte sich hüten, ihr machomässig zu kommen, einfach so mal die Hand zu geben oder gar «Übergriffiges» zu probieren. Da wird sie zum lodernden Dornbusch.

Pop-Art-Märchen

Mit Brie Larson, die einen Oscar für ihre Charakterrolle in «Room» (2016) erhielt, ist die Super-Amazone erstaunlich hochwertig besetzt. Sie verkörpert die Figur mit ironischer Nonchalance. Ein Pop-Art-Märchen, in dem Captain Marvel erst mal ihre Identität finden muss, in die 1990er Jahre zurückpurzelt, Samuel Jackson zum Freund gewinnt und ihre weibliche Solidarität, das Sisterhood-Konzept, als Grundlage für ihren raketenhaften Aufstieg präsentiert. Nur auf dieser Basis ist es möglich, ein Leuchtstern zu werden.



Gefährliche Vibrationen: Rocklegende Jimmy Page im Musikzimmer seines «Tower House».

Gesellschaft

Zu viel Lärm für Mr Page

Seit vier Jahren tobt im Londoner Villenviertel Holland Park ein Grabenkrieg. In den Haaren liegen sich Led-Zeppelin-Gitarrist Jimmy Page und Popstar Robbie Williams. Alles dreht sich um einen unterirdischen Swimmingpool. *Von Hanspeter Künzler*

Alternde Rockstars setzen sich gern in Landgütern im grünen Süden von Grossbritannien zur Ruhe. Oder sie kaufen sich ein Weingut in der Toscana, eine Insel in der Karibik. Alle teilen sie den Wunsch, abseits vom Starummel Ruhe, Frieden und die wenigen Laster zu geniessen, die der Arzt ihnen noch gewährt. Auch Jimmy Page glaubte, sein lebenslanges Glück mitten in London gefunden zu haben.

Als Mitgründer von Led Zeppelin gehört Page zu den prägenden Figuren am britischen Rockfirmament. Ende 1971 stand die Band im

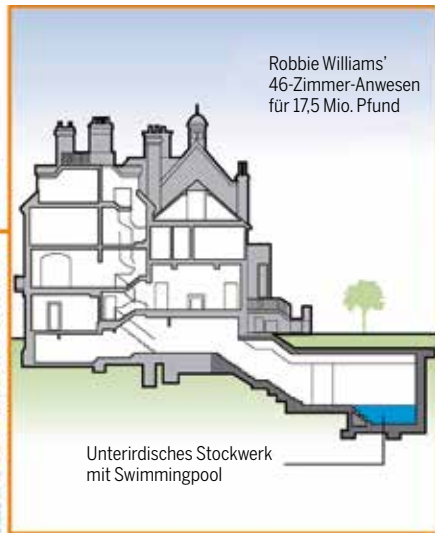
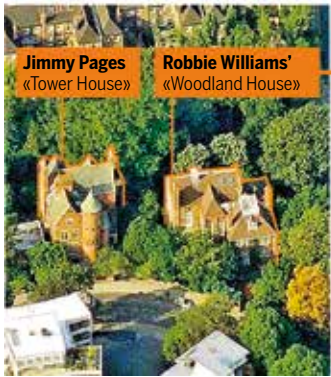
Zenit ihrer Karriere – «Led Zeppelin IV», eines der meistverkauften Alben der Rockgeschichte, war im November erschienen –, als der Edelgitarrist im darauffolgenden Sommer seine Edelvilla, genannt «The Tower House», kaufte. Sie kostete 350 000 Pfund, einen Betrag, für den es heute noch einen *bedsit* in einem entlegenen Vorort gäbe. David Bowie hatte sich ebenfalls um die Stadtvilla bemüht – vergeblich: Seine Mittel reichten dafür noch nicht aus.

«The Tower House» – der Name ist dem Turm zu verdanken, der die Fassade dominiert

– liegt einen Katzensprung vom Holland Park entfernt in einer Gegend, wo es von Villen mit historischem Stammbaum nur so wimmelt. Viele Jahre lang genoss Page die Abgeschiedenheit eines Landhauses, gleichzeitig die Vorzüge der Grossstadt. Mit seinem Nachbarn, dem Filmregisseur Michael Winner, verstand er sich so gut, dass er für dessen Film «Death Wish II» den Soundtrack zusammenstellte.

Die Idylle nahm ein jähes Ende, als Winner im 2013 verstarb. Noch im gleichen Jahr schrieb seine Witwe das Haus – die historische Stadt-

Nachbarn im Krieg:



Aufgewühlte Geister: Umbaupläne im «Woodland House»; Popstar Robbie Williams (r.).



«Lebensstandard einer zeitgenössischen Familie»: Salon in Robbie Williams' «Woodland House».

villa «Woodland House» – zum Verkauf aus. Für 17,5 Millionen Pfund ging es an Robbie Williams. Das einstige Mitglied der Retortenband Take That hatte sich nach seinem lebensstilbedingten Rausschmiss und einem erfolgreichen Kampf gegen Depressionen zu einem der erfolgreichsten Stars der letzten Dekaden gemauert.

«Immer wieder neue Details»

Kurz nach der Handänderung reichte Williams bei den Behörden ein Gesuch ein, laut dem er wünschte, das Haus zu renovieren, so dass es «dem Lebensstandard einer zeitgenössischen Familie» genügen könne. Er sah in seinen Plänen unter anderem vor, ein neues unterirdisches Stockwerk mit Swimmingpool und Fitnessraum einzurichten.

Jimmy Page befürchtete das Schlimmste. Er sei besorgt, so schrieb er den zuständigen Behörden, dass die von den massiven Bauarbeiten herrührenden Vibrationen seinem unter

Schutz stehenden Haus unreparierbaren Schaden zufügen würden. Pages Haus ist in der Tat ein Kleinod. Vor hundertvierzig Jahren erbaut, wird es dem neugotischen Stil zugeschrieben. Der Architekt William Burges genoss zu Lebzeiten Kultstatus. Er war ein Fan von Opium und fühlte sich zur präraffaelitischen Bewegung um den Kunstmaler Dante Gabriel Rossetti hingezogen. Diese kombinierte ihre spätmittelalterlichen italienischen Einflüsse mit symbolschwangeren romantischen Motiven.

Der multitalentierte Burges baute «The Tower House» für sich, entwarf jedes dekorative Detail und sogar die Möbel selber. Es gibt darin kaum einen Quadratmillimeter, der nicht irgendwie bemalt oder geschnitzt ist – das perfekte Haus für Page, einen Experten in Sachen okkulten Symbolik. «Es ist grossartig», sagte er einmal, «noch nach zwanzig Jahren finde ich immer wieder neue Details an den Wänden. Einen Käfer zum Beispiel.»

Nach Burges' Tod im Jahr 1881 wanderte das Haus von Familie zu Familie, ehe es 1962 vom Dichter John Betjeman übernommen wurde. Dieser konnte sich die Reparaturen nicht leisten, das Haus stand einige Jahre lang leer und fiel Vandalen zum Opfer, bis es 1969 vom Schauspieler Richard Harris für 75 000 Pfund gekauft wurde. Er restaurierte es nach Originalplänen und versuchte die aufgewühlten Geister der Kinder des Waisenhauses, das früher an diesem Ort gestanden hatte, zu besänftigen. Ob Gespenster der Grund dafür waren, dass er das Haus schon drei Jahre später an Jimmy Page weiterreichte, ist nicht bekannt.

Entspannungspavillon auf Stelzen

Nach dem Protestbrief von Jimmy Page an die Behörden zog Robbie Williams sein Baugesuch zurück. Schon einen Monat später präsentierte er eine revidierte Version. Jetzt wollte er nur noch ein paar Fussböden verschieben und eine neue Garage bauen.

Kaum hatte man mit den Arbeiten begonnen, gelang es Page, diese zu stoppen: Die Behörden waren mit ihm darin einig, dass die Bauleute es versäumt hatten, den ungestörten Alltag der Nachbarn zu gewährleisten. Nach ein paar Wochen gingen die Arbeiten weiter. Im Oktober 2016 konnte Williams endlich in sein neues Heim einziehen. Bald zeigte er sich genervt. Während eines Radiointerviews für ein italienisches Radio – er glaubte das Mikrofon ausgeschaltet – beschwerte er sich bitterlich über den «gelangweilten» alten Musiker nebenan, der «geistig krank» sei und nichts Besseres zu tun wüsste, als den Bauarbeitern nachzuspionieren: «Er sitzt stundenlang im Auto vor dem Haus und nimmt die Baugeräusche auf.»

Später entschuldigte er sich für die Aussage bei Page. Als Nächstes errichtete er im Garten einen Entspannungspavillon auf Stelzen. Die resultierende Lärmbelästigung trug ihm eine Busse in der Höhe von 3000 Pfund ein. Im Februar 2018 dann der grosse Schock für Jimmy Page: Auf einmal wollte Williams sei-

nen unterirdischen Swimmingpool doch noch bauen. Page verlangte die sofortige Ablehnung der «katastrophalen» Pläne.

Lautsprecher im Garten

Williams zog einen Experten herbei, der zum Schluss kam, «The Tower House» sei eine «Burg», die selbst eine Bombe im Zweiten Weltkrieg überstanden hätte. Im Mai 2018 erschien Page persönlich im Gemeindehaus, um seine Befürchtungen darzulegen. In einem TV-Interview bezeichnete er Williams als «idiotisch» und «geschmacklos». Es nützte nichts. Im Dezember wurde Williams eine mit diversen Bedingungen verbundene Baubewilligung erteilt. Ein paar Wochen später ging bei den Behörden ein mit «Jimmy» unterzeichneter Brief ein. Darin hiess es, Williams provoziere seinen Nachbarn über Lautsprecher im Garten regelmässig mit lauter Black-Sabbath-, Pink-Floyd- und Deep-Purple-Musik. Ausserdem setze sich

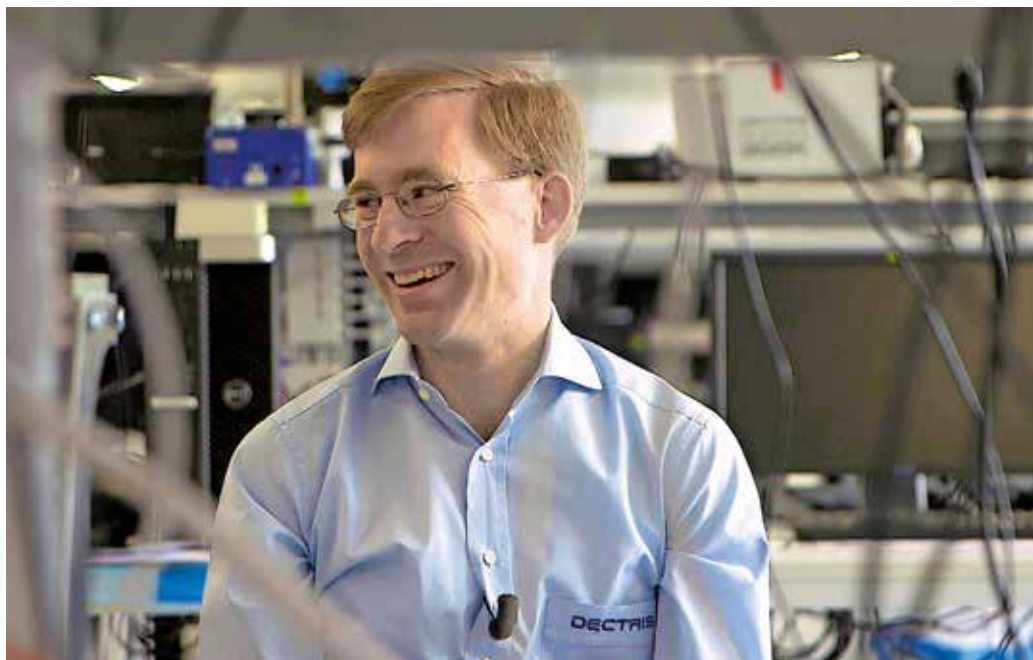


Im Zenit: Jimmy Page (r.), Robert Plant, 1975.

Williams eine Perücke auf und stopfe ein Kissens unter das Hemd, wenn er das Haus verlasse, einzig und allein, um sich über Page lustig zu machen. Der wahre Absender des Briefes ist bis anhin nicht identifiziert worden.

Nachbarkriege dieser Art sind ein Zeichen der Zeit: In Londons Luxusquartieren geht der Platz aus. Viele Gebäude sind geschützt und dürfen äusserlich nicht verändert werden. Als einzige Lösung bleibt der Bau in die Tiefe. Jimmy Page ist nicht der Erste, der sich echauffert. Joan Collins beschwerte sich in einer Lokalzeitung über Nachbarn, welche unterirdische Kegelbahnen einrichten liessen «in Häusern, die sie zwei, drei Monate im Jahr» bewohnten. Queen-Gitarrist Brian May bezeichnete seine den Keller ausbauenden Nachbarn als «egoistisch und stumpfsinnig».

Es treten auch andere Probleme auf. In North Kensington senkte sich eine Strasse, weil ein Umbau falsch berechnet worden war: Die Bewohner konnten das Haus nicht mehr verlassen, weil die Türen klemmten. Ein paar hundert Meter von Jimmy Pages und Robbie Williams' Anwesen entfernt, rächte sich eine Frau, der man eine Unterkellerung nicht bewilligt hatte, indem sie ihr Haus mit roten und weissen Schleckstängelfarben bemalte.



Höchst trickreich: Teilchenphysiker Trüb.

Mathematik

Zufälle im Kreis

Der 14. März ist nicht nur das Erscheinungsdatum der vorliegenden Weltwoche, sondern auch der Termin eines skurrilen Happenings.

Von François Fricker

Über Jahre hinweg warb der etwas schrullige Lawrence «Larry» Shaw vergeblich bei diversen US-Abgeordneten für sein Anliegen. Es muss deshalb für den Kurator am Wissenschaftsmuseum in San Francisco ein grosser Triumph gewesen sein, als der Kongress am 13. März 2009 endlich beschloss, es sei von nun an jedes Jahr am Folgetag, also am 14. März, der Mathematik zu gedenken. Dies mit der unschlagbaren Pointe, dass es sich dabei im englischen Sprachraum um «March 14» oder, kürzer, «3/14» handelt – im Gegensatz zum hiesigen 14. 3.

Für den Kenner dürfte klar sein, dass damit die legendäre Zahl π (gesprochen als Pi) gemeint ist, die seit Archimedes mit 3,14 das Verhältnis des Umfangs eines Kreises zu seinem Durchmesser angibt*. Und so wurde in den USA aus dem 14. März der nationale π -Day – wenn auch bisher nur von Insidern gefeiert.

22 459 157 718 361 Stellen

Das beginnt beispielsweise mit einem Pie-Wettessen – in Anlehnung an das englische *pie* für «Kuchen». Dazu gehört natürlich auch mindestens eine Pizza, die selbstverständlich mit Pinien belegt ist – höchst wünschenswert begleitet von gelegentlichen Schlückchen Piña Colada, einem Cocktail. Andere wiederum bewegen sich unablässig in einem Kreis und zitieren dazu im Sekundentakt die Ziffern der heute genauer bekannten π -Nachkommastellen: 3,1415926535897932384626433832795028841971...

was strenggenommen bis ans Ende aller Tage dauern würde, da diese Zahlenkette, theoretisch auch begründbar, niemals abbricht.

Genau genommen ist das derzeit ein Ziffernwurm mit «bloss» 22 459 157 718 361 Stellen (in Worten beginnend mit «22 Billionen») – von dem jungen Teilchenphysiker Peter Trüb am 15. November 2016 auf 24 dazu benötigten 6-Terabyte-Festplatten mittels eines höchst trickreichen Programms bei seinem schweizerischen Arbeitgeber Dectris im Aargau abgespeichert.

Dieser erst nach sagenhaften 105 Tagen ununterbrochener Rechenzeit erzielte und nach wie vor gültige Rekord lässt sich nur schwer veranschaulichen. Tatsächlich würde gemäss Trüb der so erreichte Wert, in normaler Schrift vollständig ausgedruckt, mehreren Millionen Büchern mit jeweils tausend Seiten entsprechen.

Bleibt für den eigentlichen Mathematiker die Zahl π nach wie vor ein Faszinosum, weil die dazugehörige Ziffernabfolge, statistisch gesehen, wie ein Zufallsgenerator agiert. Könnte das theoretisch untermauert werden, so würde damit ein Paradoxon heraufbeschworen, da keine einzige der noch nicht bestimmten π -Nachkommastellen insofern nicht zufällig sein kann, als sie durch die Definition von π ohne Wenn und Aber festgelegt ist.

* π ist der Anfangsbuchstabe des griechischen Wortes περιφέρεια – zu lateinisch peripheria für Kreislinie oder eben Peripherie.

Aspirin statt LSD

Erfolgsautor T. C. Boyle hat ein Buch über die Anfänge von LSD und der amerikanischen Gegenkultur geschrieben. Ein verheissungsvoller Trip ist es nicht geworden. *Von Michael Bahnerth*

Es war die Zeit, als die Beatniks und die Hipster nicht mehr waren und die Hippies noch nicht auf der Bühne der Welt erschienen sind. Es ist Anfang der sechziger Jahre in den USA, John F. Kennedy ist Präsident, die Frauen wollen alle aussehen wie Jackie, in Vietnam ist erst ein bisschen Krieg, und das Farbfernsehen kommt in die amerikanischen Wohnzimmer. Der amerikanische Traum, den die meisten träumen, ist geschrumpft auf ein Häuschen in den Vororten, zwei Autos in der Garage, ein wenig Geld auf dem Konto und am Wochenende ein bisschen Martinis trinken und von grösseren Häusern und Autos träumen.

Es gibt noch die Träume von ein paar wenigen, sie träumen von neuen Lebensformen und einer anderen, natürlich besseren, wärmeren, menschlicheren Gesellschaft, sie wollen zuerst das Individuum und dann das Kollektiv von jenen Zwängen befreien, die sie als Mechanismus der Unterdrückung ausgemacht haben, und ihr Guru ist ein Psychologe, der als LSD-Papst in die Geschichte eingehen wird: Timothy Leary. Die paar wenigen empfinden die Welt und das Leben in ihr als Schatten, aber sie wollen das Licht. Sie nennen es die «fünfte Freiheit». Die ersten vier hatte 1941 Franklin D. Roosevelt umrissen; die Freiheit der Rede und Meinung, jene der Religionsausübung, jene von materieller Not und jene von Furcht. Die fünfte, die learysche Freiheit, ist die, mit dem eigenen Bewusstsein tun zu können, was immer man will.

Ausgehtag der Spiesser

Es ist das Recht, sich vom Ego zu lösen, mit der Schöpfung eins zu werden und vielleicht sogar das Angesichts Gottes zu sehen – das Licht. Jenes Licht, das ein paar Jahre später zum Licht am Ende des Tunnels werden sollte, dem eine ganze Generation hinterherjagte, um fast daran zu erblinden. Timothy Leary ist der Erste, der die Verheissung von diesem Licht predigt, und 1961 machen sich er und eine Handvoll Studenten und Doktoranden der Harvard-Universität auf die Suche nach dieser hell beschienenen und befreienden Erlösung. Der Brennstoff für die Reise zum Licht ist LSD, jenes Halluzinogen, das der Basler Chemiker Albert Hofmann 1943 für das Chemieunternehmen Sandoz in die Welt setzte.

Der amerikanische Erfolgsautor T. C. Boyle, der ein bisschen aussieht wie ein Erdmännchen, das sich entschlossen hat, ein Freak zu sein, hat ein Buch darüber geschrieben. Über



«Scheiss auf Gott»: Kultautor Boyle.

die Anfänge des LSD und den Beginn von Timothy Learys Karriere und das Erwachen und die ersten Gehversuche einer amerikanischen Gegenkultur. Das Buch hat den Titel «Das Licht», und es ist die Geschichte von rund zwanzig Menschen, die sich im Sog des charismatischen Leary auf den Weg machen, mit LSD ihr Unbewusstes farbig freizusetzen und so zu einer, na ja, neuen Bewusstseinsstufe zu gelangen. «Turn off your mind, relax and float down stream», sangen die Beatles ein paar Jahre später, als Learys Experiment zur Erschaffung einer neuen Welt und zum Finden des Göttlichen im Menschen schon längst an sich selbst gescheitert war.

Die zwanzig Lichtsuchenden treffen sich anfangs immer samstags, am Ausgehtag der Spiesser, in Learys Haus, und sie knallen sich LSD rein und landen in einem purpurnen Land der Intensität, aber manchmal ist es auch

ein Land der Dunkelheit, wenn die Dämonen der Seele zum Leben erweckt werden. Es ist für diese Gruppe von Intellektuellen eine Befreiung. Nicht nur vom amerikanischen Leben mit seinem kränkelnden Traum, sondern vielmehr auch eine vom eigenen Sein, es ist ein Loslösen von den Grenzen des Menschseins, es ist fast, als ob sich Träume träumen.

Wie das meiste von T. C. Boyle liest sich sein inzwischen siebzehntes Buch flott, die Sätze sind süffig, das Ganze unterhaltsam, mehr aber auch nicht. Das Buch ist über die meisten Strecken ein beschaulicher Ausflug, ganz selten aber nur ist es ein Trip. Man könnte sagen, es ist wie LSD, das wirkt wie ein Aspirin. Da sind zu wenig Farbe im Buch und stoffliche Weltfülle, und irgendwie hat man stets das Ge-

Sie knallen es sich rein und landen in einem purpurnen Land der Intensität.

fühl, es sei eine Geschichte, die nie in jene Sphären abhebt, die sie einzigartig und unvergesslich werden lassen würden. Die Geschichte, das ist das Ehepaar Fitz und Joanie Loney mit ihrem Sohn Corey, er Doktorand der Psychologie, sie Bibliothekarin und Aushilfskellnerin im kurzen Röckchen, der Sohn pubertierend, alle sind sie gelangweilt, gefangen in den Tausenden von kleinen Alltagsorgen und Seelenquälchen, da scheint kein Ausweg, bis sie zur Familie von Leary stossen und das «Sakrileg», wie er LSD nennt, erhalten und sich selbst und ihren Leben davonfliegen.

Die Flughöhe ist bescheiden, aber für sie okay, sie gehen auf einen Trip nach dem andern, lassen ihr bürgerliches Leben hinter sich und hoffen auf das Licht und das Göttliche. Aber das Licht kommt nicht, dafür Selbstauflösung, der Verlust ihrer Liebe, weil sie sie mit allen andern auch physisch teilen müssen, um vom Ego wegzukommen. Gott erscheint auch nicht, aus der Bewusstseinsenerweiterung wird Wegballerei. Der Schlusssatz des Buches ist: «Scheiss auf Gott, gehen wir auf einen Trip.»

Welch grossartiger Stoff im Grunde, der in dem von Boyle skizzierten Mikrokosmos nicht die Erde findet, in der er sein Potenzial entfalten könnte. Als ob der Schriftsteller einen Gemüsegarten beackern würde und kein ganzes Feld. Erst im letzten Viertel des Buches kommt der Drive, als die Suche nach etwas zur banalen Sucht verkommt und die Seelen, die fliegen wollten wie Schmetterlinge, nicht mehr wissen, wie der Flügelschlag geht.



T. C. Boyle: Das Licht. Hanser. 384 S., Fr. 35.90

Berner Hölle

Von 1912 bis 1919 lebt der Schriftsteller Hermann Hesse mit seiner Schweizer Frau und den Kindern in Ostermündigen. Bis er die Familie überstürzt verlässt, um ungestört ein Weltautor zu werden. Von Peter Keller

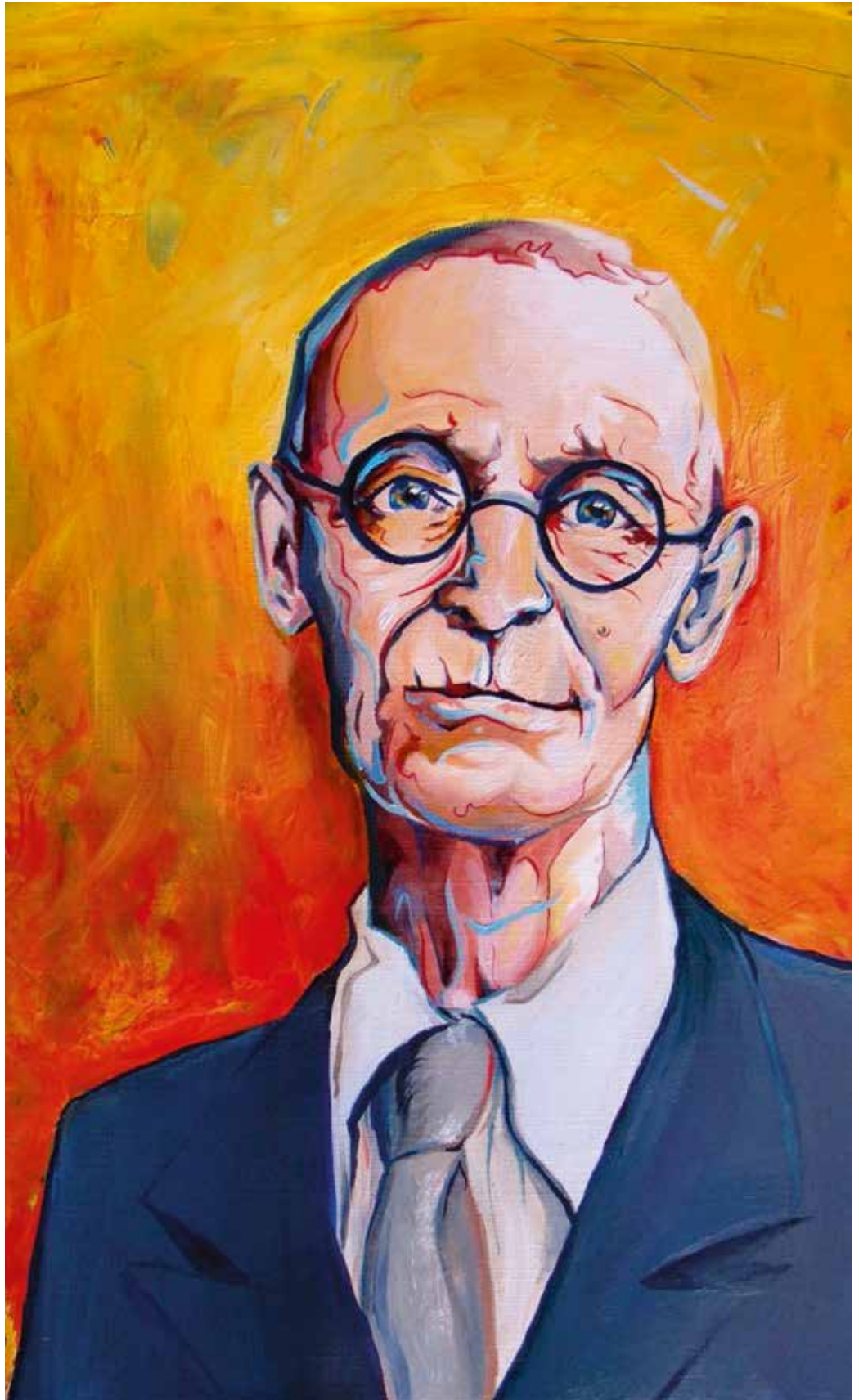
Hermann Hesses Traum von der reformpädagogischen Idylle mit seiner Frau an den Ufern des Bodensees hatte sich nicht erfüllt. Das Haus in Gaienhofen, das er und Mia, die von Tag zu Tag bitterer wurde und sich ihm entfremdete, bewohnten, die Berge, der Obstgarten, all das war nun weg, und er blickte durch Berner Regen auf schmierige Strassen hinaus und wollte nur noch weglaufen. Das leicht verfallene, aber hübsche Anwesen mit dem grossen Garten etwas ausserhalb der Stadt, in dem sie nun lebten, roch für Hesse immer nach Tod. Es gehörte einer Berner Patrizierfamilie, und der Maler Albert Welte, ein guter Freund der beiden, hatte es gemietet und war dann plötzlich verstorben; die Hesses übernahmen den Mietvertrag, zusammen mit Weltis Wolfshündin Züsi, und hier hockten sie nun.

Von 1912 bis 1919 lebte der Schriftsteller Hermann Hesse in der Bundesstadt, engagierte sich zusammen mit Theodor Heuss in der Zeitschrift *März* und war ansonsten todunglücklich. Anders als beschauliche Besuche im «Hesse-Haus» oder Stadtrundgänge auf den Spuren des Autors es suggerieren, hatte Hesse seine persönlich wohl schlimmsten Jahre in Bern. Er brach zusammen, war mehrfach in Sanatorien, begab sich in Psychoanalyse.

Die Ehe des Autors war dabei, zu zerbrechen, permanent gab es Streit, schliesslich schrieb der ansonsten gute, geduldige Hesse das bössartige Buch «Rosshalde» (1914), das, nur leicht fiktional verzerrt, Zeugnis dieser «Berner Hölle» ablegt und Düsteres vorwegnimmt. Warum ging es Hesse so schlecht? Woher rührten die Spannungen in der Künstlerfamilie? Konnte er je wieder Frieden finden? Oder war er zu ewigem und verzehrendem Ehestreit verdammt?

«Asket in kurzen Hosen»

In Bern wohnten die Hesses am Melchenbühlweg im Vorort Ostermündigen. Es war ihnen darum gegangen, nicht mehr so abgeschnitten zu leben wie am Bodensee, damit Mia, die viel von Hesse allein gelassen wurde, wieder etwas mehr unter Leute kam, mehr Freude am Leben fand. Hesse war zunächst begeistert von der schönen, durch den Sandstein salbeigrün getönten Stadt – und den Bernern selbst: «Sie sind stolz, nobel und ruhig», schrieb er an einen Freund, auch die Natur rundherum gefällt, «rassiger üppiger Baumwuchs, tiefer Boden, gutes Wasser, nahe Berge». Eines habe er zumindest immer hinbekommen, sagte Hesse



Wie zugleich Künstler und Ehemann sein? Nobelpreisträger Hesse.

einmal von sich, schön wohnen – und zwar genau so, wie es ihm passte: frugal, ländlich, abgeschieden, aber immer nah genug an Zügen und Bahnhöfen, so dass der Autor jederzeit verreisen konnte.

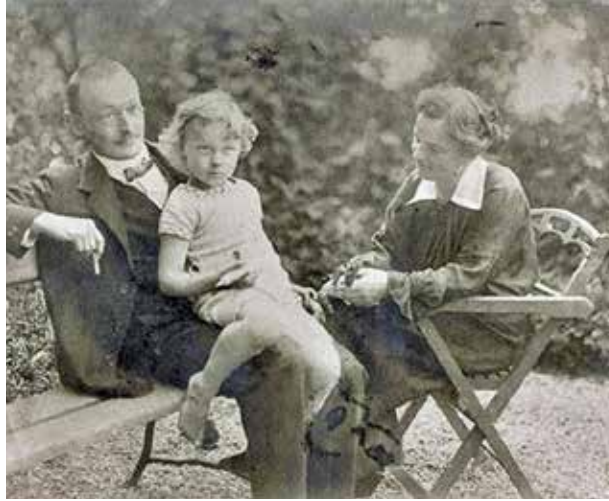
Mia, eigentlich eher weltscheu, mit einem Hauch Schwermut und früher als selbständige Fotografin tätig, musste mitmachen, sich dem Wunsch ihres Mannes hingeben, ein Autor zu sein – und zwar ein ganz grosser. Am Bodensee war Hesse dem vegetarischen Reformleben verfallen, lebte eine halbe Nacktkultur, liess sich gerne in Shorts, Sonnenhut und sonst nichts ablichten und pflanzte im Garten jede nur mögliche Gemüse- und Obstsorte an, darunter Erdbeeren und Feigen, aber nicht der nutzlosen Beschauung halber, sondern um sie zu Müsli zu zerstampfen und nicht mehr in Geschäfte gehen zu müssen. Der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki nannte ihn spöttisch einen «Asketen in kurzen Hosen».

Mia machte mit. Sie säte, pflanzte und schrieb Hesse unterwürfig verliebte Briefe, wenn er mal keine Lust auf sie hatte und auf Reisen war oder sonst wie abwesend: Nur wenige Wochen nach der Geburt ihres dritten Sohnes begab sich der spätere Autor von «Siddhartha» auf eine ausgiebige Indienreise. Von Anfang an passte das Paar wenig zusammen. Mia war älter, «als er sich eine Frau gewünscht hätte», schreibt Hesse in dem Roman «Iris» (1916) – die Hauptfigur, so die einhellige Kritik, ist Mias Spiegelbild –, «Sie war sehr eigen, und es würde schwierig sein, neben ihr zu leben und seinem gelehrten Ehrgeiz zu folgen.» Das, was Hesse so wichtig war, mit Freunden sein, reden und vor allem immer dann aufstehen können und schreiben, wann er mochte, war Mia nicht wichtig. Sie las gerne im Stillen, mit Blumen und ihren drei Buben um sich herum und leicht verweintem Gesicht.

Boshafes Buch über das Familienleben

In Bern fand Hesse zunächst das, was er wollte: kultivierte Bekannte, Konzerte, Landschaft. Aber die Eheprobleme blieben, wurden schlimmer, und schliesslich kam die Einsicht: Hesse wollte kein Familienvater in einem letztendlich drögen, nach Hafergrütze, Migräne und dicken Vorhängen riechenden Alltag sein. Wie zugleich Künstler und Ehemann sein? Eine Frage, die Hesse in den Berner Jahren mit «Rosshalde» und – das Lesen des Buches macht es klar – einem entschiedenen «unmöglich» beantwortete. Im Roman leben die Veraguths auf dem Landsitz Rosshalde, er Maler, sie Hausfrau und Mutter zweier Söhne. Die Beziehung ist schon länger nicht mehr gut, die Zeit der lauten, leidenschaftlichen Streiterei, während der man noch hofft, die Dinge könnten sich wieder wenden, ist vorbei,

und es ist eine verknöcherte Ruhe eingetreten. Das Paar hat sich nichts mehr zu sagen, Veraguth lebt im Malatelier etwas abseits auf einer Wiese, die Frau mit dem einen Sohn – das andere Kind stirbt – im Haupthaus. Das Paar beäugt sich noch müdemisstrauisch, aber die Ernüchterung ist bereits eingetreten, die Trennung nur noch eine Frage der Zeit.



«Das ist nicht unser lieber, guter, alter Hesse»: mit Familie, 1918.

Im Roman findet das Paar nicht mehr zueinander – auch in Bern lief es ähnlich ab: Hesse stürzte sich in Arbeit, schloss sich nach jedem Streit in seinem Schreibzimmer ein und schrieb wie der Teufel an «Rosshalde». Nur ein Jahr nach dem Umzug ist das Buch fertig und wird sofort veröffentlicht. Ein guter und gnädiger Autor zu sein, heisst nicht zwangsläufig, man sei auch ein guter Ehemann. Hesse, so erzählen es verschiedene seiner Nachkommen, wickelte seine Persona um sein literarisches

«Hesse ist wie dieser Veraguth: er hat die heimatlichen Zelte abgebrochen und geht – wohin?»

Werk, Mia war bestenfalls Beigabe, fand sich am Ende der Ehe als seelisch ausgelaugter Lappen wieder.

In den Berner Jahren wird also klar, was am besten in den Worten Kurt Tucholskys zusammenzufassen ist: Der Autor wurde zur Rezension von «Rosshalde» gebeten und war entsetzt und aufgeregt zugleich: «Wenn nicht vorn auf dem Titelblatt der Name Hesse stünde, so wüssten wir nicht, dass er es geschrieben hat. Das ist nicht unser lieber, guter, alter Hesse: das ist jemand anders.»

Schliesslich ist es auch im realen Leben so weit, Hesse verlässt 1919 die Familie, um nur noch Autor zu sein. Doch es ist eher ein Im-Stich-Lassen, denn Mia ist wegen eines depressiven Anfalls im Sanatorium, die drei Söhne leben zeitweise bei Pflegefamilien oder Freunden, Hesse zieht es in die warme Südschweiz. «Der Abschied von Bern fiel mir [...] nicht

mehr schwer», schrieb er. «Es war mir klar geworden, dass es moralisch nur noch eine Existenzmöglichkeit für mich gab: meine literarische Arbeit allem anderen voranzustellen, nur noch in ihr zu leben und weder den Zusammenbruch der Familie noch die schwere Geldsorge, noch irgendeine andere Rücksicht mehr ernst zu nehmen.»

Töchter aus gutem Hause

Tucholsky hat die hessische Moral prophetisch vorausgesehen, ahnte schon, dass mit «Rosshalde» die Grenzen zwischen Fiktion und Realität verwischten sich, und schrieb in der Rezension dazu: «Und Hesse ist wie dieser Veraguth: er hat die heimatlichen Zelte abgebrochen und geht – wohin?» Nun – ab ins Tessin, nach Montagnola, der heutigen Gemeinde Collina d'Oro («Goldhügel»), mit Blick über den Luganersee. Dort nistete er sich in der Casa Camuzzi ein, einer neugotischen Villa mit Garten, die er in «Klingsors letzter Sommer» literarisch verewigte: «Palmen, Zedern, [...] Judasbaum, [...] Schlingpflanzen, Lianen, Glyzinien. [...] schneeweisse Blüten [...], gross wie Menschenköpfe».

Hesse, der sozialistisch angehauchte Sohn deutschbaltischer Missionare, hatte immer ein Händchen für Töchter aus gutbürgerlichem Hause – seine zweite Frau Ruth entstammte wie Maria «Mia» Bernoulli der feinen Basler Gesellschaft – und für grosszügige Mäzene: Das befreundete Ehepaar Elsy und Hans Conrad Bodmer baut für ihn das «rote Haus», ebenfalls in Montagnola gelegen, in dem er lebenslanges Wohnrecht erhält.

Im Jahr 1919, als Hesse sich anschickt, die Frau, die Kinder, das gesellschaftliche Leben seiner literarischen Arbeit hintanzustellen, erntet ein anderer die höchste Auszeichnung für seine schriftstellerische Leistung: Carl Spitteler. Er bleibt der einzige Schweizer Literaturnobelpreisträger bis 1946, bis zur Ehrung des inzwischen eingebürgerten Hermann Hesse. Der flüchtige Dichter hatte seine literarischen Ambitionen eingelöst. Unter dem milden Himmel der Südschweiz entstanden seine wichtigsten Werke: «Siddhartha», «Der Steppenwolf» (Kultbuch der amerikanischen Hippie-Bewegung), «Narziss und Goldmund», «Das Glasperlenspiel».



Hermann Hesse: Rosshalde. Suhrkamp. 168 S., Fr. 11.90



Die Bibel

Kinder an die Macht?

Von Peter Ruch

Dann werde ich ihnen Knaben als Anführer geben, und Willkür wird über sie herrschen (Jesaja 3,4). Das ist ein Gerichtswort über Jerusalem und Juda. In der Bibel wird die Kindheit als eigenständige Lebensphase geachtet. Erwachsene können von kindlichen Eigenschaften wie Vertrauen, Spontaneität und Gwunder etwas lernen. Kindlich und kindisch ist aber nicht dasselbe. Diese Unterscheidung scheint nicht mehr überall zu klappen. Die deutsche Justizministerin Katarina Barley verherrlichte den freitäglichen Protest der Schüler gegen das Versagen der Politik beim Klimawandel und schlug gleich vor, das Wahlalter auf sechzehn Jahre zu senken. Dass eine Ministerin ein Scheinproblem – das Wahlrechtsalter – vorschiebt, um ungelöste, echte Probleme zu verdrängen, ist Routine. Auffälliger ist, dass ausgerechnet eine Justizministerin und Spitzenkandidatin für die Europawahl den Kinderprotest inklusive Schulschwänzen zur Nachahmung empfiehlt. «Solche jungen Leute wünschen wir uns.» Damit fällt sie den Lehrerinnen und Lehrern in den Rücken. Kanzlerin Merkel, stets bereit für windschlüpfige Anpassereien, pries die jungen Mitstreiterinnen und Mitstreiter von Greta Thunberg desgleichen. Noch im Februar hatte sie vor aller Welt vor solchen Aufmärschen als Beispiel für unkontrollierbare Internet-Mobilisierung gewarnt.

Staatsmänner und Staatsfrauen sind solche, die für das Gemeinwesen Richtiges erkannt, angestrebt und erreicht haben. In manchen Belangen sind sie auch gescheitert. Nicht die makellose Erfolgsstory macht sie aus, sondern die stets wiedererrungene Orientierung in den Wirren der Zeit. Dazu gehört der Widerstand gegen das Tagesgeschwätz und den Trend. Nebenbei gesagt, dürften manche der demonstrierenden Schüler schon mit vierzehn Jahren die Malediven, Kenia und Dubai bereist haben. Mädchen und Knaben als Anführer? Einige Kapitel weiter hinten redet Jesaja dann vom Licht, das die Finsternis durchbricht. Es besteht also Hoffnung, dass Deutschland auch von dieser Verirrung genesen wird.

Peter Ruch war reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Diese Bitternis: Maler Renzo Nervi (Luis Brandoni) in «Mi obra maestra».

Kino

«Ihr könnt mich alle mal!»

Wer bestimmt eigentlich den Marktwert eines Malers?

Die argentinische Komödie «Mi obra maestra» beantwortet die Frage mit zwei furios aufspielenden Charaktermimen. Von Wolfram Knorr

Oft trifft man wen, der Bilder malt/viel seltener wen, der sie bezahlt», reimte Wilhelm Busch. Der Maler Renzo Nervi und sein Galerist Arturo Silva wissen das nur zu gut. Die beiden Argentinier arbeiten seit langem zusammen, aber seit einigen Jahren ist Nervis Stern am Sinken. Er ist alt, widerborstig, unverschämt, ein Querulant. Malerei hält er für Betrug. Sein Galerist Silva ist das andere Extrem: ein smarter, elitärer Bohème-Dandy, ein in feinem Zwirn gewandeter Multiplikator der Kunst und ihrer Preise. Er braucht Nervi. Seine Galerie, sein teurer Schlitten, überhaupt sein Luxusleben wollen finanziert sein. Schustert er Nervi einen lukrativen Auftrag zu, versaut dieser ihn, ganz bewusst. Arturo ist stinksauer, Renzo mit seiner Rabulistik und seiner Erotomanie am Ende – er wird aus seiner Atelierwohnung rausgeschmissen, seine Geliebte lässt ihn für einen Jüngeren sitzen, und in den Restaurants kann er nicht mehr zahlen. Da wird er im Suff von einem LKW fast zu Tode gefahren. Das bringt Silva, nach dem Volksmund-Motto «Nur ein toter Künstler ist ein guter Künstler», auf eine glänzende Idee.

Der argentinische Regisseur Gastón Duprat widmet sich gerne voller Lust, Witz und Intelligenz dem Kulturbetrieb und seinen absurden bis verlogenen Usanzen («El ciudadano ilustre», «El Artista»). In «Mi obra maestra» («My Masterpiece») enthüllt er mit schwarzhumori-

ger Satire-Lust die irren Mechanismen, die den Marktwert eines Malers lenken. Bei Silvas Krankenbesuchen eröffnet ihm Nervi, nicht mehr leben zu wollen. Silva besorgt ihm darauf heimlich ein Medikament fürs schmerzlose Ableben. Vorher dreht er aber mit Nervi ein Video, in dem dieser seinen freiwilligen Tod begründet und einem ausgewählten Galerien-Publikum vorführt. «Ich wurde», bekennt der Suizidäre mit tiefendem Sarkasmus, «332 nach Rembrandt geboren. Ich zähle nach Rembrandt, der ein Genie war, und nicht nach Christus, der ein Spinner war. [...] Wenn 22 Millionäre hinter einem Ball herlaufen, ist alles verloren. [...] Ihr könnt mich alle mal. Auf Wiedersehen.»

Die Zuhörerschaft ist ergriffen und entzückt zugleich: Welcher Nachdruck! Welche Gewissheit! Diese angestaute Energie! Diese Bitternis! – Und schon wächst das Interesse und steigen die Preise am «Spätwerk» ins Unermessliche. Silva und eine wahnsinnig blasierte Kollegin, die einst über Nervi spottete und mit der er nun gemeinsame Sache macht, finden 40 000 Dollar für ein Bild viel zu wenig. Der Preis bestimmt den Wert des Künstlers. Also rauf damit! Ein saudischer Scheich will deshalb gleich eine komplette Nervi-Ausstellung aufkaufen. Sie lehnt ab, aus gutem Grund: Man brauche schliesslich noch Bilder, um Bedeutung und Preis noch höher schrauben zu können. Da gesteht ihr Silva, dass er noch viele

Bilder aus der «Frühphase» gefunden hat! Die Partnerin ist perplex. Das Geschäft brummt und wäre auch weiter prima gelaufen, wenn nicht ein penetrant ehrlicher junger Nervi-Adept, der sich als Schüler dem Maler andiente, das Business durchkreuzen würde – oder doch nicht?

«Mi obra maestra» durchspielt mit einer klugen Story die seltsamen Gründe, die einen Maler gross machen: Irrationalismus, zynische Manipulationen, «visueller Lohn» (Magie), Theorie-Geschwafel (die sogenannten Ismen). Bei Gastón Duprat, der auch das Drehbuch schrieb, wird das, dank der Charakter-Mimen Luis Brandoni als erotomanische Quengel-Kunst-Krähe und Guillermo Francella als geschneigelter Pfau, zur komischen An-Schauung. Kleiner Tipp: Der Dok-Film «The Price of Everything» im Kino und die Satire «Velvet Buzzsaw» auf Netflix sind ideale Ergänzungen dazu. ★★★★★☆

Weitere Premieren

Les chatouilles — In Thomas Vinterbergs «Die Jagd» (2012) wird ein Kindergärtner von einem Knaben sexueller Übergriffe beschuldigt und daraufhin von der Gemeinschaft ausgeschlossen. Die radikale Gegenperspektive ergreifen Andréa Bescond und Eric Métayer in ihrem emotional an die Nieren gehenden Pädophilen-Drama. Odette (Andréa Bescond; als Kind Cyrille Mairesse), ein Mädchen, das



Radikale Gegenperspektive: «Les chatouilles».

leidenschaftlich gerne tanzt, wird von einem Freund ihrer Eltern mit seifiger Zärtlichkeit zu «Kitzelspielen» überredet. Unbefangen lässt sich die kleine Odette darauf ein, bis der Freund immer mehr verlangt. Der Film wechselt mit erzählerischem und psychologischem Geschick zwischen der kleinen und der erwachsenen Odette, die professionelle Tänzerin wird – sie möchte den ihr zugefügten Schmerz und die jahrelang unterdrückten Gefühle tänzerisch zum Ausdruck bringen. Beklemmend ist die subjektive Perspektive, Odettes «Einkerkerung», der qualvolle Versuch, sich aus ihrem Seelengefängnis zu befreien. Überall sind «Wärter», die das verhindern: Die Mutter glaubt ihr viel zu lange nicht, der Vater vertraut dem Freund und so weiter. Nur einem Kumpel aus Kindertagen, der auf

die schiefe Bahn gerät, vertraut sie. Von emotionaler Wucht. ★★★★★☆

Sohn meines Vaters — Karl (Dani Levy), gerade sechzig geworden, Psychiater, Autor und vor allem Faun, der sich dank einer Affäre mit seiner Assistentin Sonja (Katja Kolm) um Jahrzehnte jünger fühlt, bittet seinen Sohn Simon (Dimitri Stapfer), sein Buch zu transkribieren, während er mit seiner – offenbar durch frühere Affären



Heisse Affäre: «Sohn meines Vaters».

verhärmten – Gattin (Sibylle Canonica) in Urlaub fährt. Widerwillig übernimmt der Filius die Arbeit, bis zwischen ihm und Sonja eine heisse Affäre beginnt. Beide sind sauer auf Karl und seine selbstherrlichen Attitüden. Als der Papa nach Hause kommt, überrascht er die Turteltaubchen, und Sohn Simon wird darob ganz verzweifelt. Jeshua Dreyfus («Halb so wild») kann sich nicht so recht entscheiden, was er will, Psychodrama oder Komödie. ★★★★★☆

Captain Marvel — Superman kann einpacken. Captain Marvel (Brie Larson), einst Kampfpilotin, wird durch Kree-Aliens zur Super-Super-Leuchte. Sie strahlt von innen und aussen. Ein Mega-Super-Power-Emanzipationsschub. Nur eine Katze stiehlt ihr fast die Show. Zu Beginn ironisch. Für Hardcore-Fans. ★★★★★☆

Knorrs Liste

1	Roma Regie: Alfonso Cuarón	★★★★★
2	The Old Man & the Gun Regie: David Lowery	★★★★☆
3	Vice Regie: Adam McKay	★★★★☆
4	On the Basis of Sex Regie: Mimi Leder	★★★★☆
5	Green Book Regie: Peter Farrelly	★★★★☆
6	The Wife Regie: Björn Runge	★★★★☆
7	Boy Erased Regie: Joel Edgerton	★★★★☆
8	If Beale Street Could Talk Regie: Barry Jenkins	★★★★☆
9	Can You Ever Forgive Me? Regie: Marielle Heller	★★★★☆
10	Tel Aviv on Fire Regie: Sameh Zoabi	★★★★☆

Jazz

Die Orgel, erdig und esoterisch

Von Peter Rüedi

Das Vergangene ist nicht tot; es ist nicht einmal vergangen»: Der Satz des grossen William Faulkner drängt sich auf, wenn wir an die Bedeutung denken, die der Blick zurück im heutigen Jazz hat. Der kann durchaus auch Ausgangspunkt für kreative zukunftsgerichtete Entwürfe sein; eine Perspektive der Wahrnehmung. Denn so wahr die Vergangenheit nie tot ist, so unzweifelhaft ist es, dass jede neue Generation eine historische Musik anders hört. Der spirituelle Hallraum oder Überbau, der im Jazz der sechziger Jahre in John Coltranes «A Love Supreme» gipfelte, sich aber zuvor schon abzeichnete, etwa, fast als Parodie, im kosmischen Klamauk, mit dem sich der Bandleader Sun Ra inszenierte, gewinnt wieder eine neue Attraktivität.

Seine jüngste CD nennt der Hammond-Organist Joey DeFrancesco (geb. 1971) «In the Key of the Universe», und das ist auf den ersten Blick ebenso erstaunlich wie der Umstand, dass er dazu für drei zentrale Titel einen der authentischen Charismatiker jenes spirituellen Free Jazz der Sechziger ins Studio holte, den mit Coltrane eng verbundenen Pharoah Sanders (geb. 1940; seinen Namen verdankt dieser eben dem genannten Mythomanen Sun Ra). DeFrancesco hat in den Neunzigern so etwas wie eine Renaissance der Hammondorgel initiiert, und ganz folgerichtig war er ein Fortsetzer jener handfesten, fetzigen, groovenden, bluesigen Tradition, die zuerst Jimmy Smith begründet hatte. Bei näherem Zusehen ist allerdings weniger verblüffend, dass sich DeFrancesco bei seiner Raumfahrt ins Geistige durchwegs als erdiger Swinger erweist, aber eben auch auf raffinierte Subtilitäten aus ist. Hat er doch wiederholt mit John McLaughlin und mit dem späten Miles Davis gearbeitet. Er ist superb, parterre und in esoterischen Höhen, überrascht auch zweimal mit einer sehr soliden Trompete. Sanders steuert seinen alten Sakral-Hit «The Creator Has a Master Plan» aus dem Album «Karma» von 1969 (!) bei und einige inspirierte Tenor-Soli *in the tradition*. Übertrendend ist, abgesehen von Altmeister Billy Hart an den Drums, Saxofonist Troy Roberts: nahe bei Coltrane und doch weit mehr als ein «Trane»-Epigone.



Joey DeFrancesco:
In the Key of the Universe.
Mack Avenue MAC 1147



Thiel

Höhere Macht

Von *Andreas Thiel*

Zeuge Jehovas: Guten Tag, wir sind von den Zeugen Jehovas. Haben Sie schon mal über eine höhere Macht nachgedacht?

Berset: Was machen diese Sektenbrüder hier?

Maurer: Raus hier! Sie stören uns an einer Bundesratssitzung.

Zeuge Jehovas: Das Bundeshaus liegt leider an der Strasse, die meine Kollegin und ich heute zugeteilt erhielten, um neue Mitglieder zu werben. Dürfen wir kurz reinkommen?

Maurer: Ich glaube nicht, dass hier jemand an einer Mitgliedschaft bei Ihnen interessiert ist.

Cassis: Vielleicht sollten wir erst einmal in Erfahrung bringen, zu welchen Bedingungen eine Mitgliedschaft möglich wäre, bevor wir einen Beitritt ausschliessen.

Amherd: Ich glaube durchaus an eine höhere Macht, aber ich bezweifle, dass ich an denselben Gott glaube wie die Zeugen Jehovas.

Zeuge Jehovas: Es gibt nur einen Gott.

Keller-Sutter: Da haben Sie vermutlich recht, aber vielleicht ist der eine Gott, den es gibt, nicht jener, an welchen Sie glauben.

Zeuge Jehovas: Unser Gott ist der Gott aller.

Berset: Meiner ist es jedenfalls nicht.

Zeuge Jehovas: Wieso nicht?

Berset: Ich glaube nicht an Gott.

Zeuge Jehovas: Das ist schlimm!

Parmelin: Wenn Sie ihn bekehren möchten, nur zu, ich helfe Ihnen gerne dabei.

Maurer: Etwas Hilfe von oben könnte ihm durchaus nicht schaden.

Cassis: Ein wenig göttliche Inspiration würde ihm vielleicht guttun.

Berset: Ich brauche keinen Gott über mir, der mir sagt, was ich tun soll.

Zeuge Jehovas: «Kein Heil gibt es für die Gottlosen.» Jesaja 57, 21!

Maurer: So, raus jetzt mit Ihnen! Ich glaube nicht, dass unsere Arbeit hier irgendetwas mit Gott zu tun hat.

Jean-Claude Juncker: Guten Tag, ich bin von der EU. Haben Sie schon mal über eine höhere Macht nachgedacht?

Berset: Oh, kommen Sie herein!

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Hotel der Lebenslust

«Swiss Days» im «Imperial Hotel» in Tokio; Tag der Frau im Zürcher Hotel «St. Gotthard». Von *Hildegard Schwaninger*

Die japanische Küche ist Unesco-Weltkulturerbe, und um da mithalten zu können, muss man sich anstrengen. Mit **Laurent Eperon**, Chef des «Pavillon» (zwei Michelin-Sterne) im Hotel «Baur au Lac», wurde aus der Schweiz einer der besten Kochkünstler ausgesandt, um die japanischen Gäste zu beeindrucken. Im «Imperial Hotel» in Tokio finden im März die «Swiss Days» statt, ein kulinarisches Gastspiel des «Baur au Lac». Die beiden Fünfsternehäuser fühlen sich durch gemeinsame Werte und Traditionen verbunden. Lukullische Höhenflüge aus der Schweiz sollen für unser Land werben.

Der Glacier Express en miniature, im 17. Stock des «Imperial Hotel» eindrücklich vor der Tokio-Skyline aufgebaut, soll die Neugierde auf die Schweiz beflügeln. Der Schweizer Botschafter in Japan, **Jean-François Paroz**, kam zur Eröffnungszereemonie. Er ist seit zweieinhalb Jahren in Tokio, war vorher in Ungarn und meint: «Die «Swiss Days» sind die besten Botschafter der Schweiz, sie machen für mich die Arbeit.»

Im «Imperial», einem Tempel der sprichwörtlichen japanischen Gastfreundschaft, arbeiten vierhundert Köche, das Hotel hat siebzehn Restaurants. Es ist eines der ältesten, grössten und besten Hotels von Tokio, ursprünglich von **Frank Lloyd Wright**, dem Erbauer des New Yorker Guggenheim-Museums, entworfen und gebaut, doch Erdbeben, Taifune und der Zahn der Zeit haben das Gebäude zerstört; heute erinnert die mit Möbeln und Lampen des Designers eingerichtete Frank-Lloyd-

Wright-Suite im 14. Stock – neben ein paar Reminiszenzen in der weitläufigen Eingangshalle des Hotels – an den amerikanischen Stararchitekten.

Wilhelm Luxem, General Manager des «Baur au Lac», war zur Eröffnung der «Swiss Days» angereist, er war vorher in Seoul bei einem Treffen der Leading Hotels of the World (wo «Baur au Lac»-Besitzer **Andrea Kracht** Präsident ist). Wilhelm Luxem sieht die Aufgabe der Hoteliers darin, Aushängeschilder eines Landes zu sein. «Wir Hoteliers müssen nicht nur ausländische Gäste ins Land locken, durch unsere Auftritte repräsentieren wir auch das Land im Ausland.»

Ljuba Manz, die legendäre Hotelkönigin, hat mit dem «St. Gotthard» ein Viersternehotel zu verwalten, das sie – die sich der Zürcher Gesellschaft zugehörig fühlt – mit Fünfsterne-Gästen füllen will. Dazu lässt sich die kluge und geschäftstüchtige Gastgeberin immer einiges einfallen. Ljuba Manz ist eine lebenslustige Frau; sie kann Feste veranstalten, wie es kein zweiter Gastronom in Zürich versteht. Wo immer es etwas zu feiern gibt, im «St. Gotthard» wird gefeiert. Russischer Silvester, chinesisches Neujahr – und natürlich der Internationale Tag der Frau. Der fand letzte Woche statt, Ljuba Manz lud gemeinsam mit **Raquel Marquard** ein. Zum vernünftigen Preis von 195 Franken pro Person (Champagner-Apéro sowie Drei-Gang-Menü mit Salat und Fisch) war man dabei; das Lokal war knallvoll. Wenn Ljuba Manz orga-



Fast verliebt

Bumble oder Balloon

Von *Claudia Schumacher*

Neulich waren meine Eltern zu Besuch», erzählt mein Cousin Maxim. Es sei cool gewesen, sie hätten ein Bier zusammen getrunken bei ihm in der Wohnung. Dann sei sein Vater aufs Klo gegangen, und als er

zurückkam, habe er im Halbernst gescherzt: «O Mann, so, wie es da aussieht, wundert's mich nicht, dass du keine Frau hast!» Später habe seine Mutter gemeint, sie sei allgemein froh, dass es ihm gutgehe. Maxim hat nämlich gerade mit Surfen begonnen und sich ein Mountainbike gekauft. Und dann ein neues Auto, in welches das Mountainbike reinpasst – was man halt so macht, wenn man Single und Anfang dreissig ist: das Geld, das nicht für Kinder draufgeht, in sich und das eigene Vergnügen investieren. Beim Abschied sagte seine Mutter: «So, dir geht's gut, und dein Leben läuft in geordneten Bahnen. Das ist schön. Und jetzt suchst du dir eine nette Frau!»

Da Maxim im Herzen ein braver Junge ist, tat er also zwei Dinge, nachdem die Eltern weg waren: ausgiebig das Klo schrubben. Und: die Dating-App «Bumble» runterladen. Maxim hat es schwer, denn in der Grosstadt wimmelt es



Beeindruckend: Sternekoch Eperon.



Aushängeschilder: «Baur au Lac»-Manager Luxem.



«Girls' Night»: Organisatorin Manz (3. v. r.).

nisiert, bedeutet das Spass, viel Musik und Lebensfreude pur. Silvia Affolter führte vergnügt durch den Abend, eine Art «Girls' Night», wo alle schnatterten und kreischten vor Vergnügen. Schliesslich war man unter sich.

Da Frauen gerne shoppen, war der Abend auch ein Shopping-Event. Erst gab es eine Modeschau von Jelmoli, dann begab man sich in eine Hotelsuite, wo man die Mode kaufen konnte. Diamanten, Gold und Edelsteine – eines der Lieblingslaster der Hausherrin – konnte man auch kaufen. In zwei Vitrinen war Schmuck ausgestellt, vom Salzburger Juwelier Köchert (Juwelier Florian Köchert und dessen Mitarbeiter Max Graf Walderdorff waren die einzigen Männer, die beim Ladies' Event dabei sein durften). Erstmals hat Ljuba Manz den Tag-der-Frau-Event mit einem «Gentlemen's Evening» vervollkommen. Die besseren Hälften der Ladies sassen in der «Hummer- und Austernbar», genossen den Abend ganz unter sich bei US-Beef und Lobster, Wein, Whisky und Zigarren.

Man sah: Medizinprofessor Christian Breyermann, Polo-Altstar Piero Dillier, die Banker Ariel Goekmen und Ronnie Sauser, Immobilien-Unternehmer Peter Friedli und Marco Conte, den Ehemann von Ljuba Manz. Ab 22 Uhr hiess es «Disco». Männer und Frauen durften sich mischen. Vor allem die Frauen tanzten, die Männer blieben lieber bei ihren Zigarren. Einzig Conte sprang sofort auf und führte seine dreissig Jahre ältere Ehefrau galant aufs Parkett. Und wieder fragten sich alle Frauen: Wie macht die Ljuba das? Nun, mit ihrem Charme. Wenn es einen Preis gäbe für «Hotel der Lebenslust» – Ljuba Manz würde ihn gewinnen.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

von promiskuitiven Frauen. Einst war er ihr bester Freund. Nachdem er sich entschieden hatte, das Aufreissen sein zu lassen, widmete er sich aber anderen Themen. Er hat sich auch ganz gut im Griff, Rückfälle gab's wenige. Doch die richtige Frau fehlt noch immer.

«Bumble ist geiler als Tinder!», fand Maxim also zuerst. Swipen ohne Stress. Bei der Dating-App Bumble muss man die Leute zwar auch erst aussuchen und auf ein Match warten, genau wie bei Tinder. Aber dann muss die Frau den ersten Schritt machen, Männer können nur antworten. «Das ist cool», meint Maxim, «denn das entspannt dich als Mann und schützt die Frauen erst mal vor dick pics und anderen Grobheiten.» Nach einer Weile habe sich bei ihm aber der gleiche toxische Effekt eingestellt wie damals mit Tinder: Das Warten auf die Richtige werde unangenehm akut. «Ständig denkt man: Wenn ich jetzt aufs Smartphone schaue, könnte

die Nachricht kommen, dass ich ein neues Match habe», so Maxim. «Man lebt 24/7 in dem Glauben, gleich könne die Frau in dein Leben treten, die alles verändert.» So verliere man den Sinn für die Gegenwart. Weshalber Bumble wieder deinstalliert und die Meditations-App «Balloon» heruntergeladen habe. «Tinder und Bumble betäuben», so Maxim, «meditieren weckt dich wieder auf.» Mittlerweile habe er eine «mega Frau» in einer Bar kennengelernt – dank erhöhter Achtsamkeit quasi habe er die Gelegenheit im Hier und Jetzt beim Schopf gepackt. «Bumble hat nichts gebracht?», frage ich noch. «Doch», sagt Maxim. «Da habe ich auch eine getroffen, die mich interessiert ...» Das muss er wohl erst mal auflösen. Das Fazit, so weit: Bumble und Balloon, ein guter Swiping-Daumen und gesteigerte Präsenz sind letztlich wohl kein schlechtes Team.



Unten durch

Werkzeugkiste

Von Linus Reichlin

Ein Wort noch zu Frauen und ihrer Frisur: Sie ist bei ihnen etwas Ähnliches wie die Hautveränderung von Oktopussen bei emotionaler Erregung. Frauen, die ihre Partner verlassen wollen, zeigen dies zum Beispiel häufig an, indem sie mit einer völlig neuen Frisur nach Hause kommen. Mein Schwager, der bei der Kriminalpolizei arbeitet, erzählte mir, dass viele Männer, die ihre Frauen umbringen, im Verhör aussagen, die neue Frisur ihrer Frau habe sie überhaupt erst auf den Gedanken gebracht, dass sie sie verlassen will. Aber greift jetzt nicht gleich zum Hammer, Brüder! Wenn eure Frauen lange Haare hatten und sich dann eine Kurzhaarfrisur schneiden lassen, kann das auch ein Zeichen von Resignation sein: Durch die kurzen Haare geben sie zu erkennen, dass sie sich damit abgefunden haben, keinen Besseren mehr zu finden. In diesem Fall solltet ihr ihnen einfach über die Igelfrisur streichen und sagen: «Stell dich nicht so an, Schatz, in Afrika geht's den Frauen noch viel schlechter!»

Wenn eure Frau aber vorher kurze Haare hatte und sie jetzt wachsen lässt oder wenn sie sich von brünett auf blond färben lässt, dann nützt es auch nichts mehr, wenn ihr ihr im Supermarkt für Fr. 9.95 einen Strauss Zucht tulpen aus Marokko kauft: Sie wird gehen. Doch auch im umgekehrten Fall, wenn ihr sie verlasst, wird sich ihre Frisur ändern, aber nicht sofort. Der Frisurwechsel fällt zeitlich nie mit seiner Ursache zusammen, sondern findet immer einige Monate vor oder nach dem Ereignis statt, das ihn ausgelöst hat. Keine Frau verlässt ihren Mann am selben Tag, an dem sie sich eine neue Frisur hat machen lassen. Und keine Frau, die verlassen wurde, setzt sich gleich danach unter die Trockenhaube. Das macht sie erst nach drei, vielleicht auch nach sechs Monaten, aber irgendwann macht es jede. Keine deiner Ex-Freundinnen wird jemals dieselbe Frisur tragen wie zur Zeit eurer Beziehung, nicht, wenn sie dich geliebt hat. Wenn sie dich nicht geliebt hat, schon. Mein Schwager erzählte mir, dass einige besonders sensible Mörder zu Protokoll gegeben haben, sie hätten ihre Ex-Frau umgebracht, weil sie zwei Jahre nach der Trennung noch im-

>>> Fortsetzung auf Seite 62

mer dieselbe Frisur getragen habe – da sei ihnen klargeworden, dass ihre Ex sie nie geliebt habe. Meine Ex färbte sich sieben Monate nach der von mir gewollten Scheidung ihre Haare blau: Wie sehr muss sie mich geliebt haben! Objektiv betrachtet, hätte ihr Coiffeur ihr allerdings davon abraten sollen, denn Blau steht nur Frauen in «Raumschiff Enterprise». Ihr Coiffeur war sowieso ein Stümper, die ganzen achtzehn Jahre unserer Ehe habe ich unter seinen miesen Frisuren gelitten. Nach der Geburt des ersten Kindes riet er meiner Ex zu einer Bequemfrisur, die den erotischen Reiz von Putzfäden hatte. Vielleicht wäre ich sogar noch mit ihr zusammen, wenn der Kerl wenigstens mal einen Fortbildungskurs bei der Munich Hair Academy besucht hätte. Wenn man eine neue Frau kennenlernt, sollte man eigentlich immer gleich ihren Coiffeur beobachten, um rauszufinden, ob er etwas taugt. Man legt ja schliesslich das Wichtigste, was sie hat, um ihre Emotionen auszudrücken, in seine Hände.

Wer weiss, vielleicht hätten viele «Kunden» meines Schwagers den Hammer in der Werkzeugkiste liegen lassen, wenn nicht drittklassige Coiffeure ihren Frauen eingeredet hätten, dass sie eine völlig neue Frisur brauchen. Meine neue Freundin hat sich übrigens letzte Woche Strähnen machen lassen, ich habe keine Ahnung, was das bedeutet. Ich glaube nicht, dass sie mich verlassen will, denn sie sagte, sie habe es für mich getan. Andererseits wollte ich gar keine Strähnen, ich wollte, dass sie sich einen roten Latexanzug mit beleuchtetem Schritt kauft. Ich werde mal mit ihrem Coiffeur sprechen, vielleicht rückt er ja mit der Wahrheit raus, wenn ich ihm Haarspray in die Nasenlöcher sprühe.

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Barolo als Gesamtkunstwerk

Von Peter Rüedi

Der Olymp kennt mehrere Routen, auf denen man zu seinem Gipfel gelangt. Und die Weine der piemontesischen Langhe, die in den Appellationen Barolo und Barbaresco mit das Nonplusultra des italienischen Weins vorstellen, verdienen mehr als einen Angang. So geht's hier, nach der Präsentation eines 2013ers von Damilano (*Weltwoche* Nr. 6/19), abermals um einen Barolo, einen aus dem gesegneten Jahr 2015 des Hauses Figli Luigi Oddero in Santa Maria di La Morra (nicht zu verwechseln mit dem Betrieb von Giacomo Odderos Nachfolgern, ebenfalls in La Morra). Es ist kein Lagen-Barolo wie Damilanos Super-Cru aus dem Dreisterne-Terroir Cannubi. Die Trauben, aus denen Odderos derzeitiger Önologe Francesco Versio ihn gekeltert hat, stammen von Reben in La Morra, Castiglione Falletto und Serralunga d'Alba. Luigi Oddero Figli wird heute, nach dem Tod des Patrons, von seiner Frau Lena und ihren Kindern Giovanni und Maria geleitet. 32 Hektaren. Unter welchen sich zwar auch meh-

re rennommierte Lagen befinden. Dieser vermeintlich «einfache» Barolo aber hat es in sich.

Er bewegt sich zweifellos auf dem Niveau seiner noblen Verwandten mit «reiner Abstammung», will sagen: definierter Herkunft. Nun ist das so eine Sache mit Reinheitsgeboten beim Wein (und anderswo). Hat sich der Irrglauben, sortenreine Weine seien per se Cuvées überlegen, längst erledigt, ist die Meinung, Lagenweine seien grundsätzlich Kompositionen aus verschiedenen Terroirs vorzuziehen, so weit verbreitet, dass ein Renommegefälle auch an den Preisdifferenzen abzulesen ist. Zweifellos gibt es gute Gründe, auf die spezifische Beschaffenheit spezieller Böden zu achten, und von einigen der Barolo-Einzellagen kommen superlativische Weine: Brunate, Rocche dell'Anunziata, Cerequio in La Morra, Monprivato, Rocche di Castiglione oder Villero in Castiglione Falletto, Francia, Gabutti, Parafada u. a. aus Serralunga d'Alba. Aber hoch zu schätzen ist ebenso die Kunst, aus den unterschiedlichen Terroirs (bei getrennter Vinifikation und getrenntem Ausbau, wohlverstanden!) ein Gesamtkunstwerk zu schaffen; aus den weicheren, duftigeren Säften aus La Morra, den kräftigeren, tanninreicheren aus Serralunga und den mittleren aus Castiglione Falletto eine Cuvée jenseits allen Lagen-Purismus: einen klassischen Barolo eben mit dem Duft von getrockneten Rosen, Lakritz und (mit etwas Fantasie) einem Hauch von Trüffel in der Nase, mit tollen Fruchtnoten (Himbeeren!) am Gaumen und solider Tanninstruktur und sehr diskretem Holz. Ein Meisterwerk in einer (relativ) bescheidenen Kategorie (so es die beim Barolo überhaupt gibt). Lang haltbar. Bitte dekantieren!

Figli Luigi Oddero Barolo La Morra 2015. 14,5%. Weibel Weine, Thun. Fr. 34.90. www.weibelweine.ch



Salz & Pfeffer

Kürzlich in Miami

Von David Schnapp

Bei einer kleinen Floridareise, die ich vor kurzem machen konnte, verbrachte ich auch zwei Tage in Miami. Die Stadt ist kulinarisch gesehen interessant, weil die Hochküche praktisch nicht zu finden ist, dafür südamerikanische Einflüsse von Peru bis

Mexiko, die in locker geführten Restaurants gut zur Geltung kommen.

Die erstaunlichste Entdeckung war ein Lokal, das in dem ausladenden Shoppingcenter namens Brickell City Centre zu finden ist. Das «Tacology» widmet sich schwerpunktmässig der mexikanischen Fastfood-Disziplin Taco: Ein Fladenbrot (Tortilla) aus Maismehl wird mit Fisch, Fleisch, Gemüse, Saucen und Gewürzen gefüllt. Aus dieser einfachen Idee hat Santiago Gomez ein herausragendes Konzept für ein Lokal entwickelt, das von der Presse gelobt wird als «bestes mexikanisches Restaurant in Miami».

Nach schweizerischen Massstäben ist das «Tacology» eine Fabrik. Mittags sitzen hier geschätzte hundert Gäste, bekocht und bedient von Dutzenden Mitarbeitern. Trotz der Grösse stimmt die Qualität. Die Tacos bestellt man über ein iPad, sie werden bei Bestellungseingang frisch zubereitet und sofort serviert. Das klassische «Chicken al Pastor» etwa hat eine leichte

Süsse durch Ananas und eine feine Schärfe, die von *guajillo*, einer getrockneten Chilischote, stammt. Zwiebeln und Koriander runden den kräftigen, würzigen Geschmack ab. Es gibt Tacos mit Rührei, Rinderzunge, geschmorter Schweineschulter, Pilzen oder Red Snapper, und jeder einzelne schmeckt hervorragend und wird geschickt in seiner Intensität variiert.

Dass in Amerika alles etwas grösser ist, scheint im Falle dieses Restaurants überhaupt kein Nachteil zu sein. Und vielleicht ist so ein Konzept nur in Amerika möglich. Das «Tacology» zeigt, wie man Systemgastromonomie auf sehr hohem Niveau betreiben kann. Die Maistortillas für die Tacos sind natürlich hausgemacht, die Rezepte für jeden Taco wirken wohlüberlegt.

Tacology, 4th Brickell City Centre, 701 S Miami Ave, Miami. Tel. +1 786 347 5368. Täglich geöffnet.

David Schnapp ist Autor beim Gault-Millau-Channel.



Auto

«Wie gefällt er dir?»

Unter den kompakten SUVs ist der Jaguar E-Pace das Modell, das meine Frau «sofort nehmen» würde. *Von David Schnapp*

Letzte Woche war ja Weltfrauentag; ich habe den Anlass genutzt, um wieder einmal mit meiner Frau ein recht aussichtsloses Gespräch über Autos zu beginnen. Meine Frau fährt zwar Auto, ist immer Auto gefahren und ist gern mit dem Auto unterwegs, aber es ist für sie ein abstrakter Gegenstand und kein emotionales Objekt, zu dem man eine Beziehung entwickeln könnte – was bei einem Motorfahrzeug natürlich der Fall ist, und wir Autofreunde wissen das. Es ist vermutlich ein grosses, beziehungsverlängerndes Glück, dass wir bisher nie einen Wagen anschaffen mussten. Die völlig unterschiedlichen Sichtweisen auf den Alltagsgegenstand Auto könnten zu grösseren Verwerfungen führen.

Aber ich habe ja das grosse Glück, dass in meiner Garage meistens ein Testwagen bereitsteht; diesmal war es ein Jaguar E-Pace mit dem neuen Vierzylinder-Benzinmotor. Er heisst P200, leistet dank Turboaufladung 200 PS und ist mit einem Otto-Partikelfilter versehen, was der strengen Abgasnorm Euro

6d-Temp entspricht. Der E-Pace ist der kompakte SUV von Jaguar, ein sehr schön gezeichnetes Fahrzeug, wie ich finde.

Sicher und sympathisch

Kürzlich fuhren wir nach Luzern, und ich hielt es aus Anlass des Weltfrauentags für sinnvoll, meine Frau für die Einschätzung des Fahrzeugs zu Wort kommen zu lassen. «Wie gefällt er dir?», fragte ich. Und meine Frau äusserte sich für ihr Verhältnis zum Automobil schon fast hochemotional: «Gefällt mir gut, den würde ich sofort nehmen.» Ein grösseres Kompliment ist in diesem Zusammenhang eigentlich kaum denkbar. Der Grund für das verhältnismässig überschwängliche Lob: Die Sitzposition gebe ihr ein sicheres Gefühl.

Etwas ausführlicher beschrieben, ist der E-Pace eine perfekte Mischung aus Stil, Sicherheit und der richtigen Grösse. In einem Schönheitswettbewerb kompakter SUVs käme der Jaguar mit Sicherheit aufs Podest: Bei einer Umfrage unter den Lesern von *Auto Motor und*

Sport jedenfalls siegte der E-Pace kürzlich in der Kategorie «Kompakte Geländewagen und SUV». Kommt dazu: Seine Ausmasse sind so, dass vier Personen plus etwas Gepäck sehr komfortabel reisen könnten, und die Sicherheitsausstattung umfasst einiges mehr als die angenehm hohe Sitzposition: In der Ausstattungslinie R-Dynamic gehören zur Grundausstattung: autonomer Notfall-Bremsassistent, Rückfahrkamera, Geschwindigkeitsregelung mit Geschwindigkeitsbegrenzer, Spurhalteassistent, Aufmerksamkeitsassistent sowie Einparkhilfe vorne und hinten.

Der E-Pace ist, abgesehen von seinen technischen Möglichkeiten, dem permanenten Allradantrieb, dem ausgewogenen Fahrwerk und den ruhig laufenden, kräftigen Turbomotor und der Neungang-Automatik, vor allem ein Auto, mit dem man gerne unterwegs ist und in dem man sich gerne zeigt. Das ist kein streng rationales Argument, aber dennoch für viele Leute mit feinem Gespür für Mensch und Umwelt, zu denen ich meine Frau zähle, recht entscheidend.

Jaguar E-Pace P200 R-Dynamic
Leistung: 200 PS / 147 kW; Hubraum: 1997 ccm;
max. Drehmoment: 320 Nm / 1250 U/min;
Beschleunigung 0–100 km: 8,2 sec;
Höchstgeschwindigkeit: 216 km/h;
Verbrauch (NEFZ): 8,1l/100km; Preis: Fr. 50 100.–

Uhrenzauber in Havanna

Was verschlägt eine Schweizer Luxusuhren-Marke ins kommunistische Kuba? Mit Zenith-Chef Julien Tornare am schrägsten Tabakfestival der Welt. Von Florian Schwab

Was die Baselworld für die Uhrenbranche ist, ist das Festival del Habano für die spezielle Welt der Havannazigarren. Zum 21. Mal wird das jährliche Klassentreffen des kubanischen Staatsmonopols Habanos S.A. mit Importeuren, Händlern und Zigarren-Aficionados aus aller Welt in der kubanischen Hauptstadt Havanna ausgerichtet. Der Höhepunkt der eine Woche dauernden Messe ist jeweils die «Noche de Gala», der Galabend. Bei früheren solchen Versammlungen trat gelegentlich der Máximo Líder, Fidel Castro, höchstpersönlich in Erscheinung und hielt eine für seine Verhältnisse kurze zweistündige Rede.

Dicht gedrängt stehen die rund 1200 geladenen Gäste im Eingangsfoyer des Palexpo, einer gigantischen Eventhalle. Es wird aus Frankreich importierter Champagner gereicht und die erste von fünf Zigarren – eine kleine. Das Publikum könnte teilweise direkt aus einem Mafiafilm der siebziger Jahre entlehnt sein: exzentrische Figuren mit Panamahut im farbigen Anzug mit der obligaten Cohiba im Mund oder kleingewachsene ältere Herren im Smoking an der Seite einer sie um zwei Köpfe überragenden lateinamerikanischen Schönheit. Die strenge Feierlichkeit des Anlasses wird durch die karibisch-flexible Interpretation des Dresscodes aufgeweicht. Die drückend schwüle Abendluft tut der Stimmung keinen Abbruch, und die Gäste lassen die Zumutung des rund einstündigen Wartens bis zum Einlass ohne Murren und bei einem weiteren Glas Champagner geschehen.

Castro und Chanel

Eine aus Schweizer Sicht prominente Rolle kommt an diesem Abend Julien Tornare zu, der vor zwei Jahren das Steuer des Traditionsuhrmachers Zenith von Jean-Claude Biver übernommen hat. Tornare hat für eine grosse Auktion am Gala-Abend die Individualanfertigung einer Zenith-Uhr mitgebracht. Zudem lanciert die Uhrenmarke eine limitierte Auflage von drei Mal fünfzig Modellen des «Pilot Type 20 Chronograph Edition 45 mm» zu Ehren des Fünfzig-Jahr-Jubiläums der Zigarrenmarke Trinidad. In den vergangenen Jahren hatte Zenith vor allem mit der emblematischen Marke Cohiba, 1966 als Privat-Label Fidel Castros erschaffen, zusammengearbeitet. Dass dieses Jahr nicht Cohiba, sondern Trinidad zum Zug kommt, liegt an einem gemeinsamen Jubiläum: Vor fünfzig Jahren hat Zenith mit «El Primero» den ersten automati-

schen Chronografen erfunden. Bis heute wird das legendäre Uhrwerk, die Seele dieses Zenith-Chronografen, in Le Locle in Handarbeit hergestellt. Der grösste Absatzmarkt ist Japan, wo die technische Perfektion der inneren Werte mehr zählt als eine Hochglanzmarke.

Mit seinem sicheren Marketing-Instinkt hat Jean-Claude Biver bereits im Jahr 2016 eine Zusammenarbeit von Zenith mit Cohiba angebahnt. Ungefähr gleichzeitig wurde das französische Luxuslabel Chanel auf die Insel aufmerksam und vollführte sein vielbeachtetes Defilee durch La Habana Vieja, die bröckelnde koloniale Altstadt Havannas. Es war – seit Rolex mit dem uhrentragenden Fidel Castro wirbt – die erste markentechnische Assemblage aus einer westlichen Luxusgütermarke und Kuba. Dass erzkapitalistische Luxusmarken die grosse Bühne des kommunistisch regierten Landes suchen, gehört zu den Widersprüchen, die erst im Rauchnebel einer besonders vollmundigen Havannazigarre verschwimmen: Die edelsten kubanischen Zigarren, Kostenpunkt selbst in Kuba über fünfzig Franken, sind für den durchschnittlichen Kubaner (Monatslohn durchschnittlich 30 US-Dollar) in etwa so unerschwinglich wie für einen westlichen Normalbürger ein Chanel-Kleid. Zudem ver-

Die hier beschäftigten Zigarrenroller gelten als die besten des Landes

spricht Havanna mit seinem Revolutions-Chic zweifellos eine ganz einzigartige Stimmung. Überall grüsst Fidel Castro von der Wand – und nicht selten auch der «Comandante» Hugo Chávez.

Als Julien Tornare Mitte 2017 als CEO zu Zenith kam, unterzog er alle Marketing-Partnerschaften einer kritischen Prüfung. Er entschied sich, die Zusammenarbeit mit Habanos S.A. fortzuführen. Handgemachte Zigarren und Uhren, erklärt er, seien wesensverwandt. Sie sprechen ein ähnliches Publikum an und verlangen kompromisslose handwerkliche Präzision.

Was die Kubaner unter handwerklicher Präzision verstehen, erlebt man in der Vorzeigefabrik von Cohiba in Havanna, genannt «El Laguito». Sie ist in einer imposanten Villa im Kolonialstil untergebracht, gelegen im ehemaligen Reichtumsviertel der kubanischen Hauptstadt. Der Genosse Fabrikdirektor, der



Wesensverwandt: Zenith-CEO Tornare (oben),

durch die Anlage führt, erklärt bruchstückhaft die Geschichte des Gebäudes: Es habe einer englischen Familie gehört, sei dann aber irgendwann «herrenlos» geworden. Jetzt hängt an der Wand neben dem Cohiba-Signet die Flagge des Partido Comunista Cubano. Die hier beschäftigten Zigarrenroller gelten als die besten des Landes. Der Fabrikdirektor grüsst jede Rollerin per Wangenkuss und jeden Roller per Umarmung. Gemäss seinen Erklärungen werden hier gerade die exklusivsten Formate gerollt, welche man seit Jahren nicht auf einem Schweizer Ladentisch gesehen hat, die Cohiba Behike Ringmass 56 und die Cohiba Lanceros, Fidel Castros Lieblingsformat.

In den kolonialen Strassenzügen Alt-Havannas werden den Touristen an jeder Ecke Zigarren angeboten. Hier scheint jeder jemanden zu kennen, der in irgendeiner Zigarrenfabrik arbeitet und ganz besondere Zigarren zu einem



Cohiba-Manufaktur (oben rechts), Zenith-Sonderanfertigung (Mitte).

besonderen Preis organisieren kann. Oder behauptet dies zumindest. Der Exportwert der Havannazigarren beträgt rund 500 Millionen Franken im Jahr, womit die Branche nach dem Tourismus und nach dem Zucker- (und Rum-) Export die dritt wichtigste Devisenquelle der kubanischen Kommandowirtschaft ist.

Zurück zum Galadiner: Für Schweizer Augen gibt es ein paar bekannte Gesichter zu sehen: Heinrich Villiger, der in Joint Ventures mit den Kubanern die Exklusivrechte für den Havannaimport in die Schweiz, nach Deutschland, Österreich und Polen innehat, ist erschienen. Es ist sein 21. Festival del Habano. Villiger gehört zum Inventar, wird laufend in ein Gespräch verwickelt. Samuel Menzi ist gekommen, der Zürcher Zigarrenhändler aus der Casa del Habano am Bleicherweg. Und Manuel Fröhlich, der aufstrebende Zigarren-Jungunternehmer mit kubanisch inspirierter Zi-

garren- und Rum-Lounge an der Löwenstrasse (ebenfalls Zürich).

Unbekannter Käufer

Auffällig ist, neben der starken Präsenz chinesischer Gäste, wie viele Spanier bei Habanos S.A. mitwirken. Die spanische Imperial Tobacco ist zur Hälfte am internationalen Geschäft von Habanos beteiligt. Am Ende des Abends folgt die langerwartete Auktion von Zigarrenschränken. Der grösste und schönste wird zusammen mit der Zenith-Uhr versteigert. Das eigenwillige Bündel erzielt den stolzen Preis von 300 000 Euro. Doch das geplante Gruppenbild mit Uhrenchef Tornare und dem glücklichen Besitzer der Sonderanfertigung fällt ins Wasser: Der Käufer vor Ort sagt, er habe im Auftrag eines grossen Unbekannten geboten. Dieser werde die Uhr demnächst persönlich in Le Locle abholen.

Kuba

Ein Dutzend

Wie viele Havannas kann man am Tag rauchen?
Ein Selbstversuch.

Kuba mag in vieler Hinsicht ein unfreies Land sein; was aber das Rauchen betrifft, so ist es ein Hort der Freiheit: Ob in Restaurants, Bars oder auf der Strasse: Nirgends werden Zigarrenraucher schief angesehen. Das lädt dazu ein, die naturgegebenen Grenzen zu erkunden: Wie viele Havannas lassen sich an einem Tag rauchen? Der britische Kriegspremier Winston Churchill brachte es, will man der Geschichtsschreibung glauben, täglich auf acht bis zehn. Das müsste eigentlich zu schlagen sein – zumal in Havanna!

Das Experiment beginnt direkt nach dem Frühstück – mit dem, was unter Kennern als der letzte Schrei gilt: einem vom Geschäftsführer im Laden selbstgerollten Modell aus jungem, kräftigem Tabak. Es weckt ziemlich brachial die Lebensgeister. Vor und nach dem Mittagessen folgen zwei weitere Havannas derselben Machart. Dann, am Nachmittag, eine Montecristo 80 Aniversario – eine Rarität. Und zwar im Garten des «Hotel Nacional de Cuba», bekannt aus unzähligen Filmen, so dem zweiten Teil des «Paten», als Treffpunkt von vermögenden Gestalten der amerikanischen Unterwelt, unmittelbar vor der Revolution. Es folgt eine weitere Zigarre vom Typ «letzter Schrei». Später, an der Bar eines anderen Hotels, eine Partagas Lusitanias. Nach diesem recht grossen Format und bei einem Zählerstand von sechs wäre es eigentlich genug. Der Gaumen weiss vor lauter Tabakaroma kaum noch ein und aus. Vor dem Abbruch des Experiments bewahrt dann aber das Diner des Festival del Habano. Fünf weitere Zigarren, darunter Produktneuheiten von Trinidad, werden während des Abends gereicht – von bezaubernden Hostessen, die das Ausschlagen einer Zigarre womöglich als kulturellen Affront empfinden könnten. Und das will man nun wirklich nicht riskieren.

Das Dutzend wird dann nach Mitternacht voll, beim Ausklingenlassen des Tages. Mit einer Cohiba Robusto. Zeit, Bilanz zu ziehen: Die begrenzenden Faktoren sind die zur Verfügung stehende Zeit und die Übersättigung der Geschmacksnerven. In puncto Nikotinspiegel verläuft der Tag trotz einem Dutzend Havannas harmlos. Trotzdem, mit einer freundlichen Verneigung in Richtung Weltgesundheitsorganisation und Bundesamt für Gesundheit: nicht zur Nachahmung empfohlen.

Florian Schwab



Tamaras Welt

Lasst die Kids mit dem Unfug in Ruhe

Kinder veranstalten in ihren Indianerkostümen keine Parade durch ein amerikanisches Ureinwohnerdorf. Kulturelle Sensibilisierung angesichts von Kostümierung ist Unsinn. *Von Tamara Wernli*

Kevin-Noah, du darfst dich an der Fasnacht nicht als Indianer verkleiden. Das ist respektlos. Du stielst damit eine alte Kultur, weil wir früher diese Menschen ausgero... ähm, unterdrückt haben, also jetzt nicht wir, aber andere Leute. Vielleicht gehst du besser als Gartenzwerg. Und du, Marie, lass das Dornröschen-Kostüm im Schrank, das sind Stereotype, etwas ganz Schlimmes. Es gibt so viele tolle Kostüme, warum verkleidest du dich nicht als Erdnussriegel?»

Seinen fünf- oder siebenjährigen Kids zu erklären, was Stereotype sind und warum der Sohn am Umzug nicht Winnetou sein darf, wo er ihn doch gestern am Fernsehen gesehen hat, dürfte nicht einfach sein. Laut der *Hamburger Morgenpost* haben zwei Kitas den Eltern jüngst empfohlen, von Indianerkostümen abzusehen, da man im Kita-Alltag auf eine «kultursensible und vorurteilsbewusste Erziehung» achte. Angeführt werden Gründe wie Kolonialisierung und Vernichtung der damaligen Urvölkerbevölkerung. Auch findet man es problematisch, wenn sich Mädchen als Prinzessinnen und Buben als Piraten verkleiden; damit würden Stereotype bedient. Mädchen als Piratinnen und Buben als Meerjungmänner seien hingegen super.

Das ist wirklich grossartig, denn wie wir alle wissen, war es längst der Traum aller Jungs, einmal als Meerjungfrau Fasnacht zu feiern. Endlich werden sie nicht mehr zurückgehalten und können sich ausdrücken, wie sie wollen. Und auch den Mädels ist es endlich gestattet, statt ins Prinzessinnenkostüm in den allseits beliebten Unisex-Erdnussriegel zu schlüpfen – und so maximale Gender-Fluidität und Inklusion zu demonstrieren. (Obwohl, ganz optimal ist das Erdnussriegel-Kostüm ja

nicht; Leute mit Nussintoleranz könnten sich verulkt fühlen.)

Dass sich gewisse Kreise an Indianerkostümen stören, ist ja nichts Neues. Der Fachbegriff dafür ist «kulturelle Aneignung»: Weisse Menschen sollten nicht Symbole, Kleidungsstücke oder Handlungen übernehmen von anderen ethnischen Gruppen – weil sie damit den Minderheiten ihre kulturelle Identität und auch das Ansehen rauben, das diese dafür verdienen.

Es liegen unzählige Beispiele vor, wo unbedachte Bleichgesichter Entrüstung ausgelöst haben, weil sie das falsche Teil vorführten: Model Karlie Kloss eine indianische Federhaube bei einer Victoria's-Secret-Show. Chris Hemsworth ein Indianerkostüm an einer Mottoparty. Ein Mädchen ein Qipao-Kleid an einer Schulfest. Es gibt Forderungen, dass Weisse keine Dreadlocks oder Kreolen-Ohringe tragen sollen. «Kreolen sind meine Kultur, nicht dein Trend», schreibt eine Autorin bei *Vice*. Aktivistinnen in Portland, Oregon, erstellten laut der *New York Times* sogar eine Liste von weissen Restaurantbesitzern, die sich mit ihrer Küche fremde Kulturen aneignen. Es benötigt eine geistige Anstrengung, um in solch rudimentären Gedankengängen etwas mehr als den erbitterten Schrei nach Aufmerksamkeit zu erkennen.

Ja, aus der Perspektive von Minderheiten wie Ureinwohnern ist die Entrüstung teilweise nachvollziehbar, wenn ihre traditionellen Symbole zweckentfremdet werden. Respektlos wäre es etwa, wenn ein Grossunternehmen die Götterstatue eines indigenen Volkes als stylischen Lampenschirm verkaufen würde. Nur richten sich die Empfehlungen wie jene der Kita in erster Linie an Privatpersonen. Grundsätzlich gibt es zwei Sichtweisen: Man kann es als Aneignung sehen oder als Hom-

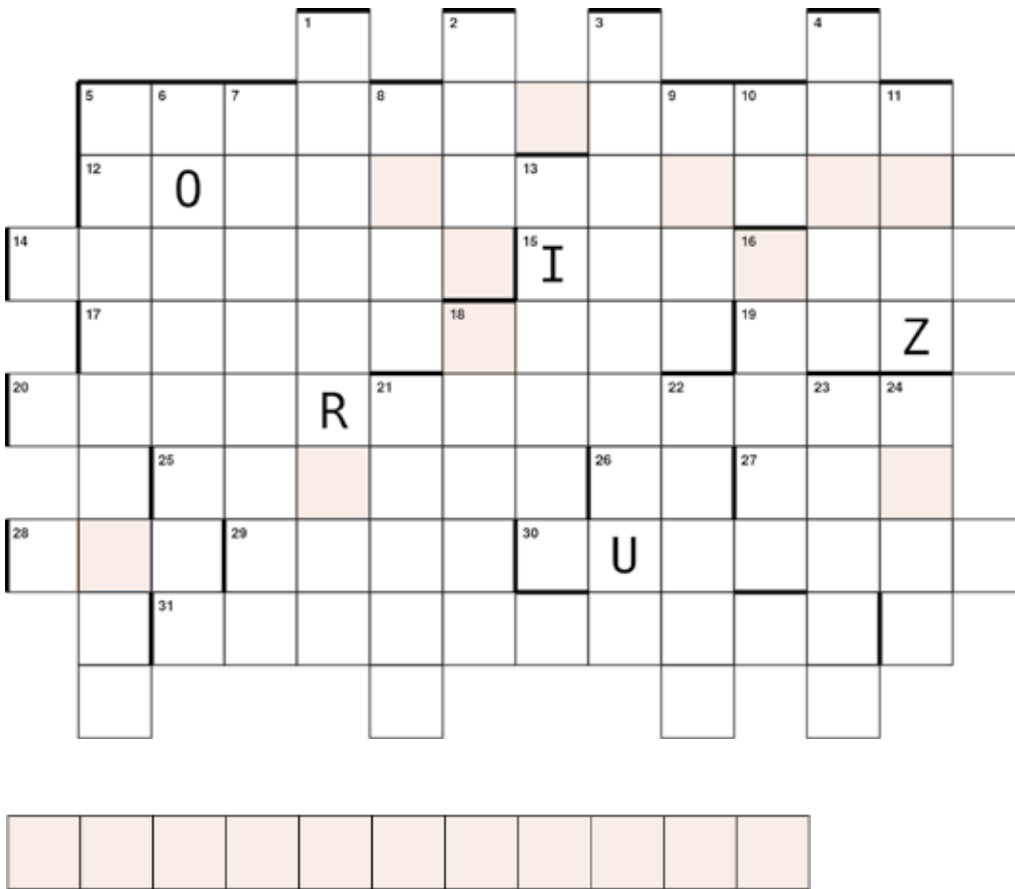
mage an die Kultur, als Teilen und Sich-inspirieren-Lassen. Kaum jemand möchte mit dem Indianerkostüm die kulturelle Identität der Urvölker herabwürdigen. «Tragt indisch inspirierte Accessoires, ich sehe es als kulturelle Wertschätzung und nicht als Aneignung», rät Neetu Chandak, eine Amerikanerin mit indischen Wurzeln, im amerikanischen Studentenmagazin *The College Fix*. Das helfe, «ein Bewusstsein zu schaffen für ihre Kultur, und erzeuge ein Gefühl der Einheit».

Empörung über die Kita-Empfehlung ist unnötig, es geht ja nicht um ein Verbot. Auch hat niemand etwas dagegen, wenn seinen Kindern dort beigebracht wird, was Toleranz heisst und Rücksicht nehmen. Uneins ist man sich mit dem gewählten Weg: Kinder wegen ihrer Kostüme sensibilisieren? Warum? Tragen sie etwa eine Erbschuld an der Ausrottung der American Natives im 17. und 18. Jahrhundert? Und warum sind Stereotype nur schlecht? Natürlich soll sich ein Junge als Meerjungfrau verkleiden dürfen – nur gehen die meisten halt lieber als Pirat, auch wenn es die Gender-Sensiblen gerne andersrum hätten.

Vorurteile werden nicht zementiert durch Kostüme. Kids haben Spass am Verkleiden. Damit Imperialismus und Kolonialismus zu verbinden und die Fantasie der Kinder und die Wahl der Outfits deshalb im Namen der kulturellen Sensibilität zu begrenzen, zeugt von einem Totalverlust an Verhältnismässigkeit. Vor allem aber ignorieren die selbsternannten Weltverbesserer, dass es der Mehrheit der Minderheiten völlig egal ist, wie Leute sich an der Fasnacht verkleiden.

Und so wird man den Eindruck nicht los, dass es ihnen gar nicht ums Wohl von Ureinwohnern geht. Sie wollen einfach ihre erdrückenden Werte allen anderen aufzwingen. Mit einer Ideologie, die in die biologischen Geschlechterunterschiede eingreift, sich nach einer Gender-fluiden Gesellschaft sehnt und einer Welt ohne Stereotype. Von mir aus – sollen sie glauben, was sie wollen. Aber lasst doch wenigstens die Kinder in Ruhe.

Tamara Wernli, Video-Bloggerin, lebt bei Basel.



Lösungswort — Präsidentenlimousine

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — **5** Die Seifenoper der Printmedien: Lebt von viel Lärm um nichts. **12** Sind im Spuk- oder – könnte man manchmal meinen – im Mehrfamilienhaus in der Wohnung darüber heimisch. **14** Winzige Schenke mit gigantischen Preisen. **15** Antiemetische Wurzel, verleiht Antiaging-Smoothies Würze. **17** Gepanzert alterswegen im Guinness-Buch, schenkt Blancas Ring grünen Glanz. **19** Mitglied der selbsternannten «besten Band der Welt aus Berlin». **20** Einerseits nach Gutenachtgeschichte um acht ins Bettchen, andererseits püriertes Znacht um fünf. **25** Ankara-Vorgänger verleiht Stallhasenschur ihren Namen. **26** Mit 5 schwedische und mit 47 sowjetische Donnerbüchse. **27** Im brothel oder garden shed zu finden. **28** Versorgt Donau oder weary travellers. **29** (10³)-Präfix ist mit Tom verbandelt grausam unerwünscht. **30** Ist seinereiner so, eingangs deinereiner, besteht Brandlöschbedarf. **31** Schwingerin: Komposition aus Mitte und Komposition.

Senkrecht — **1** Tagebauer und Whistleblower tun's. **2** Am Hof Humorist, ansonsten eher Hanswurst. **3** Von Akrophoben gefürchtete Lage; befindet sich Begehrtes dort, erübrigt sich die Suche. **4** Der Fischer in Rowlings Zauberlehrling. **5** Eine (eigentlich zwei) Frage(n) der Betonung; Zocker oder Schluss damit und... **6** ...Festigkeit oder am Bodensee. **7** Sorgen für Versorgung unehelicher Kinder, Quakende inklusive. **8** Eröffnet letters und bietet benötigte zu deren Verständnis. **9** Besteht sie aus Rotschöpfen, ist's ein Fall für Sherlock. **10** Element, hier kurzgehalten, ist nur vom Hörensagen fiktiver Meisterdieb. **11** «Metallhaltiges Mineral»-haltiges Komplementärintervall zur Sexte. **13** Biblisches Land, auch Heimat des Dunklen Turm suchenden Rolands. **16** Immenprodukt oder pragmatische Variante von «mit Pflanzen sprechen». **18** Bauen ist auf solchem Land untersagt, es sei denn an an. **21** Z.B. Charlotte bei der tollen Knolle und die alte Schmied bei den nicht Erdgebundenen. **22** Was naturtrüb für Saft ist dies, schliesslich une voie, für Kleidung. **23** Kalifornisches, eingangs scharf, wurde von den Eagles besungen. **24** Pizza-, Guetzli- und Nepotismusbasis.

I=Y © Andri Martinelli – Rätselactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 608



Waagrecht — **6** LADENHUETER **11** FANTASIEFIGUR **15** NIVEAUVERLUST **17** RECICLEBAR **22** IN **23** TECH(no) **24** AN(ATOM)IE: von altgriech. ἀνά = auf und τομή = Schnitt **26** HEBE(ZUG) **28** NU(t)TE **29** (Bug-)FIX **30** NABE(l) **31** GE: Germanium und Genf **32** DROMOS: altgriech. Laufbahn, Hockenheimering = Motodrom **33** KRONE **34** RIE: Roggen-Whiskey **35** (m)ORE: ore = engl. Erz


Senkrecht — **1** Mein Vater Erklärt Mir Jeden Sonntag Unsere Neun PLANETEN. **2** HDTV: High Definition Television **3** TUEV: Technischer Überwachungsverein **4** (Shaken, not) STIR(red) aus James Bond. **5** VORSPEISE **7** ANICE: ital. auch Anislikör **8** NSA: National Security Agency **9** (Beatrice) EGLI **10** RU: Top-Level-Domain von Russland, rückwärts ur **12** AECH(ZEN) **13** IUENGER: Anagramm von Neugier (vorausgesetzt I=J) **14** FEATURE **16** (Polizei)UNIFORM(träger) **18** ICEBOX: veraltet engl. Kühlschrank/Gefrierfach. **19** L(AUGEN) **20** (Einarmiger) BANDIT **21** ROTOR **25** MEMO(ire) **27** BAR(t): t=Tonne

Lösungswort — **PLATTENLEGER**

Hilfreiche Tipps und die Auflösung dieses Rätsels finden Sie auf:
www.raetselfactory.ch/weltwoche.html

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien



«An manchen Tagen
erscheint mir jede Treppe
wie die Eiger-Nordwand»

Multiple Sklerose kann jeden treffen und verläuft für jeden Betroffenen anders. Bei Irene ist es die eingeschränkte Mobilität, die ihre Lebensgeschichte mit MS prägt.

Die Schweizerische Multiple Sklerose Gesellschaft unterstützt seit 60 Jahren alle Menschen, die von MS betroffen sind. Helfen auch Sie uns dabei, Menschen mit MS mehr Lebensqualität zu ermöglichen: www.multiplesklerose.ch

damit es besser wird

MS

Schweizerische
Multiple Sklerose
Gesellschaft